

ISSN 0170-4613

K 5361 F

# spw

Zeitschrift für  
Sozialistische  
Politik und  
Wirtschaft

**Oskar Lafontaine**  
Globalisierung und inter-  
nationale Zusammenarbeit

**Katrin Fuchs**  
Die NATO-Osterweiterung  
Kein Sicherheitsgewinn  
für Europa!

**Sabine Kebir**  
Antonio Gramsci: Bünd-  
nispolitik und Hegemonie

**Musik für  
bessere Zeiten**  
Beiträge von Dierker  
Dehm und Georg Schulze

Ausgabe 2 | 97  
Heft 94  
9,50 DM  
März |  
April 1997

## GLOBALISIERUNG UND POLITIK



von Uwe Kremer

Ich muß auf die *Umlagefinanzierung* zurückkommen, die der letzte Parteitag für die berufliche Erstausbildung beschlossen hat. Denn ich habe mich Anfang des Jahres nochmals gefragt, wie eigentlich die Aggressivität zu erklären ist, mit der darauf von einigen sozialdemokratischen Führungskräften reagiert wurde.

Aber nachdem er schon landauf landab vor diversen Unternehmerforen hatte verlauten lassen, daß die Umlagefinanzierung der letzte Unsinn sei, entlarvte *Bodo Hombach*, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in NRW, in der ZEIT vom 10.1. die Umlagefinanzierung als einen Fall von „Dirigismus“ und „Reideologisierung der Wirtschaftspolitik“ und hielt dem auch noch Ludwig Erhard, Tony Blair und Bill Clinton entgegenhielt. Diese Maßlosigkeit überrascht. In Wirklichkeit stellt die Umlagefinanzierung ja eine absolut marktconforme Rahmensetzung dar, die weder mit Verstaatlichung zu tun hat noch mit einer höheren Gesamtbelastung der Unternehmen. Denn was die einen mangels Ausbildung bezahlen, kommt den anderen - insbesondere Handwerksbetrieben - zugute, weswegen es im Handwerk durchaus auch Leute gibt, die dem Vorschlag positiv gegenüberstehen.

Bestimmte Leute meinen aber aus irgendeinem Grunde, sich bei der „Wirtschaft“ dafür entschuldigen zu müssen, daß sie Sozialdemokraten sind. Sie finden es auf der anderen Seite absolut geil, wenn ihnen von jener Seite bestätigt wird, wie „vernünftig“ sie doch - im Gegensatz zu ihren GenossInnen - seien. Toll, wenn man sich dabei sogar als Enkel Ludwig Erhards ausweisen darf. Doch erstens und wenn man schon darauf Wert legt: Die Umlagefinanzierung ist durchaus mit Ludwig Erhards Vorstellungen vereinbar. Zweitens und nebenbei: Wenn die Umlagefinanzierung Dirigis-

mus ist, wie soll man dann das bezeichnen, was die NRW-SPD im Falle des Bergbaus so vehement einfordert?

Das Problem besteht *nicht* darin, daß man auch ein konstruktives Verhältnis zu Unternehmen und Unternehmern entwickeln muß, wenn man hier und heute etwas bewegen will. Das Problem besteht darin, daß man sich der Definitionsmacht von Kammern und Arbeitgeberverbänden unterwirft: Wenn die sagen, das und das ist „dirigistisch“, dann wird sofort nachgeplappert. Statt im Unternehmerlager Vorurteile zu überwinden (und im Falle der Umlage sind es vielfach schlicht und einfach Vorurteile), was sehr mühsam ist, haut man auf die Jusos drauf, was sehr einfach ist. Statt den Mut aufzubringen, die Umlagefinanzierung als pragmatisches und zukunftsorientiertes Konzept zu vertreten, das gerade jenen Unternehmen nützt, die ausbilden, ist man sich nicht zu schade, auch noch den sozialdemokratischen Kronzeugen für die Umlagegegner zu spielen (und z.B. die Lüge zu verbreiten, bei der Umlage handele es sich um eine zusätzliche Abgabe). *Kurzum: Pragmatismus ist die eine Sache, Feigheit die andere.*

Wenn im übrigen eine Ideologisierung betrieben wird, dann seitens unserer auch so pragmatischen Wirtschafts„experten“. Ideologisierung, indem sie unabhängig von jeweils konkreten Tatsachen, Anforderungen und Bedingungen Dogmen aufstellen und Tabus einrichten. Wenn dann die heilige marktwirtschaftliche Inquisition feststellt, daß irgendetwas „dirigistisch“ ist: Ab auf den Scheiterhaufen! Die neue Dogmatik zeigt Wirkung. Man erlebt immer häufiger, wie man sich in Partei und Gewerkschaft bemüht, ja den Eindruck von Dirigismus, Investitionslenkung, Klassendenken usw. zu vermeiden oder sich am besten davon gleich ausdrücklich zu distanzieren. Denn *kurzum: Die Lehre Ludwig Erhards ist allmächtig, weil sie wahr ist!*

Nun beklagt Hombach weiter: „In der SPD hat sich eine apokalyptische Weltansicht, ein unerträglich rückwärtsgerichtetes Wust aus Klage, Zukunftsangst und Pessimismus breitgemacht. Doch Politik darf nicht mitjammern. Sie lebt von Hoffnungen. Sie muß mitreißen in eine Diskussion: Wie wollen wir morgen leben?“ Das Problem der SPD besteht nicht in dem Schauermärchen, das uns Hombach hier aufstischen will, sondern in ihrer langweiligen Kleingeistigkeit und Kleinmütigkeit, für die die Auseinandersetzung um die Umlagefinanzierung ein Musterbeispiel darstellt. Die Attacken

auf die Umlage und der damit verbundene Gestus verdeutlichen geradezu die Unfähigkeit bestimmter Teile der SPD, überhaupt irgendein Reformprojekt zu formulieren und dafür dann auch offensiv und nach vorne gerichtet einzutreten. Dies ist bei näherem Hinschauen der Unterschied zwischen unseren „Modernisierern“ und Tony Blair's New Labour.

Wie wäre es z.B., wenn man die Umlagefinanzierung in ein großes Konzept für die arbeits- und personalintensive mittelständische Wirtschaft einbaute - ein Konzept, das insbesondere das Kleingewerbe und das Handwerk massiv und systematisch bevorzugen würde? Ein Konzept, das sich natürlich auch mit der steuerlichen Belastung *dieser* Betriebe kritisch auseinandersetzen müßte, um gleichzeitig tarif- und sozialrechtliche Standards durchsetzen zu können, das dabei auch das öffentliche Auftrags- und Beschaffungswesen systematisch einzubeziehen hätte, das die Brücke zwischen privatwirtschaftlichem Sektor und „neuer Gemeinwirtschaft“ schließe und das dabei den Kampf gegen Scheinselbstständigkeit und Schattenwirtschaft aufnähme (siehe *kurzum* Heft 91)? Dies wäre ein großes Reformvorhaben für die Gesamtpartei (von „rechts“ bis „links“). Aber dies ist mehr als nur nachzuplappern, was einem Verbands- und Kammervertreter (oder der Geist von Ludwig Erhard) ins Ohr geflüstert haben.

Nun mögen sich einige ganz linke GenossInnen fragen, wieso ich mich nun in die Rolle eines „besseren Modernisierers“ begeben, der Blair gegen Hombach u.a. ins Feld führt. Nun, ich wollte nur betonen, daß nach vorne gerichtetes pragmatisch-konzeptionelles Denken heute möglich ist *und* daß die Umlagefinanzierung dazugehört. *Und daß manche politische Fragen anscheinend auch Charakterfragen sind.* Politik a la „New Labour“ ist eine Option, die man von links her nicht gleich als Verrat an der Sache, Anpassung an den Neoliberalismus und dergleichen denunzieren sollte. Denn es ist absolut erforderlich, eine mehrheitsfähige Konstellation zu bilden, die die konservative Rechte ablöst. Und wenn dies nur einer Sozialdemokratie nach dem Zuschnitt von New Labour gelingt: Sei es drum. Dies bedeutet nicht, daß damit die parallele Wiederbegründung einer sozialistischen Alternative und die Herausbildung einer *zweiten* und radikaleren Option erledigt wäre. Doch mehr zu dieser Quadratur des Kreises beim nächsten Mal.

**Herausgeber/Herausgeberinnen:**

Heinz Albrecht (Berlin)  
 Edelgard Bulmahn (Hannover)  
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)  
 Diether Dehm (Frankfurt/M.)  
 Katrin Fuchs (Verl)  
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)  
 Uwe Kremer (Dortmund)  
 Detlev von Larcher (Weyhe)  
 Susi Möbbeck (Magdeburg)  
 Peter von Oertzen (Hannover)  
 Horst Peter (Kassel)  
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)  
 Andreas Wehr (Berlin)  
 Thomas Westphal (Dortmund)

**Redaktion:**

Thorsten Cabalo  
 Ralf Krämer  
 Christoph Meyer  
 Joan Mirbach  
 Silvia Rosendahl  
 Reinhold Rünker  
 Ralf Schmitz  
 Stefan Schostok  
 Georg Schulze  
 Joachim Schuster  
 Barbara Underberg  
 Claudia Walther  
 Frank Wilhelmy

**Redaktionssekretär**

Ralf Krämer

**Redaktions- und Verlagsanschrift:**

spw-Verlag/Redaktion GmbH  
 Fresienstraße 26, 44289 Dortmund  
 Telefon 02 31/40 24 10 (Verlag)  
 Telefon 02 31/40 14 11 (Redaktion)  
 Telefax 02 31/40 24 16  
 E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de  
 Internet: <http://www.koeln-online.de/spw/>

**Geschäftsführung:**

Olaf Schade  
 Hans-Peter Schulz  
 Joachim Schuster  
 Alfred Voges

**Konto des Verlages:**

Postbank Dortmund  
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr  
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-  
 (bei Bankeinzug DM 60,-)  
 ermäßigtes Jahresabonnement  
 für SchülerInnen, StudentInnen,  
 Erwerbslose DM 55,-,  
 (bei Bankeinzug DM 52,-)  
 Auslandsabonnement DM 66,-.

Abbestellungen mit einer Frist  
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und  
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen  
 Manuskripte auf Diskette mit einem  
 Ausdruck geliefert werden  
 (MS-DOS-Textverarbeitungssystem).

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 1997.  
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,  
 vorbehalten.

**Titelfoto:**

Thomas Diller, Köln

**Satz und Gestaltung:**

Ralf Schmitz, Leverkusen

**Druck:**

Nolte-Druck, Iserlohn  
 1-3 Tausend, April 1997

# INHALT

**Uwe Kremer**

kurzum ..... 2

**MAGAZIN****Peter von Oertzen**

Es geht um einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch  
 Diskussionsthese zur „Erfurter Erklärung“ ..... 4

spw-intern ..... 6

**Yasmin Fahimi, Ulf-Birger Franz**

25 Jahre Hannoveraner Kreis/Juso-Linke ..... 7

**Burkhard Winsemann**

Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises 1997 ..... 9

**Erklärung zur Tagung des Frankfurter Kreises**

Grundlinien einer sozialdemokratischen Reformalternative ..... 10

**Burkhard Winsemann**

Steuerpolitische Unübersichtlichkeit in der SPD ..... 12

**Detlef Bimboes**

Genfood statt Öko-Produkte? ..... 13

**Thorsten Cabalo**

Hochschulpolitisches Crossover ..... 15

**Horst Dietzel**

PDS auf Reformkurs? ..... 16

**GLOBALISIERUNG UND POLITIK****Reinhold Rünker, Ralf Krämer**

Einleitung zum Heftschwerpunkt ..... 18

**Oskar Lafontaine**

Globalisierung und internationale Zusammenarbeit ..... 20

**Olaf Struck-Möbbeck**

Tigersprung oder Katzenjammer?  
 Ein Essay zu Südostasien ..... 23

**Rainer Zugehör**

WTO – Instrument kapitalistischer Globalisierung ..... 29

**Hermann Bömer**

Keynesianismus, Regionalismus und Regulation ..... 32

**Michael Bauer, Richard Roth**

Marktradikaler Umbau und SPD ..... 36

**POPULÄRE MUSIK****Diether Dehm**

Zwei, die sich Kommunisten nannten, feiern Geburtstag ..... 40

**Georg Schulze**

„Dem Guten, Schönen, Wahren“ ..... 43

**DEUTSCHE GESCHICHTEN****Dieter Rudolf Knoell**

Priebkes willige Verteidiger und Goldhagens billige Ankläger ..... 46

**THEORETIKER/INNEN****Sabine Kebir**

Blockbildung und Bündnispolitik als Voraussetzung von Hegemonie  
 Zum 60. Todestag von Antonio Gramsci ..... 51

**INTERNATIONALES****Katrin Fuchs**

Die NATO-Osterweiterung: Kein Sicherheitsgewinn für Europa! ..... 55

# Es geht um einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch

Diskussionsthesen zur „Erfurter Erklärung“

von Peter von Oertzen\*

*Noch ist der Sozialstaat in Deutschland im Kern nicht zerstört; nach weiteren vier Jahren Kohl-Waigel-Rexroth könnte er jedoch unwiderruflich Schaden genommen haben. Eine solche Entwicklung würde die Grundlage der Demokratie in Gefahr bringen.*

Ich bin der Überzeugung, daß der zwar inkonsequente und opportunistische, in der Sache aber eindeutige neoliberale Kurs der Regierung Kohl katastrophale Folgen für Gesellschaft und Politik in Deutschland haben müßte, wenn er fortgesetzt werden würde. Noch ist der Sozialstaat in Deutschland im Kern nicht zerstört; nach weiteren vier Jahren Kohl-Waigel-Rexroth könnte er jedoch unwiderruflich Schaden genommen haben. Eine solche Entwicklung würde die Grundlage der Demokratie in Gefahr bringen.

Diese Einsicht hat mich bewogen, die Erfurter Erklärung „Bis hierher und nicht weiter“ zu unterstützen. Seit ihrer Veröffentlichung am 9. Januar hat sie in Ablehnung und Zustimmung einen sehr viel lebhafteren und breiteren Widerhall gefunden, als die Unterzeichner zu hoffen gewagt haben – vor allem im Osten der Republik, aber zunehmend auch im Westen. Natürlich hat vor allem die Diskussion der PDS-Problematik Aufsehen erregt, obwohl ihr im Text kaum zehn Zeilen gewidmet waren. Trotzdem muß diese heikle Frage ausführlich, nüchtern und sachlich diskutiert werden. Daher steht die Analyse der voraussehbaren Situation nach den Wahlen 1998 am Anfang dieser Thesen.

## Das Szenario der Wahlen 1998

- Es ist illusorisch, die PDS kurzfristig unter die 4,5% der letzten Wahlen drücken zu wollen.
- Der Versuch, sie durch Manipulation am Wahlrecht oder Neuzuschnitt der Wahlkreise in Ostberlin

um ihre Direktmandate zu bringen, ist wenig aussichtsreich und überdies kontraproduktiv, da er der PDS Protestwähler zutreiben würde.

- Überdies scheint der Anteil potentieller PDS-Wähler im Westen eher zuzunehmen (Protestwähler, unzufriedene Gewerkschaftler). Ein Stimmenanteil von 1,5-2,0% im Westen würde ausreichen, um die PDS über 5% insgesamt und damit auch ohne Direktmandate in den Bundestag zu bringen.

- Eine dramatische Veränderung der Wahlergebnisse von 1994 ist kaum zu erwarten.

- Fällt die PDS aus dem Bundestag, werden CDU/CSU und FDP vermutlich wieder eine knappe Mehrheit bekommen.

- Eine reine SPD-B'90/Grüne-Mehrheit ist nicht sehr wahrscheinlich (wenn auch nicht ausgeschlossen).

- Das wahrscheinlichste Ergebnis ist, daß weder Christ-Liberale, noch Rot-Grün die Mehrheit bekommen und die PDS das Zünglein an der Waage ist.

- In diesem Fall steht die SPD (stehen aber auch B'90/Die Grünen) vor der Alternative: Große Koalition oder Mehrheit unter Einbeziehung der PDS.

- In einer Großen Koalition sind vielleicht partielle sozialpolitische Reformen denkbar; der dringend nötige grundlegende gesellschaftliche Kurswechsel wäre jedoch nicht mit ihr möglich.

- Die politische Alternative lautet heute objektiv: Sich der „Standortlogik“ des globalisierten Weltkapitalismus unterwerfen und eine – mehr oder weniger sozial abgefederte – neoliberale Politik betreiben oder aber: eine entschlossene Wende vollziehen, hin zu einem sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft und einem erneuerten, tiefgreifend reformierten demokratischen Sozialstaat.

- Eine solche Wende ist nur gegen die CDU (und natürlich die FDP) möglich, nicht mit ihr. Hinzu kommt, daß Teile von SPD (und auch der B'90/Grünen) sich geistig-programmatisch bereits dem Neoliberalismus angepaßt haben – subjektiv sicherlich mit den besten Absichten, dadurch Arbeitnehmerinteressen zu vertreten. Nur der Zwang einer klaren Polarisierung gegenüber Union und FDP könnte beide auf einen wirklich neuen Kurs bringen.

## Zwischen Großer Koalition, Rot-Grüner Mehrheit und Minderheitsregierung

- Der Hinweis auf die – in der Tat erfolgreiche – Große Koalition der Jahre 1966–69 verfängt nicht. Die Situation ist völlig anders. Die damalige christ-liberale Koalition war bereits zerbrochen, der Kanzler Erhard gescheitert und diskreditiert, die CDU/CSU zutiefst verunsichert. Die SPD hingegen war ein aufstrebender Hoffnungsträger, mit einer starken Führung und klaren politischen Alternativen (z.B. Entspannungspolitik, keynesianische Wirtschaftspolitik). Außerdem war die damalige wirtschaftlich-gesellschaftliche Krise nicht im entferntesten so tief, schwer und langanhaltend wie die gegenwärtige.

Nicht vergessen werden sollte übrigens, daß sogar damals die SPD in der großen Koalition schweren Schaden erlitten hat; der Landesverband Baden-Württemberg der SPD stürzte bei den Landtagswahlen 1968 von 36% auf 28% ab und hat sich seitdem nie wieder erholt. Das Aufleben des Rechtsradikalismus 1966–1969 (NPD) hing sicherlich ebenfalls mit der Großen Koalition zusammen.

Unter diesen Umständen würde ich eine rot-grüne Minderheitsregierung mit Tolerierung durch die PDS für zwar nicht wünschenswert, aber doch für diskutabel halten.

- Eine Regierungsbeteiligung der PDS auf Bundesebene lehne ich strikt ab. Dieser Partei sollte vorerst kein Zugriff auf die politischen und personalpolitischen Schlüsselpositionen in der Bundesregierung gegeben werden. Ein Erpressungspotential gegenüber einer solchen Regierung würde die PDS nicht haben. Sie würde politischen Selbstmord begehen, wollte sie zusammen mit der CDU/CSU gegen eine rot-grüne Regierung Front machen.

- Eine solche politische Strategie ist freilich extrem riskant, und es lassen sich viele ernsthafte Einwendungen gegen sie erheben: Sie erfordert von SPD und B'90/Die Grünen politische Disziplin, Härte, Mut und Phantasie; daß eine rot-grüne Regierung diese Qualitäten aufbringen könnte, läßt sich bezweifeln.

- Unzutreffend ist jedoch m.E. der Einwand, eine auch nur indirekte Beteiligung der PDS an der Regierungsverantwortung gefährde die Demokratie. Die PDS ist eine geradezu chaotisch demokratische Partei und

\* Dr. Peter von Oertzen, Prof. a.D., ist Mitherausgeber der spw und einer der Erstunterzeichner der „Erfurter Erklärung“.

hat mit der straff organisierten kommunistischen Kaderpartei alten Stils nichts mehr zu tun. Die seriösen Berliner Parteienforscher Neugebauer und Stöss erklären in ihrem Buch über die PDS (Opladen 1996) die Partei zwar für „anachronistisch und tendenziell entbehrlich“, aber für gegenwärtig „notwendig und nützlich“, und jedenfalls nicht für prinzipiell antidemokratisch.

• Ein in dieselbe Richtung gehender, aber ein wenig anders begründeter Einwand lautet: Eine Regierung, die sich u.a. auf das alte SED-Milieu in der PDS-Wählerschaft stütze, sei für viele Wählerinnen und Wähler moralisch-politisch desavouiert und daher nicht erträglich. Hier sollte man/frau sich der 50er Jahre entsinnen. In dieser Zeit (und ich habe sie bewußt und politisch miterlebt) war in der Flüchtlingspartei BHE, teilweise aber auch in der Deutschen Partei und der FDP das alte Nazi-Milieu massiv präsent. Trotzdem haben weder SPD, noch CDU/CSU Abstand genommen, mit diesen Parteien zusammenzuarbeiten und sogar reguläre Regierungsbündnisse abzuschließen (in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Bayern und sogar auf Bundesebene).

• Natürlich heiligt auch der beste Zweck nicht alle Mittel. Wäre die PDS eine wirkliche Gefahr für die Demokratie, käme eine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit ihr nicht in Betracht. Auf der anderen Seite ist jedoch eine Fortsetzung der neoliberalen Politik auf die Dauer tatsächlich für die Demokratie gefährlich.

• Hingegen muß der Einwand sehr ernst genommen werden, daß eine Strategie, wie sie hier erwogen wird, der Regierung Kohl die Wähler zu treiben und die erwünschte rot-grüne Mehrheit gerade verhindern müßte. Ich frage allerdings, ob die Weigerung, über dieses Problem überhaupt zu diskutieren, am Dilemma für SPD und B'90/Die Grünen wirklich etwas ändern würde. Daß die CDU/CSU sich auch durch noch so entschiedenes Wohlverhalten nicht von ihrer längst geplanten „Rote Socken“-Kampagne abhalten lassen wird, ist offensichtlich.

• Außerdem könnte es Wählerinnen und Wähler geben, die mit der Regierung Kohl sehr unzufrieden sind und die auch denken und rechnen können. Sie wissen ganz genau, daß u.U. ein „Nie mit Gysi!“ bedeuten kann: „Dann lieber mit Kohl oder Schäuble!“ Und

es ist gar nicht ausgemacht, daß sie eine solche Strategie von SPD und B'90/Die Grünen zustimmend aufnehmen werden.

• Und im übrigen: Was passiert, wenn SPD und B'90/Die Grünen ihre Strategie, über diese Probleme gar nicht erst zu diskutieren, bis 1998 durchhalten und am Abend der Wahl vor der Frage stehen: Große Koalition Ja! oder Nein! Es könnte eine mörderische Zerreißprobe für beide Parteien werden.

**Es geht nicht in erster Linie um die PDS**

• Unter diesen Umständen scheint es mir das geringere Übel zu sein, der Diskussion nicht länger auszuweichen. Die Parteiführungen von SPD und Bündnisgrünen haben sich freilich festgelegt. Aber ihre „Basis“: Funktionäre und Mitglieder, Anhänger und potentielle Wähler, könnten und müßten die Diskussion führen.

• Dabei geht es nicht in erster Linie um die PDS, wie die Medien weismachen versuchen. Und es ist kein Zufall, sondern Ausdruck der Überzeugung der Initiatoren der „Erfurter Erklärung“, daß sie dieses Problem nur am Rande berühren. Der Kern der Erklärung ist der Versuch, die Bürgerinnen und Bürger dazu zu bewegen, selber tätig zu werden und der offiziellen „Opposition“ der Parteien klarzumachen, daß und aus welchen Gründen sie eine neue Politik und daher eine neue Regierung wollen.

• Wenn SPD und Bündnisgrüne die Wählerinnen und Wähler von der Notwendigkeit einer neuen Politik überzeugen wollen, müssen sie ihnen sagen und mit ihnen darüber reden, aus welchen Gründen und mit welchen Zielen sie eine solche Politik wollen.

• Vordringlich ist dafür eine klare, einprägsame, überzeugende und gut begründete gesellschaftspolitische Alternative. Sie muß in der nächsten Zeit entwickelt, formuliert und konsequent vertreten werden, in den Parteien, neben den Parteien und gegebenenfalls über die Parteien hinweg.

• Die Parteien der offiziellen „Opposition“ würden sich täuschen, wenn sie glaubten, die Bürgerinnen und Bürger warteten still, gehorsam und vertrauensvoll, bis ihnen wenige Monate vor den Wahlen in der Form von Parteitagsbeschlüssen und Wahlprogrammen mitgeteilt wird, weshalb und mit welchen Zielen sie Kohl abwählen sollen. Und sie täuschten sich auch, wenn sie glau-

ben sollten, daß die Bürgerinnen und Bürger nicht auch selber in der Lage seien, ihre Interessen, Wünsche und Ziele zu vertreten.

• Im letzten Absatz der Erfurter Erklärung steht der Satz: „Ein neuer gesellschaftlicher Aufbruch kann die Mehrheit in Bonn und für Berlin verändern. Parteiförmige Politik allein kann das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Demokratie nicht mehr hinreichend begründen.“ Dieser Satz ist die strategische Kernaussage der Erklärung (und nicht die kurze Passage über die Parteien und die PDS). Er spricht die Aufforderung, die Bitte an die Bürgerinnen und Bürger aus, selber tätig zu werden und ihre Hoffnungen, Erwartungen und Forderungen gegenüber der offiziellen Opposition öffentlich auszusprechen.

**Kampagne für eine gesellschaftliche Alternative**

• Das Ziel der „Erfurter Erklärung“ war und ist also nicht, einmal öffentlich die Stimme zu erheben und

*Vordringlich ist eine klare, einprägsame, überzeugende und gut begründete gesellschaftspolitische Alternative. Sie muß in der nächsten Zeit entwickelt und konsequent vertreten werden, in den Parteien, neben den Parteien und gegebenenfalls über die Parteien hinweg.*

UTOPIE kreativ

Die Zeitschrift der zukunftsorientierten Nachdenklichkeit ist in ihrem siebten Jahr. Ihre Ost-Gebundenheit ist Profil, aber nicht Beschränkung. Ihre Visionen wurzeln im kritischen Rückblick und in der Sorge um das Jetzt. UTOPIE kreativ will mehr wissen über das, was in unserer Zeit Utopie sein kann.

**Heft 78**

Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen

Utopien im Jahrhundert ihrer Bewährung

Konkurrenz und Gewalt

Transformation und Zukunftsfähigkeit

Harich 1956: Der deutsche Weg zum Sozialismus

Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-16 10178 Berlin Tel.: 030 / 24 00 95 61

Einzelverkaufspreis: DM 7,50  
Jahresabonnement incl. Versand: DM 80 (Inland) DM 98 (Ausland)  
Förderabonnement: DM 120

Ich abonniere die Monatszeitschrift UTOPIE kreativ

Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement

Ich bestelle Heft 78 (zzgl. Versandkosten)

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Geldinstitut: \_\_\_\_\_

Kto.-Nr.: \_\_\_\_\_

BLZ: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Postempfangs.

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

*Ziel der „Erfurter Erklärung“ ist es, eine Kampagne zu eröffnen. Eine solche politische Kampagne würde das Profil der Opposition insgesamt schärfen und die politische Glaubwürdigkeit von SPD und B'90/Die Grünen erhöhen.*

dann die Politik wieder ihrem gewohnten Selbstlauf zu überlassen. Ihr Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger zu ermuntern, sich ständig und immer wieder selber in die politische Meinungs- und Willensbildung einzumischen und dadurch – sagen wir es offen – einen gewissen Druck auf die offizielle Politik auszuüben.

- Ziel der Erklärung ist also, so etwas wie eine Kampagne zu eröffnen. Eine solche politische Kampagne würde das Profil der Opposition insgesamt schärfen und die politische Glaubwürdigkeit von SPD und B'90/Die Grünen erhöhen; (u.U. würde sie, wenn sie denn zustande käme, das PDS-Problem entschärfen oder sogar ausräumen.)

- Voraussetzung dafür ist freilich eine sich herausbildende klare gesellschaftliche Alternative zum

Kurs der Regierung Kohl. Auch die Herausbildung einer solchen Alternative sollte nicht allein der offiziellen Opposition überlassen bleiben. Außerhalb der Regierungen, Parlamente, Bürokratien und Parteiführungen gibt es genügend Sachverstand und Engagement, solche Alternativen zu formulieren und in den Meinungs- und Willensbildungsprozeß der Oppositionsparteien einzubringen. Insbesondere die Gewerkschaften haben nicht nur das Recht, sondern im Interesse der von ihnen vertretenen ArbeitnehmerInnen auch die Pflicht, an der Erarbeitung solcher Alternativen mitzuwirken.

- Angesichts dieser Aufgabe ist die Diskussion über mögliche parteipolitische Konstellationen oder Koalitionen 1998 keine vordringliche Aufgabe. Es muß klar werden, daß die Opposition eine wirkliche

gesellschaftspolitische Wende will. Und es muß klar werden, daß sie mit den Kräften, die die jetzige Regierung tragen, nicht erreicht werden kann, sondern nur in einem Bündnis der politisch bewußten Arbeitnehmerschaft mit der Ökologiebewegung, den um ihre Rechte kämpfenden Frauen und aller kritischen Bürgerinnen und Bürger. Ist das klar, ergeben sich die parteipolitischen Konsequenzen von selbst.

spw

# spw intern

*Liebe Leserinnen und Leser,*

- am 25.-27.04.97 findet die *Frühjahrstagung der spw* statt. Dabei sollen diesmal Diskussionen zur Problematik der Europäischen Währungsunion und zu linker Europapolitik im Mittelpunkt stehen. Als Referenten und Diskussionspartner werden u.a. *Ingo Schmidt* von der Memorandum-Gruppe, *Harald Bauer* vom Institut für Internationale Politik, *Bernd Lange* (SPD-MdEP) und *Heiko Thomas* von der LAG Europa der Grünen zur Verfügung stehen. Interessierte können weitere Informationen erhalten und sich anmelden bei *Joachim Schuster*, Brokstr. 58, 28203 Bremen, Tel. und Fax 0421-74923.

- Die Zeitschrift hat ein neues *Redaktionsmitglied*: *Joan Mirbach*, So-

zialwissenschaftlerin aus Hattingen, will schwerpunktmäßig die Themenfelder Sozialpolitik, Frauenpolitik und Staatsreform betreuen. Unser Redaktionsmitglied *Frank Wilhelmy* ist mittlerweile als Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten *Kurt Neumann* tätig und wird sich zusammen mit *Burkhard Winsemann*, der bei spw-Mitherausgeber *Detlev von Larcher* MdB arbeitet, um verstärkte Berichterstattung über Vorgänge im „Raumschiff Bonn“ kümmern.

- Seit kurzem gibt es eine *AG Gewerkschaften der spw*. Der spw nahestehenden Menschen, deren Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Gewerkschaften liegt, soll hier ein spezieller Diskussions- und Arbeitszusammenhang geboten werden. Mittlerweile sind ja etliche auch beruflich hier tätig, so von den HerausgeberInnen *Uwe Kremer* und *Thomas Westphal*. An der AG Interessierte sollten sich bei letzterem melden und können von ihm auch näheres erfahren, Tel. 02327-982815 (dienstl.).

- Daß spw mehr ist als eine Zeitschrift, wissen all diejenigen, die mal an den Frühjahrs- oder Herbsttagungen und dem Crossover-Prozeß teilgenommen haben bzw. teilnehmen.

Wir wollen dies künftig im spw-intern deutlicher werden lassen und stärker über die Personen berichten, die im Kontext der spw politisch arbeiten – oder mal gearbeitet haben. Berufliche Veränderungen haben nämlich oft zwei Seiten: neue Qualifikationen und Zugänge zu Themen und Zusammenhängen, die für die spw wichtig sind, auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch, daß man sich aus den Augen verliert. Die spw soll so auch stärker ein Netzwerk politisch denkender und arbeitender Menschen sein. Wir freuen uns deshalb über interessante persönliche Mitteilungen, die zur Veröffentlichung gebracht werden sollen.

- Zwei Hinweise noch zum *spw-Verlagsprogramm*: Das angekündigte Buch „Vor dem Kollaps? Die Zukunft der großen Städte“, hrsg. von *Hans Günter Bell* und *Andrea Nahles*, erscheint Mitte April und kann jetzt beim spw-Verlag bestellt werden. Die Preisangabe zu dem Buch über 75 Jahre Kölner Jusos „... die treiben es ja auch zu weit“ ist im Verlagsprogramm fehlerhaft ausgedruckt, es kostet 9,80 DM.

*Ralf Krämer*

Ein kleines Jubiläum wurde am 14. und 15. Dezember 1996 in Hannover gefeiert. Knapp 150 Jusos trafen sich dort zum Kongreß „25 Jahre Hannoveraner Kreis/Juso-Linke“. Und daß dieses Jubiläum überhaupt gefeiert werden konnte, ist bemerkenswert: Seit der 69er Linkswende der Jusos hat sich viel getan im Verband – all die notwendigen wie z.T. schmerzlichen Umbrüche im Zuge gesellschaftlicher und politischer Veränderungen hat nur eine Strömung überlebt. Die Juso-Linke, die sich bewußt in die Tradition des Hannoveraner Kreises (HK) stellt, ist die einzige, die noch als organisierte und konstruktive Kraft im Verband wirkt. Daher wurde auch mit Stolz dieses Jubiläum von alten wie jungen GenossInnen gefeiert. Aber die Frage, die sich einem aufdrängt, ist: Was sind die Gründe, daß gerade diese Strömung überlebt hat?

### Theoretische Arbeit

1.) Der Hannoveraner Kreis und die Juso-Linke haben stets an der konsequenten Weiterentwicklung der marxistischen Theorie auf Grundlage des historischen Materialismus gearbeitet. Theorie wurde und wird immer verstanden als permanentes Bemühen, ein aktuelles Verständnis von Praxis zu erlangen, d.h. ein Verständnis von gesellschaftlichen Bewegungen und Funktionsweisen. In diesem Sinne ist für uns ein theoretisches Fundament Grundvoraussetzung für politische Handlungsfähigkeit.

„Stamokap“ ist eines der tief verwurzelten Reizwörter, mit denen der Hannoveraner Kreis unwiderruflich verbunden war. Auch wenn vielen heute eine Definition von „Stamokap“ abgeht, so ist doch bemerkenswert, welche Ausstrahlungskraft dieses Schlagwort noch bis heute besitzt. Aber bei aller Tradition sollte man nicht die Mängel übersehen, mit der die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (kurz Stamokap oder SMK) behaftet ist: Zu sehr wird gesellschaftliche Regulierung auf das Verhältnis von Staat und Markt reduziert. Zu wenig wird die Organisation und Struktur der Gesellschaft in ihren selbständigen Dimensionen reflektiert. Anstelle der Benennung eigener Herausforderungen wurde mit der Stamokap-Theorie eine Endzeittheorie der kapitalistischen Entwicklung manifestiert.<sup>1</sup> So finden sich in den „Herfor-

der Thesen“<sup>2</sup> weder eine Verarbeitung der Feminismus-Debatten, noch eine Einschätzung über die Entstehung Neuer Sozialer Bewegungen oder konkrete Vorstellungen zur Herausbildung von Klassenbewußtsein.

Dies entsprang den Vorstellungen der „68er“, kurz vor dem Bruch des Systems zu stehen. Mit den wirtschaftlichen Instabilitäten und der gleichzeitigen Formierung der Rechten Ende der 70er Jahre wurde spätestens mit dem Regierungswechsel 1982 deutlich, daß man weit entfernt von einer „sozialistischen Umgestaltung“ war.

Wie konnte die konservative Hegemonie aufgebaut werden? Und wie ist sie wieder zu durchbrechen? Nicht zufällig setzte zu diesem Zeitpunkt daher eine Wiederbelebung von Gramscis Theorien zu Staat und Gesellschaft ein. Sah Gramsci sich in Italien nicht auch in der Situation, daß alle prognostizierten Revolutionsträume in der Luft zerplatzten und sich statt eines sozialistischen Systems die aggressive Form des Kapitalismus, der Faschismus, mit der Unterstützung der Massen durchsetzen konnte?! In dieser Phase gewann die Betrachtung gesellschaftlicher Bewegungsgesetze nicht nur in Italien an Gewicht.

In den „53 Thesen“<sup>3</sup> des von spw und HK getragenen Projekt Moderner Sozialismus finden sich daher Überlegungen wieder, die sowohl von Gramscis Hegemoniekonzept wie auch von der französischen regulationstheoretischen Diskussion um Fordismus und Postfordismus geprägt sind. Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft sowie Markt und Gesellschaft steht im Vordergrund. Statt der kapitalistischen Prägung des Staates wurde seine Aufgabe als „Pionier“ betont.

### Politisch-strategische Orientierungen

2.) Der Hannoveraner Kreis und die Juso-Linke waren immer bemüht, eine den Kräfteverhältnissen angepaßte und aus dem Verständnis der Praxis resultierende politisch-strategische Ausrichtung vorzunehmen, die mit einem gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch verbunden ist. Zunächst stand dabei die gewerkschaftliche und später dann die jugendpolitische Orientierung im Mittelpunkt. Seit der 69er Linkswende formulierten zwar die Jusos insgesamt, nicht mehr einfach nur der

# 25 Jahre Hannoveraner Kreis/Juso-Linke

von Yasmin Fahimi und Ulf-Birger Franz\*

Parteinnachwuchs zu sein, sondern erhoben den Anspruch, eine eigenständige politische Kraft darzustellen. Der Hannoveraner Kreis und die Juso-Linke verstanden und verstehen aber die „Doppelstrategie“ nicht als „Scharnier“ zwischen Bewegung und Partei. Als eigenständige sozialistische Kraft war und ist es auch immer unser Anspruch gewesen, unmittelbar in den gesellschaftlichen Formierungsprozeß einzugreifen. Eine starke Massenbewegung ist die Grundvoraussetzung für eine Gestaltung und Orientierung der Partei.

Auch in diesem Sinne war die Stamokap-Theorie umstritten. Die kapitalistische Prägung des Staates schränkt die Handlungsfähigkeit einer Regierungsmacht ein. Daher warnte der Hannoveraner Kreis immer vor einer Überbewertung innerparteilichen Terraingewinns. Allerdings blieb damit auch unklar, wozu dann eigentlich die Besetzung von Ämtern und Mandaten überhaupt diene.

Als wichtiger erscheint es daher, daß mit der jugendpolitischen Orientierung jeweils eine konkretere Handlungsoption entwickelt werden sollte, wie in die Formierung zukünftiger Klassengesellschaft eingegriffen werden kann.

### Organisierter Generationswechsel

3.) Anders als der Gesamtverband kann die Juso-Linke auf einen organisierten und kontinuierlichen Generationswechsel zurückblicken. Das Gelingen ist ein Anzeichen dafür, daß die theoretische wie strategi-

*Theorie wurde und wird immer verstanden als permanentes Bemühen, ein aktuelles Verständnis von Praxis zu erlangen, d.h. ein Verständnis von gesellschaftlichen Bewegungen und Funktionsweisen.*

\* Yasmin Fahimi, Juso-Bezirksvorstand Hannover; Ulf-Birger Franz, Hannover, stv. Juso-Bundesvorsitzender

Auf dem Jubiläumskongreß in Hannover



sche Entwicklung der Strömung durchaus schlüssig und überzeugend ist. Es zeigt aber auch die Ernsthaftigkeit, mit der Genossinnen und Genossen in dieser Strömung Politik gemacht haben. Dieser scheinbar „subjektive Faktor“ ist bei der Betrachtung der verbandspolitischen Gegenwart nicht unerheblich.

Im Gegensatz dazu macht sich häufig – nämlich in der politischen Realität des derzeitigen Juso-Alltags als Blockadepolitik – die Destruktivität anderer Fraktionen deutlich, die nur mehr taktisch als Wahlvereine für Juso-Bundeskongresse auftreten. Daher sehen wir uns heute in der Situation, daß theoretische Impulse, strategische Projekte, Erneuerungsprozesse und Mobilisierungserfolge des Gesamtverbandes in unserer Hauptverantwortung liegen.

Neben der „Pflege“ unserer Geschichte und unserer theoretischen Grundlagen spielt die Entwicklung strategischer Etappenziele die zentrale Rolle in unseren Diskussionen. Es geht um die Frage, wie es uns gelingen kann, Jugendliche gegen die herrschende politische Logik in Stellung zu bringen und damit aktiv in die Formierung der künftigen Klassenlandschaft einzugreifen.

#### **Gesellschaftliche Veränderungen und Perspektiven der Juso-Linken**

Ausgangspunkt sind die gesellschaftlichen Veränderungen, die es

jungen SozialistInnen immer schwerer machen, andere Jugendliche zu erreichen und zu mobilisieren. Den Konservativen ist es in den letzten Jahren gelungen, einen Teil der Jugendlichen anzusprechen und einzubinden. Die zunehmenden Wahlerfolge von CDU/CSU sind nur ein Indiz dafür. Bei den Landtagswahlen 1996 und bei den niedersächsischen Kommunalwahlen hat die Union bei den unter 21jährigen eine so große Zustimmung erfahren wie sonst nur bei den über 60jährigen. Jugendstudien haben in den letzten Jahren immer wieder übereinstimmend festgestellt, daß es unter Jugendlichen kaum noch positive Bezugspunkte auf klassische Eckpfeiler linker Politik gibt. Der Sozialstaat gilt weitgehend als bürokratischer Dinosaurier ohne großen Nutzen, die Umverteilung von unten nach oben erscheint vielen inzwischen als Naturgesetz. Die Beschneidung von Unternehmermacht und staatliche Beschäftigungspolitik halten viele für unmöglich, der Kapitalismus erscheint alternativlos.

Dieses düstere Szenario bedeutet allerdings nicht, daß Jugendliche heute nicht mehr für linke Politikangebote ansprechbar wären. Die Angebote und ihre Inszenierung müssen heute jedoch anders aussehen als noch vor 20 Jahren. Denn den meisten Jugendlichen ist sehr wohl bewußt, daß die politische Logik der Standortdebatte, des Kaputtsparens

und der Auflösung traditioneller Arbeitsverhältnisse nichts Gutes verheißt. Krisenerfahrungen werden jedoch weitgehend individuell verarbeitet: „Wenn unser Bildungssystem den Bach runtergeht, dann muß ich eben so schnell wie möglich durch. Wenn es immer weniger vernünftige Jobs gibt, dann muß ich eben meine Ellenbogen einsetzen und zu den wenigen gehören, die einen abbekommen.“ Daß Jugendliche in weiten Teilen so reagieren, kann angesichts der fehlenden kollektiven Lösungsansätze nicht sonderlich verwundern.

„Ihr seid die erste Generation nach dem Krieg, der es schlechter gehen wird als ihren Eltern“, schrieb Douglas Coupland in seinem Buch „Generation X“. Die Linke müßte diesem Zitat eigentlich hinzufügen: „... und das, obwohl es in diesem Land einen größeren Reichtum gibt als jemals zuvor.“ – Tut sie aber nicht. Dabei sind die Voraussetzungen dafür alles andere als schlecht. Es ist offenkundig, daß das gegenwärtige neoliberale Entwicklungsmodell am Ende ist. Die Basis für eine Politik, die den vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum endlich nutzt und Unternehmen wieder in die Pflicht nimmt, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden, wird angesichts des Problemdrucks und der sozialen Brüche wieder größer. Ihr fehlen nur augenscheinlich zur Zeit die poli-

*Es geht um die Frage, wie es uns gelingen kann, Jugendliche gegen die herrschende politische Logik in Stellung zu bringen und damit aktiv in die Formierung der künftigen Klassenlandschaft einzugreifen.*

tischen TrägerInnen. Die SPD ist voll- auf damit beschäftigt, über den Bundesrat in Bonn „mitzuregieren“ und in kleinen Zirkeln vorab Kompromisse mit der Bundesregierung auszukungeln.

Eine linke Erneuerung der SPD und die Formulierung einer offensiven Strategie wird es bis 1998 aus sich heraus nicht geben, ein Blick auf die im „Frankfurter Kreis“ organisierte Parteilinke oder auf Teile der Jusos bestätigen diese These nachdrücklich.

Es geht in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung bis 1998 vor allem darum, positive Anknüpfungspunkte für eine andere politische Logik zu schaffen und sichtbar zu machen. Nur wenn in der öffentlichen Diskussion linke Interpretationsmuster wieder präsent sind, können Jugendliche gegen die Regierung Kohl sozialisiert und politisiert werden, können sich Jugendliche positiv auf linke Politik beziehen. Um diese Angebote zu schaffen, bedarf es einer Vernetzung linker Kräfte in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, die zunehmend offensiv und vor allem öffentlich Eckpunkte

linker Politik gemeinsam entwickeln und vertreten müssen.

### Jugendlinke und Aufbau einer neuen politischen Generation

Was mit dem Crossover-Prozeß um die spw begonnen und mit der „Erfurter Erklärung“ linker Intellektueller fortgesetzt wurde, muß im Jugendbereich seine Entsprechung finden. Bereits seit einiger Zeit haben wir versucht, eng mit anderen Jugendverbänden und insbesondere mit der Gewerkschaftsjugend zusammenzuarbeiten. Wir haben auf diese Weise die gesetzliche Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung in die öffentliche Debatte gebracht und in der SPD durchgesetzt. In diesem Zusammenhang sind zahlreiche regionale Jugendbündnisse entstanden. Dies zur Keimzelle eines Jugendbündnisses mit mittlerer Reichweite („Jugendlinke“) zu machen, auszubauen und zu verbreitern, wird uns in der nächsten Zeit beschäftigen. Es geht für die Juso-Linke darum, die eigene Kampagnenorientierung weiterzuentwickeln. Wir wollen gemeinsam mit anderen Jugendverbänden strategische Pro-

jekte und Forderungen mit Symbolgehalt entwickeln und diese professionell inszenieren.

Wir wollen mit diesen Forderungen Jugendlichen signalisieren, daß eine andere politische Logik funktioniert und daß es sich lohnt, dafür zu kämpfen. Und wir wollen damit nicht zuletzt die SPD wieder stärker für linke Reformpolitik öffnen und eine neue politische Generation in der Partei formieren, die nicht im Mief sozialdemokratischer Hinterzimmerpolitik aufwächst. Wenn uns dies alles gelingt, dann leisten wir einen großen Beitrag dazu, daß 1998 in diesem Lande endlich der Politikwechsel stattfindet. spw

<sup>1</sup> Vgl. zur SMK-Theorie auch Jörg Hufschmid: Weder toter Hund noch schlafender Löwe, in: spw 2/95.

<sup>2</sup> Die „Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD“, 1980 herausgegeben vom Juso-Bezirksvorstand Ostwestfalen-Lippe, waren das zentrale theoretische und politische Positionspapier des Hannoveraner Kreises in den 80er Jahren.

<sup>3</sup> Projekt Moderner Sozialismus: 53 Thesen, spw-Verlag 1989. Restexemplare sind noch beim spw-Verlag erhältlich (7,- DM).

*Nur wenn in der öffentlichen Diskussion linke Interpretationsmuster wieder präsent sind, können Jugendliche gegen die Regierung Kohl sozialisiert und politisiert werden, können sich Jugendliche positiv auf linke Politik beziehen.*

Vom 21. bis 23. Februar fand in Oer-Erkenschwick die Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises der Linken in der SPD statt. Mit Blick auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen um das Bundestagswahlprogramm zogen sich die Debatten durch alle wichtigen programmatischen Bereiche. Eine Reihe von Positionspapieren, die zur Frühjahrstagung vorgelegt wurden, bieten hier gute Grundlagen für Eingriffe der Linken.

Die Diskussion mit Oskar Lafontaine fiel der Grippe zum Opfer; an seiner Stelle stellte sich Franz Müntefering den rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Lebhaft widersprochen wurde seiner These, ein Wahlziel der SPD (neben dem Hauptziel „wir wollen gewinnen“) müsse darin liegen, die PDS nicht wieder in den Bundestag einziehen zu lassen – dies sei vielmehr in Bezug auf die FDP richtig. Allerdings kam es in diesem Zusammenhang nicht zu einer breiten Diskussion über die Erfurter Erklärung.

### Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen

Angesichts der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit hatten wirtschafts- und sozialpolitische Fragen einen besonders hohen Stellenwert. Claus Schäfer (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB) stellte die die Entwicklung der Einkommensverteilung und -umverteilung seit 1980 dar und verdeutlichte, daß eine neue Umverteilung von oben nach unten nicht nur moralisch gerechtfertigt, sondern auch ökonomisch dringend geboten sei. Zudem wies er nach, daß das häufig als Vorbild zitierte amerikanische „Beschäftigungswunder“ zu einem erheblichen Teil nur eine Legende ist.

Zuvor hatte bereits Martin Pfaff klargestellt, daß die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland keineswegs zu teuer sind und ein großer Teil des Beitragsanstiegs auf die durch Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die schwache Lohnentwicklung immer

## Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises 1997

von Burkhard Winsemann\*

schmäler gewordene Bemessungsgrundlage zurückzuführen sei.

Alternativen zur Globalisierung skizzierte der Vorsitzende der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Klaus Wiese-hügel, in seinem Referat. Die wichtigste Voraussetzung dafür sieht er in der Entwicklung einer neuen internationalen Solidarität. Weltweit zunehmender Widerstand gegen

\* Burkhard Winsemann ist wiss. Mitarbeiter von Detlev von Larcher MdB

den Abbau sozialer Rechte zeige, daß dies durchaus realistisch sei.

Weiter forderte er, mit der Begrenzung des Einflusses von Banken und institutionellen Anlegern und der Eindämmung spekulativer Finanzgeschäfte durch eine Kapitaltransaktionssteuer (Tobin-Tax) die Spielräume für die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erweitern. Zugleich müßten jedoch die bestehenden wirtschaftspolitischen Möglichkeiten konsequent genutzt werden, beispielsweise durch eine ökologische Steuerreform und ein Umweltinvestitionsprogramm.

#### Europäische Union

Differenzen gab es in der Frage der Europäischen Währungsunion. Während Klaus Wiese für die Währungsunion zu verschieben, statt die Ökonomie weiter mit den Konvergenzkriterien abzuwürgen, sprach sich die Mehrzahl

der DiskussionsteilnehmerInnen dafür aus, mit einer vertragsgemäßen, d.h. flexiblen Auslegung der Konvergenzkriterien den angeblichen Zwang zu Kürzungen möglichst schnell zu überwinden und so zugleich die Bedeutung der Referenzwerte auch in der Währungsunion zu relativieren.

Damit wurde bereits ein Teil der von Heidi Wieczorek-Zeul eingeleiteten europa- und außenpolitischen Debatte vorweggenommen, in der u.a. Fortschritte in der Frage, wie gemeinsame Sozialstandards aussehen könnten, erzielt wurden. Skepsis herrschte hingegen in der Frage vor, inwieweit angesichts der bereits weit fortgeschrittenen NATO-Osterweiterung noch eine zivile Außen- und Sicherheitspolitik durchgesetzt werden kann.

Herta Däubler-Gmelin forderte, die Innen- und Rechtspolitik als Aufgabe der Gesamtpartei breit zu dis-

kutieren und nicht allein den Fachpolitikern zu überlassen. Unter eben diesen kam es dann jedoch zu einer heftigen Auseinandersetzung über die Einwanderungspolitik.

Insgesamt hat die Frühjahrstagung gezeigt, daß die SPD-Linke über ein beachtliches programmatisches Potential verfügt, daß es nun verstärkt in der Partei zu verankern gilt (vgl. auch die Erklärung „Grundlinien einer sozialdemokratischen Reformalternative“, S. 10f. in diesem Heft). Hier liegt eine potentielle Schwachstelle, da die Arbeit der Schwerpunktkommissionen des Parteivorstands z.T. wenig transparent ist und auch die Koordination unter den linken Kommissionsmitgliedern verbesserungsbedürftig ist. Erste Initiativen, um die Positionen des Frankfurter Kreises stärker ins Zentrum der programmatischen Debatte zu rücken, werden gerade angesprochen. spw

*Lebhaft widersprochen wurde Münterfers These, ein Wahlziel der SPD müsse darin liegen, die PDS nicht wieder in den Bundestag einzuziehen zu lassen – dies sei vielmehr in Bezug auf die FDP richtig.*

## Grundlinien einer sozialdemokratischen Reformalternative

Erklärung zur Tagung des Frankfurter Kreises am 23.-25.02.97

*Statt weiterer „Angebotspolitik“ ist eine Neubelebung keynesianischer Nachfragepolitik, die überholte Strukturen verändert und Innovationen aktiv unterstützt, erforderlich und möglich.*

*Die folgende Erklärung wurde von Detlev von Larcher MdB als Sprecher des Frankfurter Kreises zur Frühjahrstagung der SPD-Linken am 23.-25.02.97 in Oer-Erkenschwick vorgelegt und dort zustimmend zur Kenntnis genommen. Im Vorfeld Änderungen eingebracht, die berücksichtigt wurden, und dem Text zugestimmt hatten z.B. Eckhard Kuhlwein MdB und Michael Müller MdB (KoordinatorInnen der Parlamentarischen Linken), Benny Mikfeld und Sigrid Skarpelis-Sperk MdB (Mitglieder des Parteivorstands) und Andrea Nahles (Juso-Vorsitzende).*

Die Bundesregierung hat abgewirtschaftet und gehört abgewählt. Die von ihr verfolgte Politik der fortgesetzten Umverteilung von unten nach oben

treibt die Arbeitslosigkeit auf immer neue Rekordhöhen, mittlerweile sind 7 Millionen Menschen ohne reguläre Beschäftigung, 200.000 Ausbildungsplätze fehlen. Durch Sozialabbau und Höherbelastung von Normaleinkommen einerseits, Steuerentlastung hoher Einkommen, Gewinne und großer Vermögen andererseits verschärft sie die soziale Spaltung. Der Sozialstaat wird mutwillig ruiniert und demontiert. Umweltpolitik spielt keine Rolle mehr. So darf es nicht weitergehen! Ein grundlegender Politikwechsel ist notwendig.

#### Probleme hausgemacht, grundsätzlicher Kurswechsel nötig

Die Probleme sind zum größten Teil hausgemacht. Zwar gibt es eine globale Restrukturierung des Kapitalismus, Veränderungen von Arbeitsteilung und Wertschöpfungsketten und eine zunehmende Ablösung der Geld- von der Realwirtschaft. Aber nicht eine angebliche Standortchwäche im globalen Wettbewerb, zu hohe Löhne oder Unternehmenssteuern, Sozial- und Umweltstandards sind Ursache der Massenarbeitslosigkeit, sondern binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche durch unzureichende Massenkaufkraft und eine verfehlte und krisenverschärfende Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Arbeitszeiten sind

nicht zu kurz, sondern zu lang, um Vollbeschäftigung zu ermöglichen. Die Legenden der Standortpolitik und das neoliberale Dogma, daß die ungesteuerte Freisetzung der Marktkräfte die Probleme lösen werde, haben sich in der Realität selbst widerlegt.

Ein grundsätzlicher Kurswechsel der Wirtschaftspolitik ist notwendig. Wir brauchen eine aktive Beschäftigungspolitik und niedrige Zinsen, ein öffentliches Investitionsprogramm für qualitatives Wachstum und ökologische Innovation, die solidarische Weiterentwicklung des Sozialstaats und eine neue Offensive für Bildung, Wissenschaft und Forschung, eine Stärkung der Masseneinkommen und eine neue Etappe der Arbeitszeitverkürzung. Statt weiterer „Angebotspolitik“ ist eine Neubelebung keynesianischer Nachfragepolitik, die überholte Strukturen verändert und Innovationen aktiv unterstützt, erforderlich und möglich: Das zeigen Untersuchungen u.a. des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Bausteine einer sozialdemokratischen Reformalternative, wie sie die SPD-Linke fordert, sind:

#### Beschäftigungs- und Zukunftsinvestitionsprogramme

1. Antizyklische Beschäftigungs- und qualitative Wachstumspolitik:

Durch ein kreditfinanziertes Programm für Beschäftigung und qualitatives Wachstum in Höhe von 35 Mrd. DM jährlich können nach Berechnungen des DIW ca. 500.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei führen die Mehreinnahmen und die Einsparungen bei Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe bis zum Jahr 2000 zu einer geringeren Schulden- und Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte, als sie ohne dieses Programm eintreten würde. Um die Länder und Kommunen in eine antizyklische Politik einzubinden, soll ein Stabilisierungsfond eingerichtet werden, aus dem sie zinslose Kredite erhalten können, die verbindlich aus den zusätzlichen Steuereinnahmen zurückgezahlt werden müssen. Durch eine europäische Abstimmung und Zusammenarbeit werden die Erfolge noch verbessert. Auch die Geldpolitik muß sich an beschäftigungspolitischen Zielen ausrichten und für möglichst niedrige Zinsen sorgen.

**2. Ökologisches Zukunfts-Investitionsprogramm (Öko-ZIP):** Als zentraler Bestandteil einer solchen antizyklischen Beschäftigungs- und qualitativen Wachstumspolitik ist, anknüpfend an das erfolgreiche ZIP von 1977, ein ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm aufzulegen, das mit öffentlicher Förderung in Höhe von 10-15 Mrd. DM pro Jahr bis zu 100 Mrd. DM Investitionen für die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Infrastruktur mobilisieren soll. Schwerpunkte sind Energieeinsparung, Einführung erneuerbarer, solarer Energien, ökologischer Umbau des Verkehrssektors, Entsorgungsinfrastruktur, ökologische Sanierung, ökologischer Wohnungs- und Städtebau, Werkstoff- und Produktinnovation, Bildung und Wissenschaft. Damit können mittelfristig 600.000 – 800.000 zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse erzielt werden. Daneben sind verbesserte Umwelt- und Energiesparstandards und rechtliche Rahmenbedingungen sowie eine ökologische Steuerreform notwendig. Dabei muß Deutschland Initiativen in der Europäischen Union ergreifen und im nationalen Rahmen vorangehen.

### **Solidarische Finanzpolitik und Sozialstaat**

**3. Solidarische Steuerreform:** Die Pläne der Bundesregierung für eine massive Steuerentlastung von Großverdienern sind ein sozialpolitischer

Skandal und beschäftigungspolitisch verfehlt. Notwendig sind mehr soziale Gerechtigkeit und eine Stärkung der Massenkaufkraft durch Abgabensenkung für kleine und mittlere Einkommen sowie mehr Mittel für die Sicherung des Sozialstaats, für Beschäftigungspolitik und ökologische Investitionen. Statt Lohnzuschläge zu besteuern, müssen Steuerschlupflöcher der Reichen und der Großunternehmen gestopft und Steuerhinterziehung bekämpft werden, statt den Spitzensteuersatz zu senken, müssen große Vermögen, hohe Einkommen und nichtinvestierte Gewinne realistisch erfaßt und bewertet und angemessen, also höher als bisher, besteuert werden. Der Steuervorteil aus dem Ehegattensplitting ist zu begrenzen, dafür ist das Kindergeld deutlich anzuheben. Steuersenkungen auf Pump lehnen wir ab.

**4. Solidarische Modernisierung des Sozialstaats:** Durch die Verwandlung von LeistungsempfängerInnen in BeitragszahlerInnen durch eine wirksame Beschäftigungspolitik, durch die vollständigere Erfassung aller Einkommen durch erhöhte Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenzen insbesondere in der Krankenversicherung, die Einbeziehung von Einkommen aus Vermögen und aus geringfügiger Beschäftigung, Einsparungen auf der Anbieterseite des Gesundheitswesens, die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe der Unternehmen und die Steuerfinanzierung sog. „versicherungsfremder Leistungen“ ist die Finanzierung des Sozialstaats zu sichern. Zentrale Aufgabe einer zukunftsorientierten Weiterentwicklung des Sozialstaats ist die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung.

### **Arbeitszeitverkürzung, öffentlich geförderte Beschäftigung, Bildungsoffensive**

**5. Arbeitszeitverkürzung:** Wir fordern die Tarifparteien zu einem neuen Anlauf für eine gerechtere Verteilung der Arbeit auf, dessen Kern in einer neuen Etappe der Arbeitszeitverkürzung und wirksamen Regelungen zur Begrenzung von Überstunden liegen muß. Nur so kann die Halbierung der Arbeitslosigkeit und die Wiedergewinnung von Vollbeschäftigung gelingen. Dabei sind verschiedene Formen einzubeziehen, die notwendige Dimension von Beschäftigungssicherung und Neu-

einstellungen wird sich aber nur erzielen lassen, wenn die durchschnittliche tarifliche Wochenarbeitszeit um mehrere Stunden verkürzt wird.

**6. Arbeitsmarktpolitik und öffentlich geförderte Beschäftigung:** Die Arbeitsmarktpolitik muß zu einer regionalisierten Arbeits- und Strukturforderung weiterentwickelt und und der Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung und Qualifizierung in Bereichen sozialen, kulturellen und ökologischen Bedarfs organisiert werden, damit Langzeitarbeitslosigkeit verhindert und allen Jugendlichen ein Einstieg ins Erwerbsleben garantiert werden kann. Damit können über 500.000 neue Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.

**7. Bildungsoffensive:** Durch eine Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung ist allen Jugendlichen ein qualifizierter Ausbildungsplatz anzubieten. Eine neue Offensive für den Ausbau und die Reform des Bildungswesens ist nötig als zentrale Zukunftsinvestition. Die staatliche Forderung von Forschung und Technologieentwicklung ist auszubauen und stärker auf die Erfordernisse ökologisch nachhaltiger Entwicklung auszurichten.

### **Internationale Zusammenarbeit**

**8. Internationale Koordination und Kooperation:** Die Bundesregierung muß sich für eine internationale Abstimmung und Zusammenarbeit im Sinne einer beschäftigungs-, sozial und ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik insbesondere im Rahmen der EU einsetzen. Die Maastricht-Kriterien für die Europäische Währungsunion müssen so interpretiert und angewendet werden, daß sie einer solchen Politik nicht im Wege stehen. Das Vertragswerk der EU muß um beschäftigungspolitische, soziale und ökologische Anforderungen ergänzt werden. Zur Eindämmung der Devisenspekulation ist eine internationale Devisenumsatzsteuer (Tobin-Steuer) in Verbindung mit einer Besteuerung von Finanztransaktionen mit Ländern, in denen eine solche Steuer nicht erhoben wird, zu prüfen. Außenwirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungsländern sind verstärkt auf längerfristig angelegte vertragliche Grundlagen zu stellen, bei denen Öko- und Sozialstandards sowie entwicklungspolitische Gesichtspunkte zu beachten sind.

*Der Frankfurter Kreis unterstützt die Bemühungen Oskar Lafontaines für eine stärkere Profilierung sozialdemokratischer Politik und fordert ihn auf, noch konsequenter und offensiver sozial-ökologische Reformalternativen in die Debatte zu bringen.*

### Sozialdemokratische Konzepte profilieren!

Auf der Tagung des Frankfurter Kreises am 21.-23.02.97 lagen eine Reihe konkreter Konzepte für eine solche Politik vor und wurden diskutiert, insbesondere der Beschluß „Wege aus der Krise“ der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag (vgl. spw 1/97, S. 33-36), die „Thesen für ein ökologisches Zu-

kunfts-Investitionsprogramm“ der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion und das Papier „Solidarische Finanzpolitik statt Kapitulation vor der 'Globalisierung'“ der AG Finanzen des Frankfurter Kreises (vgl. spw 6/96, S.44-50).

Der Frankfurter Kreis unterstützt die Bemühungen Oskar Lafontaines für eine stärkere Profilierung sozialdemokratischer Politik in der Ausein-

andersetzung mit der Bundesregierung und fordert ihn auf, noch konsequenter und offensiver sozial-ökologische Reformalternativen in die Debatte zu bringen. Die SPD-Linke wird ihre Positionen in die Diskussionen der Sozialdemokratischen Partei einbringen und dafür eintreten, daß sie zu Positionen der Gesamtpartei werden.

spw

## Steuerpolitische Unübersichtlichkeit in der SPD

von Burkhard Winsemann\*

*Die SPD muß vermitteln, daß eine Einigung mit der Koalition inhaltlich nicht möglich ist und keineswegs eine taktische Blockadehaltung eingenommen wird.*

Mit zunehmender Verwunderung registrierten Medien wie auch Teile der Partei schon seit dem Ende der Sommerpause 1996 die vornehme Zurückhaltung der SPD in der Frage der Einkommensteuerreform. Bis heute liegt kein vollständiges Konzept der Gesamtpartei oder der Fraktion vor. Immerhin gelang es jedoch den Jusos mit der Unterstützung einiger weiterer PV-Mitglieder, eine Sonder-sitzung des Parteivorstandes durchzusetzen, auf der ein 10-Punkte-Papier als Verhandlungsgrundlage beschlossen wurde.

### Klare Linie fehlt

Wurden zunächst taktische Überlegungen als Hintergrund der Abstinenz der SPD ausgemacht (der Unmut der vielen Interessengruppen über den beabsichtigten Wegfall von Steuervergünstigungen sollte allein den Koalitionsparteien gelten), so ist inzwischen unverkennbar, daß auch die äußerst unübersichtliche Gefechtslage innerhalb der Partei die Entwicklung eines geschlossenen Reformkonzepts erheblich erschwert.

Dessen Fehlen wiederum beschwört die Gefahr herauf, daß die Verhandlungskommission der innerparteilichen Willensbildung erheblich vorgreift, wobei offen bleiben kann, ob und wenn ja von welchen Akteuren dies auch so gewollt ist. Immerhin fiel die ebenfalls für den 24. Februar vorgesehene steuer- und finanzpolitischen Fragen gewidmete Sitzung der Kommission *Fortschritt 2000*, in der unter anderem das Papier „Solidarische Finanzpolitik statt Kapitulation vor der Globalisierung“ der AG Finanzen des Frankfurter Kreises<sup>1</sup> diskutiert werden sollte, den Verhandlungen vorerst zum Opfer.

Außer der Anhebung des Grundfreibetrages auf 14.000 DM/28.000 DM sind in der SPD nahezu alle denkbaren Fragen umstritten, und zwar zwischen von Frage zu Frage wechselnden Bündnissen.

### Unterschiedliche Bündniskonstellationen

- Seit 'an Seit' mit dem Frankfurter Kreis und dem Parteivorsitzenden hat sich Gerhard Schröder für die Beibehaltung des Spitzensteuersatzes (für nichtgewerbliche Einkünfte) von 53% ausgesprochen; er möchte allerdings den Beginn der oberen Proportionalzone nach hinten verschieben. Dagegen denken Rudolf Scharping, Heinz Schlußer, Wolfgang Clement und Henning Voscherau immer mal wieder laut über 40% nach. Dazwischen liegen z.B. Joachim Poß und Ernst Schwanhold, die gerne unter 50% landen würden.

- Die nach der Parteivorstandssitzung am 3. Februar auch in der Sozialdemokratie aufgetauchte Forderung nach Ermäßigung der Einkommensteuer auf Einkünfte aus Gewerbebetrieb wird in unterschiedlichen

Größenordnungen – zwischen 6 und 18% unter dem allgemeinen Spitzensteuersatz – diskutiert. Die Jusos und der Frankfurter Kreis setzen sich dagegen für eine nur die einbehaltenen Gewinne entlastende Betriebssteuer ein.

- Umstritten ist auch, ob am Ende der Steuerreform eine Nettoentlastung herauskommen soll oder nicht. Dafür, wenn auch ohne Nennung von Zahlen, haben sich Lafontaine, Scharping und Schröder ausgesprochen, während Ingrid Mätthäus-Maier, für die Haushaltskonsolidierung Vorrang hat, und die Linke, die auf die gegenüber Steuerentlastungen größere konjunkturelle Wirksamkeit zusätzlicher öffentlicher Ausgaben verweist, in ungewöhnlicher Eintracht dagegehalten.

- Völlig unklar ist schließlich das Bild bei der zur Gegenfinanzierung der Tarifreform notwendigen Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage. Einigkeit besteht eigentlich nur über die Ablehnung der Besteuerung von Nacht- und Sonntagszuschlägen. Darüberhinaus liegen seit nunmehr einem halben Jahr sehr konkrete Empfehlungen von Heinz Schlußer zur Objektivierung der Gewinnermittlung der Unternehmen vor, die zu großen Teilen konsensfähig sein dürften. Zusammen mit einem beherzten Zugriff auf den bislang völlig unterbesteuerten Bereich der Einkünfte aus Kapitalvermögen und aus Vermietung und Verpachtung (Abschreibungsmodelle) wäre dies eine wichtige Grundlage für eine Offensive der SPD in der Steuerpolitik. Ein in diese Richtung zielender detaillierter Vorschlag von Detlev von Larcher wurde überwiegend höflich ignoriert.

- Letztlich gibt es noch nicht einmal eine einheitliche Linie in der Frage, in-

\* Burkhard Winsemann, Diplom-Ökonom, ist wiss. Mitarbeiter von Detlev von Larcher MdB

wieweit das Einkommensteuerrecht generell mit Lenkungsnormen ausgestattet sein soll. Es ist nämlich ein ökonomisch wenig geeignetes, politisch aber besonders praktikables Instrument dafür. Noch ehe in diesem Punkt eine Antwort gefunden ist, tauchen aber bereits neue Vorschläge für Steuersubventionen – hier: zur Förderung der Mobilisierung von Risikokapital – auf.

### Strategische Positionen einnehmen

Während also die Vorstellungen von der Steuerreform noch stark

divergieren, bemühen sich alle Beteiligten, ernsthafte Auseinandersetzungen zu vermeiden. Das wird allerdings kaum möglich sein, wenn die Verhandlungen mit der Koalition zu unbefriedigenden Ergebnissen führen sollten, was nach Lage der Dinge praktisch bei jedem überhaupt mit dieser Koalition zu erzielenden Ergebnis unterstellt werden kann.

Die SPD tut deshalb gut daran, Sollbruchstellen bereitzuhalten, die vermittelbar machen, daß eine Einigung mit der Koalition inhaltlich nicht möglich ist und keines-

wegs eine taktische Blockadehaltung eingenommen wird. Der Streit um die weitere Finanzierung des Steinkohlenbergbaus hat dies nicht hergegeben, und auch in der Frage der Zuschlagsbesteuerung kann nicht ausgeschlossen werden, daß die SPD durch Kompromißvorschläge in Bedrängnis gerät. Zur Entwicklung strategisch wirksamer Positionen sei deshalb nochmals nachhaltig das steuer- und finanzpolitische Papier des Frankfurter Kreises empfohlen. spw

<sup>1</sup> spw Heft 92, 6/96, S. 44-50

**P**rost Mahlzeit. Das schmeckt dem Agrobusiness und der Ernährungswirtschaft so richtig. Endlich hat ein einflußreicher Teil der SPD unter dem Eindruck ihrer Argumente ohne viel Federlesens sein Ja-Wort zum Einsatz der Gentechnik im Nahrungsgüterbereich gegeben und den einst im Berliner Grundsatzprogramm verankerten ökologischen Umbau von Landwirtschaft und Chemie ad acta gelegt.

Vom Standortfieber erfaßt, hat am 21./22.11.1996 in Wiesbaden die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften sowie der SPD-Abgeordneten im Europaparlament eine zackige Entschliebung mit dem Tenor gefaßt, nun endlich und entschieden das „Innovationspotential der Bio- und Gentechnologie“ zu nutzen. Da werden „breite Anwendungsperspektiven in der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion“ gesehen. Da wird kühn formuliert, daß es „grundsätzlich keine auf Gefahren für Mensch und Umwelt beruhende Begründung für ein Verbot des Einsatzes der Gentechnik in der Landwirtschaft“ gibt. Ferner wird dargelegt, daß „in der Lebensmittelindustrie die bisher vor allem zur Ertragssicherung und zur Haltbarmachung verwendete Bio- und Gentechnologie auch zur Qualitätsverbesserung von Lebensmitteln eingesetzt werden kann“. Der einst propagierte Frieden mit der Natur mutiert so zum Frieden mit der Wirtschaft. Um die Nähe zum Verbraucher nicht ganz zu verlieren, wird wenigstens noch die

Kennzeichnung für gentechnisch veränderte Lebensmittel gefordert.

Mit dieser Entschliebung werden innerparteilich mühselig erarbeitete Positionen bewußt beschädigt, die sich aus guten Gründen nach wie vor einem zukunftsfähigen, umweltverträglichen Entwicklungsweg im Agrar- und Ernährungsbereich verpflichtet fühlen<sup>1</sup>.

Allerdings haben die Konferenzteilnehmer dann doch die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Gemeinsam setzten sich die Vorsitzenden des Umwelt-, Gesundheits- und Landwirtschaftsausschusses der Bundestagsfraktion zur Wehr. Sie erreichten zwar nicht die Zurücknahme des Beschlusses, aber immerhin, daß er nicht weiter verfolgt wird. Er war durch Fraktionsgeschäftsführer Catenhusen initiiert und lanciert worden. Als ehemaligen Vorsitzenden der Enquete-Kommission des Bundestages zu den „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ müssen ihn die Chancen der Gentechnik offenbar nachhaltig beeindruckt haben.

Wie dem auch sei, die Entschliebung ist nicht aus der Welt und der Druck der Gentechnik-Lobby bleibt. Die Auseinandersetzungen um gentechnisch veränderte Nahrungsmittel und ihre Risiken bleiben daher so oder so erhalten. Allerdings will sich dieser Beitrag nicht mit den speziellen Risiken von Genfood beschäftigen. Er möchte vielmehr den Sinn oder Unsinn von Gentechnik in den Gesamtrahmen der bestehenden und einer zukunftsfähigen Agrar- und Ernährungspolitik stellen. Wer

## Genfood statt Öko-Produkte?

Agrar- und Ernährungspolitik der SPD  
– Umsteuern statt Anpassen

von Detlef Bimboes\*

hier Veränderungen will, kommt um einige Grundsatzfragen nicht herum. Das heißt als erstes zu beantworten, wie wir eigentlich leben wollen, was wir für eine gesunde und genußreiche Ernährung brauchen und *welchen gesamtgesellschaftlichen Nutzen/welche gesundheitlichen Vorteile* in diesem Kontext der Einsatz der Gentechnik im Lebensmittelbereich bieten würde?

### Grundfrage: Wie wollen wir leben und uns ernähren?

Auf dieser Grundlage läßt sich die Frage zum ja oder nein ihres Einsatzes viel leichter beantworten. *Sie besitzt nämlich keine Vorteile* im Hinblick auf Qualitätsverbesserungen und *schon gar nicht den von gesundheitlichen Vorteilen* oder mehr Lebensqualität. Diese provokante,

*Gentechnik im Lebensmittelbereich besitzt keine Vorteile im Hinblick auf Qualitätsverbesserungen und schon gar nicht den von gesundheitlichen Vorteilen oder mehr Lebensqualität.*

\* Dr. Detlef Bimboes, Diplombiologe, Wiesbaden

klare Aussage gilt selbst dann, wenn es keine Risiken durch gentechnisch veränderte Nahrungsmittel gäbe oder gibt. *Ihr Einsatz ist schlichtweg überflüssig.* Wer sie fordert, läßt lediglich die Handschrift großer Wirtschaftsinteressen deutlich werden. Diesen geht es z.B. nur um die Verlängerung von Haltbarkeit (für Lagerung und Transport) oder möglichst gleichbleibende Herstellungsbedingungen für die industrielle Massenproduktion von Käse durch gentechnisch geschneiderte Käsereifungsfermente.

Politik und Wirtschaft haben Agrar- und Ernährungspolitik auf einen insgesamt falschen Weg geführt. Die Gentechnik setzt hier nur weitere „Höhepunkte“. Dieser Weg schreibt lediglich die ökonomischen Konzentrationsprozesse fort, treibt Hochgeschwindigkeit, Leistungs- und Ertragssteigerung in diesen Produktionsbereichen weiter voran, was bislang schon zu schwer korrigierbaren Fehlentwicklungen für Mensch und Natur sowie zu Qualitätsverlusten im Lebensmittelbereich und zum Verlust einer Vielzahl von bäuerlichen und gewerblichen Arbeitsplätzen geführt hat. Dreh- und Angelpunkt bleibt deshalb nach wie vor die Wende hin zu einer umwelt- und gesundheitsverträglichen Politik in Land- und Ernährungswirtschaft, die gleichzeitig möglichst viele Arbeitsplätze sichert. Vorschläge hierzu liegen reichlich auf dem Tisch, vor kurzem erst wieder aus den Reihen des Öko-Landbaus vorgelegt<sup>2</sup>.

#### **Für eine Wende in der Agrar- und Ernährungspolitik**

*Für eine gesunde Ernährung sind tiefgreifende Korrekturen im gesamten Gefüge der Nahrungskette erforderlich, um die Verbraucher mit möglichst naturbelassenen Produkten zu versorgen, die mit möglichst wenig Verwendung von Zusatzstoffen hergestellt werden und deren Ausgangsprodukte nicht oder kaum noch mit Pestiziden belastet sind<sup>3</sup>. Diese Korrekturen müssen von der Landwirtschaft über die gewerbliche und industrielle Weiterverarbeitung von Lebensmitteln bis hin zu Transport, Lagerung und Verkauf reichen. Auf allen Stufen ist ein „System der kurzen Wege“ zu entwickeln. Durch kurze Wege auf den einzelnen Stufen zwischen Nahrungsmittelproduktion, Handel und Verbraucher*

*lassen sich zusammen mit einer umweltgerechten Agrarproduktion und schonenden Be- und Verarbeitungsverfahren zahlreiche bestehende Qualitäts- und Hygienemängel minimieren.*

Das heißt vor allem, die durch wirtschaftliche Konzentrationsprozesse in der BRD entstandenen, zum großen Teil anbau- und verbrauchsfernen Produktions- und Versorgungsstrukturen weitgehend aufzubrechen und in arbeits- und umweltorientierte regionalpolitische Entwicklungskonzepte zu integrieren. Auch hierzu liegen viele Vorschläge auf dem Tisch. Auf diese Weise können überdies regional vorhandene und teilweise nicht mehr ausgeschöpfte Agrarpotentiale optimaler genutzt werden. Selbstverständlich werden dann immer noch überregionale und transnationale Anbau-, Herstellungs- und Versorgungsstrukturen eine bedeutsame Rolle spielen. Von den natürlichen Gegebenheiten her wird nicht überall eine regional angelegte Versorgung mit leicht verderblichen gegenüber Qualitätsverlusten empfindlichen Grundnahrungsmitteln (Fleisch und Fleischprodukte, Milchprodukte, Backwaren, regionaltypisches Obst und Gemüse) möglich sein. Südfrüchte sowie andere ausländische Produkte werden auch weiterhin eine große Rolle spielen.

#### **Die wirklichen Herausforderungen der Zukunft**

Dabei bedürfen regionale und überregionale Versorgungsstrukturen teilweise noch der *Weiterentwicklung schonender technologischer Be- und Verarbeitungsverfahren unter Minimierung des Einsatzes von Lebensmittelzusatzstoffen sowie verbesserter Lager-, Kühl- und Transportsysteme.* Hier – und nicht im Einsatz von Gentechnik – liegen die High-Tech Herausforderungen der Zukunft.

In der *Tierproduktion* stehen artgerechte Tierhaltung, Erhalt und Pflege vielfältiger, standortangepaßter Nutztierassen (wichtig zum Erhalt der genetischen Ressourcen für Züchtungen und zur Vermeidung von Inzucht) wie auch der Verzicht von Importfuttermitteln auf der Tagesordnung. Mit der artwidrigen Verfütterung von Tiermehl aus der Tierkadaverentsorgung muß Schluß gemacht werden, zumal über diese Schiene

auch der Rinderwahnsinn und andere Tierkrankheiten weiter verbreitet werden können. High-Tech im Tierstall heißt konsequentes Qualitätsmanagement zur Ausschaltung von Hygienemängeln und damit drastisches Zurückfahren des Einsatzes von Tierarzneimitteln und daraus resultierender Rückstände in den Fleischprodukten<sup>4</sup>. Gleichzeitig dient dies auch der Eindämmung des zunehmenden Versagens von Antibiotika bei Mensch und Tier sowie nicht zuletzt der Verringerung von Salmonellose-Erkrankungen beim Verbraucher.

High-Tech in der *Pflanzenproduktion* heißt umweltgerechter Anbau mit dem Produktionsziel gesunder Pflanzen und konsequenter Einsatz des biologisch-integrierten Pflanzenschutzes. Dieser Pflanzenschutz arbeitet mit der Natur und nicht gegen sie, macht den Einsatz von Pestiziden ganz oder zumindestens weitestgehend entbehrlich und erlaubt zugleich, den Düngereinsatz auf ein umweltverträgliches Maß herunterzufahren. Qualitätsverbesserung bei pflanzlichen Lebensmitteln heißt zudem, mit dem ganzen System produktspezifischer Qualitätsnormen und Handelsklassen aufzuräumen. Die vielfältigen Rückstandsbelastungen mit Pestiziden haben hier ihre wesentliche Ursache.

*Im sozial-ökologischen Umbau von Land- und Ernährungswirtschaft liegen die Herausforderungen der Zukunft.* Sie gilt es zu meistern, anstatt dem Agrobusiness, den Nahrungsmittelkonzernen und Handelsriesen hinterherzulaufen und der Gewinnmaximierung durch den Einsatz der Gentechnik noch eins draufzusetzen. spw

*Durch ein „System der kurzen Wege“ lassen sich zusammen mit einer umweltgerechten Agrarproduktion und schonenden Be- und Verarbeitungsverfahren zahlreiche bestehende Qualitäts- und Hygienemängel minimieren.*

<sup>1</sup> Kommission für Umweltfragen und Ökologie beim SPD-Parteivorstand (Hrsg.): *Lebensmittel ohne Gift.* Damit wir uns gesund ernähren können, Bonn 1983

<sup>2</sup> Schepper, G.: *Zukunftsfähige Landwirtschaft,* in: *Blätter für deutsche und internationale Politik,* Heft 2, Bonn 1997

<sup>3</sup> Bimboes, D.: *Zukunft gestalten – besser leben und gesünder essen, Ansätze für eine regional orientierte Nahrungsgüterwirtschaft,* in: *Memo-Forum 14,* Bremen 1989

<sup>4</sup> BUND-Positionen 6: *Chemie in Lebensmitteln,* Bonn 1993

Über „Hochschule – Wirtschaft – Demokratie“ diskutierten vom 22. bis 24. November 1996 in Münster 60 Personen, vor allem Mitglieder von StudentInnenvertretungen, aber auch linke Lehrende und MitarbeiterInnen von Hochschulverwaltungen. Zu der Fachtagung (Crossover) hatte der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) eingeladen. Unterstützt wurde die Tagung durch den freien Zusammenschluß von studierendenschaftlichen (fzs) und den Bundesausschuß der Studentinnen und Studenten (BASS) der GEW, die Bundesarbeitsgemeinschaft Hochschulpolitik der Grünen, die entsprechenden Landesarbeitsgemeinschaft NRW, die Juso-Hochschulgruppen, den Juso-Landesverband NRW und den Arbeitskreis Studierendenspolitik der PDS.

Auf diesen „rot-grünen“ Trägerkreis nimmt der eingeklammerte Untertitel „Crossover“ Bezug. Unter diesem Titel hatten im Februar 1996 Linke aus der SPD, den Grünen und der PDS in Berlin erstmals gemeinsam über linke Reformstrategien beraten. Dieser Impuls sollte für die Hochschulpolitik aufgegriffen und über den Bereich der Parteien hinaus ausgedehnt werden.

#### Für einen Effizienzbegriff gesellschaftlicher Nützlichkeits

Grundgedanke der Thesen, die der Tagung zu Grunde lagen: Die Linke muß es nicht grundsätzlich ablehnen, daß die Hochschulen unter dem Leitbild der „Effizienz“ reformiert werden. Sie muß jedoch den herrschenden *inhaltslosen* Effizienzbegriff ablehnen, der nur nach dem Output etwa an AbsolventInnen bei gegebenem Input fragt, aber nicht nach der Qualität und dem gesellschaftlichen Nutzen von Forschung und Lehre. Radikale GegnerInnen jedweder Deregulierung fanden keine Mehrheit. Auch eine Aufgeschlossenheit „Leistung“ gegenüber war durchaus vorhanden.

Die Eröffnungsdiskussion über die Standortlüge glich eher einer Vorlesung „Volkswirtschaftslehre I“. Deutlich wurde: Die TeilnehmerInnen verfügen über einen doch recht unterschiedlichen Wissensstand, was den Analyserahmen angeht, in den Politik an der Hochschule eingebettet werden muß. Hier ist noch viel Arbeit erforderlich, soll eine bundesweite hochschulpo-

litische Linke wieder aufgebaut werden, und das ist das eigentliche Ziel des in Münster in Gang gesetzten Prozesses.

#### Linke an Hochschulen: Viel Detailwissen, aber kein Programm

Arbeitsgruppen diskutierten über Evaluation von Forschung und Lehre, Globalhaushalte, Studienfinanzierung, feministische Hochschulkritik, Umbrüche in der tertiären Bildung. In der Gesamtschau kann festgehalten werden, daß die Linke an den Hochschulen zwar über viel Detailwissen verfügt, auf deren Grundlage sie Politik machen *könnte*, aber noch ratlos ist, *wie* sie sich die weitere Entwicklung der Hochschulen vorstellt.

Vor allem wurden Erfahrungen zusammengetragen, über den nordrhein-westfälischen Eckdatenrfaß, der das Studium studierbarer machen soll, das Bielefelder Modell der Evaluation der Lehre, dessen Erfolg auf einer Kooperation aller Statusgruppen gründet, Globalhaushalte, die den Hochschulen einen Freiraum bei der Mittelverwendung einräumen. Auffällig: Auch linke Hochschulbedienstete, ob in der Lehre oder in der Verwaltung beschäftigt, haben die Perspektive erweiterter studentischer Mitbestimmung aus dem Auge verloren, ohne die es keine grundlegende Hochschulreform geben kann. Dabei geht es nicht um eine „abstrakte Paritätendebatten“, wie es im Beschlußentwurf des jugendpolitischen SPD-Bundesparteitags hieß. Entscheidend ist, daß nur die Studierenden das Studium wirklich kennen. Einigkeit bestand jedenfalls, daß die Hochschulen kein Elfenbeinturm sein dürfen, sondern sich gegenüber der Gesellschaft öffnen müssen, auch wenn die studentischen TeilnehmerInnen zugleich oft so klangen, als ob sie an einem eher praxisfernen Bildungsideal festhalten.

#### Fortsetzung der Diskussion geplant

Alles ist in allem war die Tagung ein guter Anfang, insbesondere die partei- und organisationsübergreifende Diskussion. Daß nicht alle auf demselben Informationsstand sind und die Konzepte im Detail aneinander vorbeigehen, liegt in der Natur der Sache und wird sich ändern. Die Diskussion wird fortgesetzt. Die Münsteraner Tagung soll nur die erste ei-

# Fachtagung „Hochschule – Wirtschaft – Demokratie“

von Thorsten Cabalo\*

ner Serie sein. Die an den Hochschulen Aktiven sollen eine kollektive Qualifikation aufbauen. Die nächste Tagung wird im Frühjahr zum Thema Evaluation von Forschung und Lehre stattfinden.

spw

\* Dr. Thorsten Cabalo, Bochum, Historiker, spw-Redaktion

## Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung

8. Jahrgang, Nr. 29,  
März 1997, 232 Seiten

Bierbaum - Politikfähigkeit des DGB / Pfeiffer - EWU und ihre Kritiker / Becker - „Anti-Maastricht“ - Frankreichs Intellektuelle

#### Der rechte Rechtsstaat:

Klenner - Rechtsstaat versus Machtstaat / Kutscha - Abschied vom Sozialstaatsprinzip? / Schirmer - Rückübertragung der DDR an das deutsche Reich / Siemantel - Verfassungs- und Strafrecht / Dammann - Ende der Berufsverbote? / Heuer - Recht und Politik: Zum Rückwirkungsbeschluß des BVerfG

#### Und:

Kalt - 1917 - 1997: Was bleibt für die Zukunft? / Gerlinger / Giovanna / Michelsen - Gesundheitsreform: Von der Kostendämpfung zum Systemwechsel / Luft - Landwirtschaft in Ostdeutschland / Chossudovsky - Zerstörung Jugoslawiens und Rekolonialisierung Bosniens / Sander - Deutscher Militarismus nach historischen Vorbildern

#### Berichte:

Strutynski - Friedensmacht Europa? / Charlamenko - 40 Jahre nach dem 20. Parteitag; und **Rezensionen**

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand);  
im Abo: 54,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers.)  
Älteres Probeheft: 10,- incl. Vers.  
Bezug: über den Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: Z-Vertrieb,  
Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.,  
Tel. 069 / 7392934

# PDS auf Reformkurs?

von Horst Dietzel\*

„Reformkurs der PDS-Spitze bestätigt“, „Kein Flügelragout“, „Reformer siegen auf Parteitag“, so oder ähnlich lauteten die Schlagzeilen zum Schweriner Parteitag der PDS vom Januar.

Es wurden viele konkrete Vorschläge aufgenommen, die die Linke in den letzten Jahren entwickelt hat, und die weder in der SPD noch bei den Grünen mehrheitsfähig sind.

Tatsächlich ist der PDS eine deutliche Hinwendung zur Politik gelungen. Dies nicht nur auf irgendwelchen Politikfeldern, sondern zu den gegenwärtig brennenden Problemen bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und des Sozialabbaus sowie einer sozialen und ökologischen Steuerreform. Entsprechende Leitanträge des Vorstandes wurden mit geringfügigen Änderungen mit großer Mehrheit bestätigt. Ebenso beschlossen wurde ein Leitantrag „Feministische Politik für eine demokratische emanzipierte Gesellschaft“. Gregor Gysi hat „Ein soziales Manifest“ vorgelegt. Und die PDS hat „Grundsätze und Ziele der PDS bei den Wahlen 1998/99“ beschlossen. Hier schließt sie nicht mehr aus, sich an Regierungen in Ländern und Bund zu beteiligen. Wörtlich heißt es: „Die Fra-

ge einer Regierungsbeteiligung stellt sich für die PDS deshalb unter gesamt-politischen Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnissen dann, wenn diese die Schaffung oder Bewahrung von Voraussetzungen für einen sozialen, ökologischen und demokratischen Wandel der Bundesrepublik ermöglichen.“

## Konkrete Reformforderungen beschlossen

In der Berichterstattung über den PDS-Parteitag sind die Inhalte weitestgehend unberücksichtigt geblieben. Der umfangreiche Beschluß zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und des Sozialabbaus setzt folgende Schwerpunkte: „Arbeitszeit verkürzen, öffentliche Dienstleistungen ausbauen, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor schaffen, beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Strukturpolitik, Ausbildungsplätze schaffen, berufliche Bildung reformieren, für einen europäischen Beschäftigungssektor“. Hier wurden viele konkrete Vorschläge aufgenommen, die die Linke in den letzten Jahren entwickelt hat. Im sozialpolitischen Teil wird die Erneuerung des Solidarprinzips und eine soziale Grundsicherung gefordert. (Die Bundestagsgruppe der PDS hatte schon vor längerer Zeit ein ausführliches Konzept entwickelt.)

Die PDS-Positionen für eine soziale und ökologische Steuerreform enthalten u.a. folgende konkrete Forderungen: eine einmalige Abgabe auf größere Vermögen (dabei eine Vermögensabgabe auf Geld- und Grundver-

mögen privater Haushalte – einmalig auf 10 Jahre verteilt; eine Vermögensabgabe der Versicherungsgesellschaften und der Kreditinstitute) sowie die Besteuerung entsprechend der Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen). Hier geht es u.a. um die Senkung des Einkommenssteuersatzes auf unter 20%, Abschaffung des Ehegattensplittings, Einführung eines altersabhängigen Kindergeldes in Höhe des Existenzminimums, Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die veranlagte Einkommensteuer, Einschränkung des Bankgeheimnisses, statt des jetzigen Solidaritätszuschlages eine Abgabe für die Besserverdienenden, Erhaltung der Gewerbesteuer, gerechtere Gestaltung der Sozialabgaben, eine Neuregelung der Vermögen- und Erbschaftsteuer sowie höhere Besteuerung von Börsen- und anderen Spekulationsgewinnen. Darüber hinaus wird eine ökologische Steuerreform gefordert, deren Mehreinnahmen zu einem großen Teil zur Finanzierung von Aufgaben des ökologischen Umbaus, beschäftigungsfördernd und für sozial gerechten Ausgleich eingesetzt werden sollen. „Eine völlige Kompensation durch Senkung anderer Steuern und Abgaben nach dem Dogma der Aufkommensneutralität ist nicht sinnvoll, weil auch erhebliche Finanzmittel für den ökologischen Umbau eingesetzt werden müssen“, heißt es in dem Beschluß.

Sicher haben diejenigen Kritiker wie Joachim Raschke recht, wenn sie die neue zündende Reformidee in Schwerin vermißt haben und meinen, daß all die Forderungen schon

\* Horst Dietzel (Berlin) ist Mitglied der Grundsatzkommission der PDS.

## ISW sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

### isw-report

(erscheint vierteljährlich, z. T. mit beigeheftetem Wirtschaftsinfo)  
DM 5,- plus Versand (Jahresabo: 30,- DM)  
Cash - Crash - Casino-Kapitalismus (Nr. 26, Januar 1996)  
Neue Arbeitswelten (Nr. 27, April 1996)  
Grenzen des Sozialstaats oder: Grenzen des Systems?  
Referate des 5. isw-forums (Nr. 28, Juli 1996)  
EURO-Strategien des Kapitals (Nr. 29, Oktober 1996)  
Das Geschäft mit der Wohnung (Nr. 30, Februar 1997)

### isw-spezial

Strategische Waffenbrüderschaft Deutschland-Türkei  
(Nr. 8, April 1995), DM 5,- + Versand  
Cuba Libre - Kuba liberal? (Nr. 9, Jan. 97), DM 5,- + Versand

### isw-wirtschaftsinfo extra

Von Krise zu Krise - Standortkrieg oder Beschäftigungspolitik  
(Nr. 25, April 1996), DM 5,- + Versand

### wirtschafts- und grafikdienst

Multimedia (Nr. 1, Okt. 95), DM 7,- + Versand  
Reichtum u. Kapitalmacht in Deutschland  
(Nr. 2, Nov. 95), DM 8,- + Versand  
Der Steuer-Skandal (Nr. 3, Juni 1996), DM 10,- + Versand  
Armut & Sozialabbau in einem reichen Land  
(Nr. 4, Jan. 97), DM 10,- + Versand

### analysen fakten & argumente

## Neu bei isw!

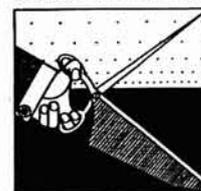
### Das Geschäft mit der Wohnung



ISW REPORT NR. 30  
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

### ISW WIRTSCHAFTS- UND GRAFIKDIENTST Nr. 4

### Armut & Sozialabbau in einem reichen Land



Prospekte anfordern,  
Bestellungen,  
abonnieren, fördern  
bei isw sozial-ökologische  
Wirtschaftsforschung e.V.  
Johann-von-Werth-Str. 3,  
80639 München,  
Fax 089-168 94 15

im linken Spektrum vertreten worden seien. Hier sei aber angemerkt, daß die überwiegende Zahl der Forderungen und die dahinter stehende Konzeption weder in der SPD noch bei den Grünen mehrheitsfähig sind. Dies ist nicht nebensächlich, sondern kann für die politische Landschaft – und für die weitere Existenz der PDS – von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

### Sachdiskussion statt ideologischer Auseinandersetzung

Ein wichtiges neues Element hat sich in Schwerin gezeigt: Die Diskussionen bewegten sich weit weniger entlang ideologischer Auseinandersetzungen als vielmehr auf dem Boden politischer Sachfragen. Allerdings steht hier der PDS nicht weniger Zündstoff ins Haus. So gab es beispielsweise eine Auseinandersetzung um die (letztlich beschlossene) Formulierung: „Fördermittel dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die nachweislich die geltenden tariflichen Bestimmungen einhalten, die Wahl von Betriebsräten zulassen und nicht fortgesetzt gegen gesetzliche Schutzbestimmungen verstoßen.“ Ein großer Teil der Delegierten meinte, daß damit ein großer Teil der ostdeutschen Existenzgründer faktisch keine Mittel erhalten würde und damit in ihrem Bestand gefährdet seien.

Schwerin macht aber deutlich, daß die gängige Argumentation gegen eine Zusammenarbeit mit der PDS, diese hätte keine gültigen inhaltlichen Positionen; man wisse überhaupt nicht, woran man bei dieser Partei sei, nicht zutreffend sind. Auch ein anderes Klischee hat sich in Schwerin nicht bewährt: Es hat keinen Grundsatzkonflikt zwischen Anhängern einer „parlamentarischen Demokratie und diktatorischem Staatssozialismus“ gegeben. Ein Kampf zwischen demokratischen Reformern und Altstalinisten, der die PDS zerreißen würde, hat auch nicht stattgefunden. Zwar sind der kommunistischen Plattform auch weiterhin sechs Delegiertenmandate zugesprochen worden, aber die Rolle dieser Plattform ist überdeutlich zurückgegangen. Das überwiegend konservative „Marxistische Forum“ ist keineswegs monolith. Es darf nicht mit der kommunistischen Plattform gleichgesetzt werden. In der Statutendebatte wurde nunmehr eine Doppelmitgliedschaft von PDS-Mitgliedern mit der in anderen Parteien ausgeschlossen. Es dürfen auch nicht mehr Vertreter an-

derer Parteien auf den Listen der PDS kandidieren. Die Listen bleiben aber offen.

### Chancen und Probleme

Bei den Vorstandswahlen haben sich nicht nur die „Reformkräfte“ durchgesetzt, wie in den Medien berichtet wurde; auch qualitativ ist der PDS-Vorstand verstärkt worden, z.B. mit Prof. Christa Luft (MdB-Berlin), Prof. Dieter Klein (Berlin), Petra Sitte (PDS-Fraktionsvorsitzende in Sachsen-Anhalt). Statt Angela Marquardt, die nicht mehr kandidierte, wurde Gabi Zimmer (Landesvorsitzende Thüringens) zur stellv. Bundesvorsitzenden gewählt. Wolfgang Gehrcke setzte sich knapp gegen Joachim Bischoff als Parteivize durch. Letzterer gab für viele überraschend seine Kandidatur erst wenige Stunden vor der Wahl bekannt und wurde dann in den Vorstand gewählt. Außerdem sind aus dem Westen im neuen Vorstand vertreten: Pia Maier (Marburg) und Dorothee Menzner (Hannover). Neuer Bundesgeschäftsführer wurde der bisherige Schatzmeister Dietmar Bartsch.

Insgesamt scheint es so, daß die PDS jetzt auch sichtbar den Schritt von einer weitgehend ideologisch determinierten Partei zu einer sozialistischen Reformpartei getan hat. Es bleiben aber eine Reihe von Grundproblemen für die PDS – auch nach dem Schweriner Parteitag – bestehen: Die PDS wird auf absehbare Zeit eine Ostpartei bleiben. Ihr politisches Personal ist weiter eng begrenzt. Die Mitgliedschaft ist extrem überaltert. Die Vergangenheitsaufarbeitung bleibt ambivalent.

Ein weiteres Problem wird in Zukunft zunehmen: Das staatstragende Element der SED, daß in den Anfangsjahren der PDS verdrängt schien, könnte in anderer Gestalt wiederaufleben. Die weitgehende Reduktion von Politik aufs reine „Regieren-wollen“ (bzw. allein schon die fahrlässige Inkaufnahme eines solchen Bildes in der Öffentlichkeit) wäre für die PDS negativ. (Gleiches trifft auch auf die SPD in östlichen bzw. nord-östlichen Bundesländern zu.) Die PDS darf sich nicht in reine „Machttaktik“ einlassen. Sie muß ihr Profil als Oppositionskraft weiter schärfen. Ob es allerdings ein Makel für die PDS ist, ein „veraltetes Monothema“ („soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit“) zu besetzen – wie Parteienforscher meinen, bleibt abzuwarten. Hier kann sich die PDS durchaus auf „moderne Weise“ weiter profilieren.

spw

## bereits in der 2. Auflage

„Es ist unverzichtbar für alle, die sich kritisch mit den globalen Problemen unserer Zeit befassen.“

Am Abend vorgestellt/WDR



2. korr. Auflage - 1997 - 637 S. - DM 58,00  
ÖS 423 - SFR 52,50 - ISBN 3-929586-75-4

Zeitschrift  
für kritische  
Sozialwissenschaft **PROKLA 106**

## Konflikte um den Wohlfahrtsstaat

Mit Beiträgen von:

HEINER GANSSMANN: Soziale Sicherheit als Standortproblem

TOMAS STEFFENS: Die Zukunft der Gesetzlichen Krankenversicherung zwischen Markt und Strukturkonservatismus

PETER BREMER/NORBERT GESTRING: Urban Underclass – neue Formen der Ausgrenzung in deutschen Städten?

JÜRGEN HOFFMANN: Gewerkschaften als Globalisierungsfalle?

MICHAEL WENDL: Die »angebotspolitische« Wende in der Tarifpolitik. Kritik der aktuellen Lohnpolitik der Gewerkschaften

1997 - 176 S. - DM 18,00 - ÖS 131  
SFR 17,00 - ISBN 3-89691-306-9

**WESTFÄLISCHES  
DAMPFBOOT**

Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster  
Tel. 0251/6086080 · Fax. 6086020  
<http://www.login1.com/dampfboot>



# Globalisierung und Politik

## Einleitung zum Schwerpunkt

von Reinhold Rünker und Ralf Krämer\*

In Zeiten zunehmender Internationalisierung von Märkten und Informationen werde Politik – insbesondere nationalstaatliche – unmöglich; so lautet ein immer wiederkehrendes Credo nicht nur von den bekannten Stammtischen. Wie ein böser Geist scheint sich die „Globalisierung“ der Ökonomie bemächtigt zu haben und niemand sei da, diese dunkle Macht zu bremsen und Ordnung in die Wirrnis zu bringen.

### Globalisierung und Ideologie

Daß Wirrnis herrscht, soll an dieser Stelle nicht bestritten werden. Nur stellt sich die Frage, wo sie zu finden ist: Betrachtet man die Fakten, erscheint „Globalisierung“ – sowohl in ihrer empirischen als auch das politische Handeln betreffenden Dimension – eher als ein ideologisches und politisches Problem denn als ein ökonomisches.

In der linken Debatte der letzten Monate ist in einer ganzen Reihe von Beiträgen herausgearbeitet worden, daß weder das Ausmaß der internationalen Verflechtung im Außenhandel noch bei den Direktinvestitionen der Unternehmen es rechtfertigen, hier von einer neuen Qualität zu sprechen. Schon gar nicht kann von einer „Bedrohung“ der entwickelten Wirtschaftsstandorte durch Billiglohnländer die Rede sein, vielmehr spielt sich die Internationalisierung ganz überwiegend innerhalb und zwischen den ökonomischen Zentren der „Triade“ EU, Nordamerika und Japan/Ostasien ab. Und überhaupt nicht kann von einer allgemeinen Schwäche der deutschen Wirtschaft in diesem Prozeß gesprochen werden, vielmehr belegen die steigenden Handelsbilanzüberschüsse und auch der Überschuß deutscher Direktinvestitionen im

Betrachtet man die Fakten, erscheint „Globalisierung“ – sowohl in seiner empirischen als auch das politische Handeln betreffenden Dimension – eher als ein ideologisches und politisches Problem denn als ein ökonomisches.

Ausland gegenüber ausländischen Investitionen in Deutschland ihre Stärke und ungebrochene Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Für bestimmte Branchen und einzelne Unternehmen mag sich das anders darstellen, aber insgesamt betrachtet sind die Arbeitsplatzverluste nicht durch internationale Konkurrenz und schon gar nicht durch ein zu hohes Lohnkosten- und Sozialniveau bedingt, sondern durch binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche und ständige Produktivitätssteigerungen, die weder durch ausreichendes Wachstum noch durch entsprechende Arbeitszeitverkürzungen aufgefangen werden.

Eine historisch neue Qualität von Globalisierung hat sich allerdings im Bereich des Geldkapitals bzw. der Finanzmärkte entwickelt, deren explosionsartiges Wachstum sich von der Entwicklung der Produktion und des Austausches weitgehend abgekoppelt zu haben scheint. Zwar ist auch diese Abkopplung nur relativ und gigantische Zahlen von Finanzumsätzen dürfen nicht verwechselt werden mit den Summen des dabei eingesetzten und ggf. realwirtschaftlich wirksamen Kapitals, weil das Besondere ja gerade in der enormen Umschlaggeschwindigkeit, oft mehrmals täglich, besteht, wogegen realwirtschaftliche Transaktionen vielfach langsamer verlaufen. Aber diese Finanztransaktionen bringen erhebliche Schwankungen und Unsicherheiten in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und haben die Fähigkeit der Nationalstaaten zur Gestaltung ihrer Wirtschaftspolitik und insbesondere ihrer Wechselkurse eingeschränkt. Aber auch hier darf nicht dem falschen Eindruck aufgesessen werden, den interessierte Kreise zu vermitteln versuchen, es handele sich dabei um einen quasi naturgesetzlichen ökonomischen Prozeß, dem sich zu unterwerfen die Staaten bei Strafe ihres Unter- oder Niedergangs gezwungen seien.

### Kapitalistischer Globalismus als Klassenprojekt

Zunächst ist von entscheidender politischer Bedeutung zu erkennen, daß dieser jetzt als Sachzwang dargestellte Prozeß in Wirklichkeit ein politisch gezielt vorantriebener ist – und zwar national wie international. Kapitalistische Globalisierung ist ein Klassenprojekt, Neoliberalismus/Neokonservatismus ist keine quasi-automatische Konsequenz der Globalisierung, sondern ein – bisher sehr „erfolgreiches“ – politisches Projekt der herrschenden kapitalistischen Klassen in den Hauptländern der Triade, diese Globalisierung und damit eine massive Umverteilung von Reichtum zu ihren Gunsten durchzusetzen und ihre gesellschaftliche Herrschaft zu sichern.

Dabei reflektiert es natürlich Strukturveränderungen und Krisenprozesse der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, die seit den 70er Jahren durchgebrochen sind und bisherige Regulierungsformen wie das Weltwährungssystem von Bretton Woods untergraben haben. Aber der Inhalt der in der Folge durchgesetzten Umstrukturierungen, Deregulierungen und Neuregulierungen ist keineswegs geeignet oder darauf gerichtet, den „Wohlstand der Völker“ zu mehren, sondern einseitig und zunehmend ohne soziale Rücksichten national und weltweit Eigentumsrechte und wachsende Profit- und Zinsansprüche der Kapitalbesitzenden durchzusetzen (vgl. dazu auch den Beitrag von Zugehör zur Welthandelskonferenz in diesem Heft).

### Reformpolitische Handlungsmöglichkeiten

Diese Entwicklung der letzten 20 Jahre hat allerdings Fakten gesetzt, die linke Politik nicht einfach ignorieren kann. Die Frage ist, wie linke Reformpolitik unter diesen Bedingungen aussehen und eine andere Entwicklungsrichtung einleiten kann. Hermann Bömer geht in seinem Artikel auf eine These ein, die in der Debatte der letzten Jahre um reformpolitische Spielräume und Handlungsmöglichkeiten eine große Rolle gespielt hat: Während einerseits eine nationalstaatliche Politik unmöglich werde, wachse andererseits die Bedeutung der Regulierung über subnationale, regionale und betriebliche Strukturen.

\* Reinhold Rünker, Historiker und z.Z. Landesgeschäftsführer der Jusos NRW, lebt in Köln; Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler. Beide sind Mitglieder der spw-Redaktion.

Für seine Diskussion dieses Zusammenhanges bezieht er sich einer Reihe von Aufsätzen, die u.a. in der spw und dem ispw-Jahrbuch 1995/96 erschienen sind. Dabei kritisiert er auch eine entpolitisierte Variante der Regulationstheorie, die sich v.a. auf die Darstellung der angeblich nicht mehr gegebenen Regulierungsfähigkeit der Nationalstaaten konzentriert. Auf der theoretischen Ebene schlägt er vor, von einem Stadien- zu einem Schichtenmodell der Veränderung der Akkumulations- und Regulationsregimes zu kommen, da ansonsten die Vielschichtigkeit der Analysefähigkeit verlorengehe.

Seine politische Schlußfolgerung ist, daß weder die regionale, noch eine übernationale oder die nationale Ebene *jeweils für sich genommen* als hinreichend für Reformpolitik zu betrachten seien, sondern es eines abgestimmten Handelns bedürfe. Zuzustimmen ist ihm ausdrücklich dabei: Die – für Ökonomen – entscheidende Ebene bleibt diejenige, wo über Steuern, Geld und Verteilung entschieden wird – und dies ist zunächst noch immer der Nationalstaat.

Eine ganz zentraler und u.E. in den Debatten bisher unzureichend beachteter Punkt ist dabei, daß die Frage der wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten der Nationalstaaten nicht abstrakt, sondern ganz konkret beantwortet werden muß. Ein Land wie Deutschland mit einer hoch entwickelten Wirtschaft, einem großen Binnenmarkt und einer starken außenwirtschaftlichen und politischen Position, das in der EU eine dominierende Rolle spielt, hat natürlich ganz andere Möglichkeiten als ein kleines Land oder gar als ein Land der „Dritten Welt“, das bloßer Spielball auf dem Weltmarkt ist. Es ist ökonomisch und politisch möglich, hierzulande einen Kurswechsel zu einer sozial und ökologisch orientierten Politik vorzunehmen, und es wäre ein wichtiger Beitrag, auch im internationalen Maßstab Kursänderungen durchzusetzen. Es ist eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse, und dabei spielt die Sozialdemokratie nach wie vor eine ausschlaggebende Rolle.

#### SPD-Plädoyer für Internationale Zusammenarbeit

Nach einer Phase der Konzeptions- und Hilflosigkeit der SPD gegenüber dem neoliberalen Standort- und Globalisierungsdiskurs unter Rudolf Scharping hat sich seit der Wahl Lafontaines zumindest dahingehend ein Paradigmenwechsel vollzogen, daß die Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Alternative dazu hervorgehoben und politischem Handeln wieder eine eigenständige Gestaltungsfähigkeit zugesprochen wird.

Dabei plädiert *Oskar Lafontaine* insbesondere für eine Politik der Internationalen Zusammenarbeit. In seinem Beitrag in der vorliegenden spw skizziert er die Risiken des neoliberal-konservativen Standortdiskurses und brandmarkt ihn als „realwirtschaftlichen Abwertungswettlauf“. Vor diesem Hintergrund benennt er sieben Aktionsfelder internationaler Kooperation, die einen auf Beschäftigung, ökologische Modernisierung und finanzwirtschaftliche Stabilisierung abzielenden Reformkurs mit marktwirtschaftlichen Methoden verspricht.

Inwieweit damit wirklich eine wirtschaftspolitische Alternativposition der SPD vorliegt, läßt sich nach Lektüre der Oppositionsbilanz der SPD von *Michael Bauer* und *Richard Roth* in Zweifel ziehen. Für sie haben sich große Teile der Sozialdemokratie dem marktradikalen Umbau der Gesellschaft bereits gebeugt – und wer vermag es zu

vermeiden, dabei sogleich an Clement, Schröder, Beck oder Klose zu denken. Es wird eine zentrale Aufgabe der Linken in der SPD sein, dafür zu sorgen, daß diese Kräfte zurückgedrängt werden und eine rot-grüne Reformalternative nicht vereiteln können. Wie Oskar Lafontaine so richtig betont: es geht schließlich um einen Politikwechsel, nicht nur um einen Personalwechsel.

Allerdings werden die dezidiert nationalstaatlichen „Hausaufgaben“, von denen Lafontaine in seinem Beitrag spricht, auch bei ihm selbst u.E. zu wenig bestimmt. Hierzu liegen aus der Diskussion der Linken bereits weitergehende und profiliertere Positionen vor, auf die wir an dieser Stelle nur hinweisen wollen.<sup>1</sup>

Jedoch: Papier ist geduldig. Und so lange sich keine gesellschaftlichen Kräfte finden, die derartigen Vorstellungen eine Gestaltungsmacht einflößen, werden sie dem Vergessen anheimfallen wie so viele gutgemeinte Programme vor ihnen. Deshalb muß die Linke dem Globalisierungs- und Standortgerede nach vorne weisende Erklärungs- und Handlungsmuster entgegensetzen, wenn sie erfolgreich den in dieser Zeitschrift immer wieder geforderten „Umbaublick“ formieren will.

„Hinter der Herausforderung eines Umbaublicks steht (...) die Aufgabe, die konservativ programmierte Einheit von Volk und Elite aufzubrechen und eine alternative vertikale gesellschaftliche Integration unter der Regie des sozialen und ökologischen Umbaublicks aufzubauen“, so formulierte spw-Mitherausgeber Thomas Westphal im Heft 1/97 (S. 21/22). Ihm ist auch hinsichtlich unseres diesmaligen Heftschwerpunktes ausdrücklich zuzustimmen: Die „Identität“ zwischen konservativer „Elite“ und „Volk“ darüber, daß Globalisierung Politik unmöglich macht, kann nur durchbrochen werden, wenn politische Gestaltungsfähigkeit erlebbar und letztlich eben auch mit „politischer Macht“ ausgestattet wird.

#### Tiger-Länder im Umbruch

Der Tendenz zum Abbau sozialstaatlicher Leistungen in Westeuropa steht eine Gegenentwicklung bei den „asiatischen Tigern“ gegenüber, wie wir in dem Bericht von *Olaf Struck-Möbbeck* lesen. Man ist geneigt, Ähnlichkeiten zur Entwicklung in Westeuropa zur letzten Jahrhundertwende zu sehen: Nach Jahren kaum gebremster kapitalistischer Entwicklung mit ihren sozialen und ökologischen Folgen sowie Verwerfungen, sehen sich die „Tigerländer“ einer Krisensituation gegenüber, die sich im – zumindest relativen – Rückgang von Wachstums- und Gewinnraten sowie steigenden sozialen Spannungen ausdrückt. In Südkorea haben wir zur Jahreswende bis dato in dieser Form unbekannte Klassenkämpfe erlebt.

Die „Tiger“ sind zu schnell gewachsen, die kapitalistische Entwicklung stößt an die gesellschaftlichen Grenzen, die auch und gerade durch eine fehlende soziale Infrastruktur gegeben sind. Nur durch zusätzliche Investitionen z.B. in das Bildungs-, Kommunikations- und soziale Sicherungssystem scheint es möglich, diese Schranken zu durchbrechen und eine neue Phase kapitalistischer Entwicklung einzuläuten. Dabei wird sich

Neoliberalismus ist keine quasi-automatische Konsequenz der Globalisierung, sondern ein politisches Projekt der herrschenden kapitalistischen Klassen, diese Globalisierung und damit eine massive Umverteilung durchzusetzen.

auch klären müssen, ob und durch welche Formen von Klassenauseinandersetzungen es den abhängig Beschäftigten gelingen kann, sich in diese sich verändernde Gesellschaftsstruktur einzuschreiben, wie es die westeuropäische Arbeiterklasse mit dem – gegenwärtig durch den Globalismuskurs wieder in Frage gestellten bzw. vom Kapital aufgekündigten – „Klassenkompromiß: Sozialstaat“ geschafft hat.

#### Nationale und internationale Politik verbinden

Asien ist ebenfalls Schauplatz in dem Bericht, den *Rainer Zugehör* von der Welthandelskonferenz im Dezember

vergangenen Jahres aus Singapur gibt. Wer – wie die „wohlmeinende Strömung“ in der SPD um Lafontaine – geglaubt hatte, in der neu geschaffenen Welthandelsorganisation ein Instrument sozialer und ökologischer Regulierung (und dann auch noch zugunsten der „Entwicklungsländer“) zu haben, muß bitter enttäuscht sein.

Unter der Perspektive der Globalisierung wird auch hier die Zwiespältigkeit der aktuellen Internationalisierung deutlich: während sich

die kapitalistische Profitlogik ungehindert über den Globus Bahn bricht, konzentriert sich der Löwenanteil des Handels und der Wertschöpfung auf eine kleine Zahl von Staaten. Die vorhandenen internationalen und supranationalen Institutionen sind oft nicht mehr als Erfüllungshilfen der wirtschaftlich Mächtigen.

Hier muß gemeinsam mit Rainer Zugehör gefolgert werden, daß es für die Zukunft entscheidend sein wird, die nationalen Regulierungsebenen und -möglichkeiten entschiedener und gerade auch in Hinblick auf die übernationalen Anforderungen zu nutzen. Und dazu müssen auch die realen Handlungsmöglichkeiten übernationaler Instanzen ausgelotet werden, womit sich der Kreis zu Hermann Bömer wieder schließt.

spw

<sup>1</sup> Vgl. etwa in spw die Beiträge im Schwerpunkt „New Deal für Arbeit“ in Heft 1/97, das Papier der AG Finanzen des Frankfurter Kreises in Heft 6/96 und die Erklärung zur diesjährigen Frühjahrstagung auf S. 10-11 in diesem Heft.

Die „Identität“ zwischen konservativer „Elite“ und „Volk“ darüber, daß Globalisierung Politik unmöglich macht, kann nur durchbrochen werden, wenn politische Gestaltungsfähigkeit erlebbar und letztlich eben auch mit „politischer Macht“ ausgestattet wird.

## Globalisierung und internationale Zusammenarbeit

von Oskar Lafontaine\*

Die Weltwirtschaft war seit jeher dem Wandel unterworfen. Aber das Tempo, mit dem sich die Wirtschaft in den letzten Jahren verändert und internationalisiert hat, ist so groß, daß viele darin eine neue Qualität sehen. Das Stichwort dafür heißt: Globalisierung.

Durch die Internationalisierung der Wirtschaft hat sich die weltweite Mobilität von Waren und Dienstleistungen sowie von Wissen und Kapital deutlich erhöht. Die weltweite internationale Arbeitsteilung bietet die Chance, den Wohlstand der Völker zu mehren und jedem seinen gerechten Anteil am ökonomischen und technischen Fortschritt zu geben. Die Frage heißt: wel-

che Schlußfolgerungen muß die Politik aus der Globalisierung der Märkte ziehen?

In einer Marktwirtschaft – auch wenn sie globalisiert ist – werden Wohlstand und technischer Fortschritt, Wachstum und Beschäftigung nicht durch den Staat vorgebracht, sondern vor allem durch den Markt, genauer gesagt: durch den Wettbewerb der privaten Unternehmen. Wir sind für den Leistungs- und Ideenwettbewerb der Unternehmen. Auf nationaler wie internationaler Ebene sollte alles unternommen werden, um einen funktionsfähigen Wettbewerb sicherzustellen.

Neben diesem Wettbewerb gibt es in der traditionellen Wirtschaftspolitik, die mit den Namen Margret Thatcher, Ronald Reagan und Helmut Kohl verbunden ist, den sogenannten „Standortwettbewerb“ der Nationalstaaten. Bei diesem Wettbewerb versuchen die Staaten, Kapital und Arbeitsplätze im eigenen Lande zu halten oder ins eigene Land zu holen.

Dabei spricht unter ökonomischen Gesichtspunkten nichts gegen einen Leistungswettbewerb um die international effizienteste Staatsverwaltung, um das beste Bildungssystem, die innovativste Forschungslandschaft oder um die leistungsfähigste öffentliche Infrastruktur; denn all das schafft mehr Wohlstand und verbessert die Lebensbedingungen der Menschen.

#### Gefahren des „realwirtschaftlichen Abwertungswettlaufs“ der Staaten

Problematisch dagegen ist das, was ich den realwirtschaftlichen Abwertungswettlauf der Nationalstaaten nenne. Dabei werden Reallöhne, Unternehmenssteuern und Sozialstandards immer weiter nach unten getrieben und der Umweltschutz wird in sträflicher Weise vernach-

\* Oskar Lafontaine ist Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Ministerpräsident des Saarlandes

lässigt. Das ist eine verhängnisvolle Abwärtsspirale, an deren Ende es keine Gewinner geben wird, sondern nur Verlierer.

Dieser realwirtschaftliche Abwertungswettkampf der Nationalstaaten ist ökonomisch und politisch gesehen ein Irrweg. Denn dieser Dumpingwettkampf verzerrt und stört den internationalen Leistungswettbewerb der Unternehmen. Er verhindert eine optimale Allokation der Ressourcen. Und er untergräbt die ökonomischen, sozialen und ökologischen Grundlagen unserer Gesellschaft.

Diese traditionelle Wirtschaftspolitik weist einen merkwürdigen Widerspruch auf: Während sich die Wirtschaft immer stärker internationalisiert, fällt die Politik zurück in altes nationalstaatliches Denken. Auf die Globalisierung der Märkte reagiert sie mit der Renationalisierung der Politik.

Diese Politik stellt *damit* letztlich auch die kulturellen Grundlagen und Werte der modernen Gesellschaft in Frage: Ein Staat, dem immer mehr die finanziellen Ressourcen entzogen werden, ist nicht mehr in der Lage, elementare Daseinsvorsorge für seine Bürger zu leisten. Die andere Seite öffentlicher Armut heißt: Gewalt und Kriminalität, Drogen und Ausländerhaß und schließlich – politischer Extremismus.

Der realwirtschaftliche Abwertungswettkampf der Nationalstaaten ist keineswegs die zwangsläufige Folge der Globalisierung. Er ist das Ergebnis falscher politischer Weichenstellungen, und diese Weichenstellungen können korrigiert werden.

Die konservative Standortdiskussion ist Interessenpolitik: Die Angst der Menschen vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg wird instrumentalisiert für eine Umverteilungspolitik zu Lasten der großen Mehrheit der Bevölkerung. Damit erweist sich die konservative Standortpolitik als reine Ideologie. Eine Politik für die Mehrheit der Bevölkerung ist sie jedenfalls nicht.

Mit dem gegenwärtigen realwirtschaftlichen Abwertungswettkampf der Nationalstaaten sind die Herausforderungen der Globalisierung nicht zu meistern. Die Antwort auf die Globalisierung kann nicht in einer Renatio-

nalisation der Politik liegen. Sie liegt aber auch nicht in der Errichtung protektionistischer Barrieren.

### Neues Denken: Internationale Kooperation

Wenn die ökonomischen, sozialen und kulturellen Grundlagen unserer Gesellschaft nicht weiter erodieren sollen, dann brauchen wir in der Wirtschaftspolitik ein Neues Denken. Wir müssen der Internationalisierung der Wirtschaft eine neue politische Antwort entgegensetzen. Und diese neue politische Antwort heißt: Internationale Zusammenarbeit.

Mein Plädoyer für internationale Zusammenarbeit ist keine Utopie: Auch der Europäische Binnenmarkt erschien vor wenigen Jahren als unerfüllbare Vision. Heute ist er Realität. Ebenso wie im nationalen Rahmen, so muß auch für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen gelten: der Markt braucht einen politisch gesetzten Ordnungsrahmen.

Die soziale und ökologische Marktwirtschaft ist das politische Koordinatensystem der europäischen Union. Wir plädieren dafür, dieses Modell der Marktwirtschaft mit sozialer und ökologischer Verantwortung jetzt auch zur Geschäftsgrundlage für eine neue Weltwirtschaftsordnung zu machen. Damit können die besten Voraussetzungen geschaffen werden für den Leistungs- und Ideenwettbewerb der Unternehmen und für einen fairen Handel, der allen Beteiligten nutzt.

Dafür brauchen wir internationale Vereinbarungen. Internationale Einrichtungen dafür sind vorhanden: Ich nenne die Europäische Union, die OECD, den Internationalen Währungsfonds und die neue Welthandelsorganisation WTO.

Auch die ökonomischen Voraussetzungen sind gegeben. Denn die internationalen Handels- und Investitionsströme, die den Kernbereich der Globalisierung ausmachen, konzentrieren sich vor allem innerhalb der soge-

Die traditionelle Wirtschaftspolitik weist einen merkwürdigen Widerspruch auf: Während sich die Wirtschaft immer stärker internationalisiert, fällt die Politik zurück in altes nationalstaatliches Denken.

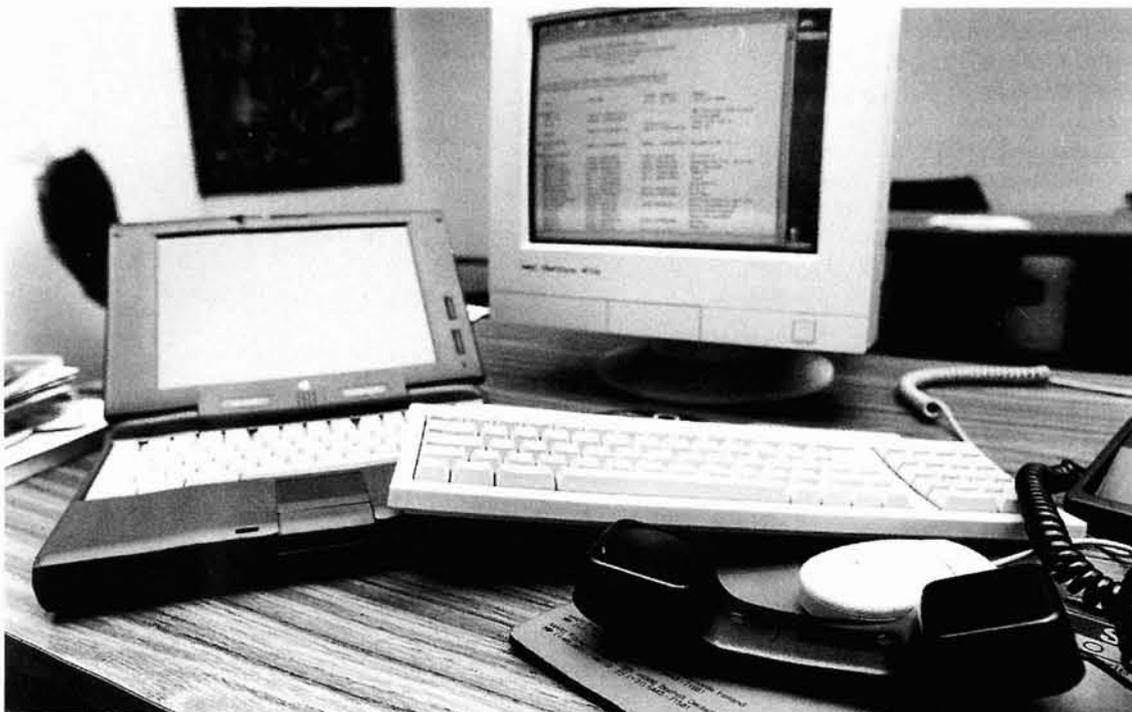


Foto: O. Ziegler, Lichtblick (Bochum)

nannten Triade: Auf die europäischen Staaten und die außereuropäischen Staaten der G-7, also die USA, Kanada und Japan.

Die sogenannte Globalisierung liegt nicht außerhalb unseres politischen Einflusses. Wir müssen die politischen Handlungsmöglichkeiten für eine bessere internationale Zusammenarbeit nutzen. Dann sind die bestehenden und absehbaren Probleme der Globalisierung beherrschbar.

Welches sind nun die Politikfelder, auf die sich die internationale Zusammenarbeit konzentrieren muß? Ich nenne vor allem sieben wirtschaftspolitische Aufgaben:

1. eine Stabilisierung der Wechselkurse,
2. eine stabilitätsorientierte und zugleich wachstumsorientierte Zinspolitik,
3. eine konjunkturgerechte und beschäftigungsorientierte Budgetpolitik,
4. eine harmonisierte Steuerpolitik,
5. eine gemeinsame Technologiepolitik
6. eine internationale Sozialcharta,
7. eine konzertierte Offensive gegen globale Umweltzerstörung.

### 1. Stabilisierung der Wechselkurse

Die hohe Volatilität der Währungsrelationen behindert die internationale Arbeitsteilung und verursacht enorme Wohlstandsverluste. Deshalb muß alles daran gesetzt

werden, die Wechselkurse zu stabilisieren. Dazu gehört zum einen die bessere Zusammenarbeit der Regierungen und der Zentralbanken Europas, Japans und der USA. Zum anderen gehört dazu die Verwirklichung der Europäischen Währungsunion.

Wir Sozialdemokraten sagen in klarem Ja zur gemeinsamen Europäischen Währung. Eine stabile Europa-Währung wird Wachstum und Beschäftigung fördern, erst mit ihr können die Vorteile des europäischen Binnenmarktes voll genutzt werden. Es muß alles unternommen werden, damit das Zieldatum der Währungsunion, der 1. Januar 1999, bei Beachtung der Stabilitätskriterien, erreicht wird.

Die geplante Währungsunion zeigt: Für die von mir angemahnte internationale Zusammenarbeit gibt es bereits ganz konkrete Ansätze. Mit einer starken europäischen Gemeinschaftswährung als gleichwertigem Partner von Dollar und Yen ergibt sich eine gute Chance für ein neues und stabiles Weltwährungssystem.

Die geplante Währungsunion zeigt: Für die von mir angemahnte internationale Zusammenarbeit gibt es bereits ganz konkrete Ansätze. Mit einer starken europäischen Gemeinschaftswährung als gleichwertigem Partner von Dollar und Yen ergibt sich eine gute Chance für ein neues und stabiles Weltwährungssystem.

### 2. Stabilitätsorientierte und zugleich wachstumsorientierte Zinspolitik

Niedrige Realzinsen sind eine wesentliche Voraussetzung für mehr Investitionen und für mehr Beschäftigung. Deshalb müssen in enger Zusammenarbeit zwischen der amerikanischen, der japanischen und den europäischen Zentralbanken alle Spielräume genutzt werden, um die hohen Realzinsen zu senken.

### 3. Konjunkturgerechte und beschäftigungsorientierte Budgetpolitik

In den meisten Staaten ist die hohe Verschuldung zu einer drückenden Last geworden. Die steigende Zinsbelas-

tung der öffentlichen Hand schnürt die Handlungsfähigkeit der Staaten immer weiter ein.

Um wachstumsfördernde Zinssenkungen zu erleichtern und Bürgern und Wirtschaft die Sorge vor weiteren Steuererhöhungen zu nehmen, ist eine glaubwürdige Konsolidierungspolitik notwendig. Das heißt, es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die strukturellen Staatsdefizite abzubauen. Notwendig ist aber auch eine konjunkturgerechte Einpassung dieser Politik: eine prozyklische Verschärfung der Wachstumsschwäche muß verhindert werden. Es kommt vor allem darauf an, durch Umschichtung der öffentlichen Haushalte hin zu mehr Investitionen die Voraussetzungen für eine neue Wachstumsdynamik zu verbessern.

### 4. Harmonisierte Steuerpolitik

In einem Bericht vom April 1996 hat die EU-Kommission sehr eindrucksvoll die Fehlentwicklungen analysiert, zu denen der internationale Steuersenkungswettbewerb im Bereich der Unternehmenssteuern führt: zu einer immer stärkeren Verschiebung der Steuer- und Abgabenlast auf den Faktor Arbeit, zu einer Schwächung der Massenkaukraft und damit der Binnennachfrage, zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit, zu höherer Staatsverschuldung, zu hohen Realzinsen, zu weniger Investitionen und damit zu noch mehr Arbeitslosigkeit und noch höherer Staatsverschuldung.

Im Bereich der Steuerpolitik gibt es zukunftsweisende Ansätze für eine bessere internationale Zusammenarbeit. Sie finden sich in dem Bericht der EU-Kommission: Ziel der Kommission ist es, die durch den internationalen Steuersenkungswettbewerb verursachten ökonomischen und sozialen Verwerfungen einzudämmen. Deshalb plädiert die EU-Kommission für eine Steuer-Union. Bei der Unternehmensbesteuerung, der Besteuerung von Kapitalerträgen und bei den Umweltsteuern schlägt sie die gemeinsame Einführung effektiver Mindeststeuersätze vor.

Ich halte das für den richtigen Ansatz. Diese Mindeststeuersätze müssen so festgelegt werden, daß sie wie ein „Sicherheitsnetz“ dafür sorgen, daß die Unternehmen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen beisteuern.

Die EU-Kommission ist sich dessen bewußt, daß eine europäische Steuerharmonisierung allein nicht ausreicht, um die Probleme der Globalisierung in den Griff zu bekommen. Deshalb plädiert sie für ein „koordiniertes Vorgehen der Mitgliedsstaaten im Rahmen der OECD.“

### 5. Gemeinsame Technologiepolitik

Neue Technologien schaffen neue Wachstumsmärkte und neue Arbeitsplätze. Damit erleichtern sie den Strukturwandel.

Oftmals übersteigt der notwendige Aufwand für Forschung und Entwicklung die Leistungsfähigkeit einzelner Staaten. Ich denke zum Beispiel an die Luft- und Raumfahrt. Deshalb sollten die technologischen Kapazitäten der einzelnen Staaten, der Forschungseinrichtungen und der Unternehmen stärker als bisher verzahnt werden. Durch internationale Zusammenarbeit kann die Entwicklung neuer Technologien vorangebracht und der Wohlstand der Nationen gemehrt werden.

### 6. Internationale Sozialcharta

Ein funktionsfähiger Sozialstaat gehört zu den elementaren Voraussetzungen für den Erfolg einer modernen

Ebenso wie im nationalen Rahmen, so muß auch für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen gelten: der Markt braucht einen politisch gesetzten Ordnungsrahmen. Wir plädieren dafür, die soziale und ökologische Marktwirtschaft zur Geschäftsgrundlage für eine neue Weltwirtschaftsordnung zu machen.

Volkswirtschaft. Im Interesse der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unserer Staaten sollten die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden, um Sozialdumping und Ausbeutung zu verhindern. Gefordert werden muß die Beachtung grundlegender Menschenrechte und die Einhaltung elementarer Schutzvorschriften für die Arbeitnehmer.

Wir wollen weltweite soziale Mindeststandards. Dazu gehören die Vereinigungsfreiheit, die Tarifautonomie, das Verbot der Zwangsarbeit, die Beseitigung aller ausbeuterischen Formen der Kinderarbeit und die Nichtdiskriminierung bei Einstellung und Beschäftigung der Arbeitnehmer. Die WTO und die Internationale Arbeitsorganisation ILO sind aufgerufen, in diesem Sinne tätig zu werden.

Innerhalb der EU muß die Sozialunion verwirklicht werden. Genauso wie die Währungsunion gehört auch die Sozialunion dazu, wenn der Europäische Binnenmarkt vollendet werden soll.

### 7. Konzertierte Offensive gegen globale Umweltzerstörung

Umweltdumping ist ökonomisch kurzsichtig und moralisch unverträglich. Jeder Staat hat die Verantwortung gegenüber kommenden Generationen, für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu sorgen.

Globale Umweltgefahren können am besten durch globale Anstrengungen bekämpft werden. Deshalb plädieren wir für eine internationale Offensive zur Bekämpfung der globalen Umweltzerstörung. Die Industrieländer sollten gemeinsam eine ökologische Steuerreform einleiten. Das bedeutet eine umweltorientierte Umschichtung innerhalb des Steuer- und Abgabensystems. Eine Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung insgesamt ist damit nicht verbunden.

Die dabei vorgesehene Entlastung des Faktors Arbeit bringt mehr Beschäftigung. Und die stärkere Belastung des umweltschädlichen Energieverbrauchs schafft marktwirtschaftliche Anreize zur Entwicklung neuer Technolo-

gien für Energieeinsparung und Umweltschutz. Die ökologische Steuerreform ist ein Programm für neue und sichere Arbeitsplätze. Es bedeutet ein schwerwiegendes Versagen der Politik, daß dieser marktwirtschaftliche Umweltschutz international nicht stärker vorankommt.

### Nationale Politik bleibt in der Pflicht

Dieses Konzept der internationalen Zusammenarbeit ersetzt nicht die nationale Wirtschaftspolitik. Die Aufgabe, das eigene Haus in Ordnung zu bringen, wird einem von keiner supranationalen Organisation abgenommen. Hier ist die nationale Politik selbst in der Pflicht.

Wir brauchen eine umfassende Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Vor allem aber erfordert der Strukturwandel, daß die Schaffung neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der Politik gestellt wird. Der Schlüssel dazu heißt: Innovation und Qualifikation, Forschung und Entwicklung, Bildung und Wissenschaft.

Nationale Politik allein ist zum Scheitern verurteilt, wenn nicht gleichzeitig erkannt wird, daß Wirtschafts-

politik heute auch eine globale Dimension erhalten muß. Beides muß Hand in Hand gehen. Nationale Aufgabenerfüllung und internationale Koordination. Wenn die neuen großen Chancen der Globalisierung genutzt werden sollen, dann brauchen wir Neues Denken in der Wirtschaftspolitik. Wir brauchen eine bessere internationale Zusammenarbeit. Damit können wir den verhängnisvollen realwirtschaftlichen Abwertungswettlauf der Nationalstaaten verhindern.

Ich bin überzeugt: Im Zeitalter der Globalisierung ist unser sozialdemokratisches Konzept der Modernisierung, der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Zusammenarbeit die einzig erfolgversprechende Politik.

spw

Dieses Konzept der internationalen Zusammenarbeit ersetzt nicht die nationale Wirtschaftspolitik. Die Aufgabe, das eigene Haus in Ordnung zu bringen, wird einem von keiner supranationalen Organisation abgenommen.

### Ankunft in der „Tigerregion“

Bangkok, 32 Grad Celsius, diffuses Sonnenlicht durchdringt eine braune Dunstglocke. Beim Betreten der großen Flughalle begrüßt uns eine Sony-Werbung mit einem grell erleuchtetem „Merry X-Mass and a Happy New Year“, daneben die Leuchttafeln von Reebok, Sanyo und Singha-Beer. Das „newly industrialised country“ Thailand präsentiert offensiv seine Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat. Nach Paßkontrolle und Zollformalitäten dringen wir durch das geschäftige Treiben in der modernen Halle zum Taxistand. Wir hatten uns auf längere Preisverhandlungen eingestellt, doch Taxen werden zentral zugewiesen. Im Handeln ungeübte Reisende entgehen auf diese Weise „teuren Stadtrundfahrten“. Allerdings hat die Vermittlung, wie sich schnell herausstellt, noch einen weiteren Grund. Wir wissen, die meisten Taxifahrer verstehen kein Englisch und so haben wir den Namen und die Anschrift des Hotels in thailändischer Schrift parat. Ich deute auf das Papier und spreche den Namen des Hotels aus. Fehlanzeige, die von mir erwartete Reaktion blieb aus. Kein wissend blickender Kapitän der Straße, der souverän die Sache in die Hand

## Tigersprung oder Katzenjammer?

Ein Essay zu Südostasien

von Olaf Struck-Möbbeck\*

nimmt und uns Europäern zeigt, wie man den Verkehrsfluß des Großstadtdschungels bewältigt. Der Fahrer fängt an, unseren hervorgekrumten Stadtplan ziellos hin- und herzudrehen. Jetzt verstehen wir den wirklichen

\* Dr. Olaf Struck-Möbbeck, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich 186 der Universität Bremen.

Sinn der Vermittlungsstelle und nutzen deren kommunikative Fähigkeit. Dabei erfahren wir auch, die große Mehrzahl der Taxifahrer kann nicht lesen. Offenbar erreicht die in Thailand viel gepriesene Bildungspolitik, die seit 1921 eine vierjährige und seit Anfang der achtziger Jahre eine sechsjährige Pflichtschulzeit vorsieht, bestimmte Bevölkerungsschichten nicht.

Aus der klimatisierten Ankunftshalle rein in das klimatisierte Taxi und mit diesem hinein in den nächsten Stau. Bangkok, ein Ballungsgebiet mit ca. 9 Mill. Einwohnern,

hat bei einem Fahrzeugaufkommen von ca. 3 Million Fahrzeugen, eine Straßenfläche von lediglich 8%. In anderen Metropolen sind es rund 25%. Im langsamen Stop- and Go-Verkehr, fahren wir vorbei an Holzhütten und bedächtig schaukelnden Schiffen, die sich auf den Klongs tummeln, es geht vorüber an ruhigen

buddhistischen Tempeln mit ihren stolz emporragenden Wats und weiter führt der Weg entlang der Glaspaläste multinationaler Konzerne und der Ladenzeilen, die überraschend häufig chinesische Eigentümernamen tragen.

Auf der Fahrt tauschen wir unsere Ersteindrücke aus: Muß das Wirtschaftswachstum, vor dem Hintergrund ökologischer Probleme, geringer Qualifikationen und sichtbarer Infrastrukturprobleme nicht an seine Grenzen stoßen? Liegt hierin eine Ursache für die gedämpften OECD-Wirtschaftsprognosen der meisten „Tigerstaaten“? Warum sehen wir so viele chinesische Geschäfte? Wir nehmen uns vor, die Augen offen zu halten.

### Prognoseschwierigkeiten

Prognosen liegen selten richtig. Im Falle der „Tigerstaaten“ liegen die Probleme ihrer Erstellung vor allem: a) in der Entwicklungsdynamik des schnell wachsenden Wirtschaftsraums, b) den erheblichen zeitlichen und räumlichen Differenzierungen der soziokulturellen Entwicklungen (z.B. sichtbar als Stadt-Land-Gegensatz) und c) den sehr unterschiedlichen ökonomischen und kulturellen Bedingungen der einzelnen Staaten Südostasiens.<sup>1</sup> Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß Einschätzungen in den Medien über die Sprungkraft und Ausdauer der „Tiger“ erheblich auseinanderfallen.

Es sind gerade die politischen und wirtschaftlichen Führer der Länder, die einen erheblichen Optimismus ausstrahlen und die sich als Träger eines historischen Projektes sehen. So stellte beispielsweise der koreanische Präsident Kim Young-Sam in seiner Neujahresansprache wortreich heraus: „Korea ist ein prosperierender Staat, der sehr erfolgreich den Anschluß an die Weltwirtschaft sucht“. Nur mit einem Satz ging er zum Jahreswechsel auf die Unruhen anläßlich der neuen Arbeitsgesetze im eigenen Lande ein: Man habe sich ein Beispiel an wirtschaftlich erfolgreichen Staaten wie Deutschland und Frankreich zu nehmen, dort gebe es keine Streiks und so könne es auch in Korea keine Streiks geben!

Neben den veränderten Wirtschaftsdaten sind es jedoch gerade solche Unruhen in Korea, Malaysia, Thailand, den Philippinen u.a., die uns aktuell den Blick nach Südostasien richten lassen. Nach wie vor Übersteigen die Wachstumsraten die des „Westens“ (siehe Abbildung). Doch das Wachstum verlangsamt sich, die negativen Im-

port-Export-Zahlungsbilanzen insbesondere der „jungen Tiger“ wie Malaysia und Thailand lassen Alarmglocken läuten und es mehren sich die Stimmen, die Wachstumsgrenzen zeichnen.

Im Sog des japanischen Wirtschaftswachstums und gestützt durch ein finanzstarkes migrationschinesisches Patronagesystem blicken wir auf einen einmaligen Wirtschaftsboom der „jungen“ und „älteren Tigerstaaten“. Verschlafene Tropennester wandelten sich zu Drehscheiben des Welthandels. Aus Sümpfen und Dschungel wuchsen die Skylines neuer Metropolen. Alle acht Jahre verdoppelte sich die ökonomische Stärke von Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong, und auch die „jungen Tiger“ Thailand, Malaysia, Indonesien – seit einiger Zeit Vietnam und die Philippinen – zogen kraftvoll nach. Das 21. Jahrhundert, so verkündeten die „Tiger“, wird ein pazifisches Jahrhundert werden. Auf der Basis niedriger Löhne und langer Arbeitszeiten konnten billige Produkte gefertigt werden, die Exportmärkte in Amerika, Europa und Japan fanden. Neben den Export von Forst- und Agrarprodukten trat die Produktion und die Ausfuhr von Schuhwaren und Textilien und seit den 70er Jahren zunehmend von Elektronikprodukten.

### Die Rolle der Auslands-Chinesen

In der Analyse dieser Entwicklung wird dabei im allgemeinen die Rolle der Chinesen außerhalb Chinas übersehen. In den Händen von 50 Millionen Chinesen außerhalb des Reiches ballt sich eine erhebliche finanzielle Kraft, welche die notwendigen (Start-)Investitionen ermöglichte. Vor allem im 15., im 19. und im 20. Jahrhundert von Hungersnöten und politischen Verhältnissen getrieben, suchten sie nach neuen Heimaten. In Thailand besitzt die 10%ige Minderheit der Chinesen 90% des ökonomischen Kapitals. 20 Millionen Taiwan-Chinesen häuften die drittgrößten Devisenreserven der Welt an. Hongkongs Chinesen sind in naher Zukunft reicher als Japan. Die bevorstehende Machtübernahme durch China reizt hier das ökonomische Klima zusätzlich an. Und selbst in Malaysia, in denen sie vor allem Ende der 60er Jahre Opfer ethnischer Auseinandersetzungen waren, behielten sie ihre wirtschaftliche Vormachtstellung. 31% Chinesen besitzen hier immer noch gut 70% der wirtschaftlichen Ressourcen, auch wenn großangelegte gesetzliche Privilegien und Existenzgründungsmaßnahmen die wirtschaftliche Stellung der Malaien und der restlichen Urbevölkerung, die 58% der Bevölkerung ausmachen und die die Mehrheit in der Regierung stellen, erheblich förderten.

Auch in Singapur, das sich selbst als ein multikulturelles Gemeinwesen begreift, besteht eine ethnisch-soziale Grenze zwischen den wirtschaftlich erfolgreichen Chinesen und dem Rest der Bevölkerung, die vor allem gegenüber den Malaien klar konturiert ist.

Ausgehend von – zum Teil mit „westlichem“ Kapital geförderten – Metropolen, wurden die chinesischen Einwanderungswellen zum Transformator ökonomischer Leistungsfähigkeit. Dabei mußten sich die Migrationschinesen selbst genug sein. Getrieben und auf der Flucht war für sie Geld und sozialer Zusammenhalt die Versicherung zum Aufbau neuer Heimaten. Chinesen außerhalb Chinas strebten und streben nach Sicherheit. Marktbeziehungen werden, wenn sie überhaupt den familiären Rahmen verlassen, beinahe ausnahmslos mit Chinesen aufgenommen. Die Chinesen verbindet 8000 Jahre kulturelles Erbe und auch die Migrationschinesen bleiben

Verschlafene Tropennester wandelten sich zu Drehscheiben des Welthandels. Aus Sümpfen und Dschungel wuchsen die Skylines neuer Metropolen. Alle acht Jahre verdoppelte sich die ökonomische Stärke ...

traditionsbewußt. Chinatowns künden von der gelebten kulturellen, sozialen und ökonomischen Geschlossenheit. Hier finden wir die „heiligen“ Familienbünde und das wirtschaftliche Patronagesystem. Wir sehen das beschauliche abendliche Zusammensein an den Spieltischen, an denen nicht nur Spielbeträge, sondern Waren in Millionenwerten den Besitzer wechseln. Wir wissen, daß Geldspiele verboten sind, doch wir erfahren, daß sich das Einkommen und die Ausstattung der örtlichen Polizei zu nicht geringen Teilen aus den hier erwirtschafteten Profiten speist. Wir erblicken die chinesischen Tempel und wir sehen die Schulen, in denen mit uniformierter Disziplin und unter dem Einsatz prügelnder Drillmeister die Charakterbildung der Jungen und Mädchen vorgenommen wird. Chinesische Kinder werden großzügig, zugleich aber auch unnachgiebig hart zu Leistung und Konkurrenzdenken erzogen. Die Nachkommen der Einwanderer haben zu lernen, daß das Schicksal in den eigenen (chinesischen) Händen liegt. Erziehung, Autorität, Disziplin, Schlüsselbegriffe eines untergründig wiedererstarkenden Konfuzianismus, leben in der Familie, in der Schule und im Arbeitsleben fort. Bildung und Ausbildung ist hier Normalität, auch wenn sonst gerade in den „jungen Tigerstaaten“ durch staatliche Bildungsinitiativen mehr oder minder erfolgreich versucht wird, Grundfertigkeiten zu vermitteln.

**Verschärfte soziale Auseinandersetzungen**

Zur Jahreswende wurde weltweit in den Medien von Arbeitskämpfen in den „Tigerstaaten“ berichtet, die von einer neuen Qualität der Auseinandersetzung zeugen könnten. Waren Kampfmaßnahmen, die sich bislang auf die Erhöhung von Löhnen und die Verbesserung von Arbeitsbedingungen richteten, eingebunden in einen gesamtgesellschaftlichen Konsens einer Erhöhung ökonomischer Leistungsfähigkeit, so deuten sich nunmehr tiefere Konfliktlagen an.

Verteilungskämpfe werden härter als in der Vergangenheit geführt. In Thailand brennen jubelnde Arbeiter kurz vor Weihnachten ein achtstöckiges Verwaltungsgebäude, eine fünfstöckige Lagerhalle und eine Fabrikhalle der „Sanyo Universal Electric“ nieder, um gegen die Kürzung der jährlichen Prämie von fünf auf drei Monatsgehälter zu protestieren. Diese Prämien, die auch in anderen Unternehmen und Ländern der „Tigerregion“ gezahlt werden, dienen dazu, die knappen Arbeitskräfte zu halten. Angesichts sinkender Profite wird in einigen Betrie-

ben erstmalig von Entlassungen gesprochen, Prämien werden vakant. Aufgeschreckt von der symbolträchtigen Tat der betroffenen Arbeitnehmer erschien dann auch prompt der neue Premierminister Chavalit Yongchaiyudt, um vor Ort den Polizeieinsatz und die Löscharbeiten zu leiten.

Deutlicher an den rigiden Verhältnissen rüttelt die jüngste Streikwelle in Korea. Südkoreaner sind Streiks gewohnt. Doch die Arbeitsauseinandersetzungen, anläßlich des eilig und in Abwesenheit der Oppositionspolitiker im Morgengrauen des 26. Dezember vollzogenen gesetzgeberischen Aktes, erreichten ein ungewohntes Ausmaß. Der Unwille richtete sich gegen ein Gesetz, das u.a. Massenentlassungen ermöglicht, das in Arbeitskampfzeiten eine Beschäftigung von Streikbrechern erlaubt, eine flexiblere 56 Stundenwoche festschreibt und welches die Zulassung des gewerkschaftlichen Dachverbandes KCTU (ca. 500.000 Mitglieder) auf drei Jahre verschiebt.<sup>2</sup>

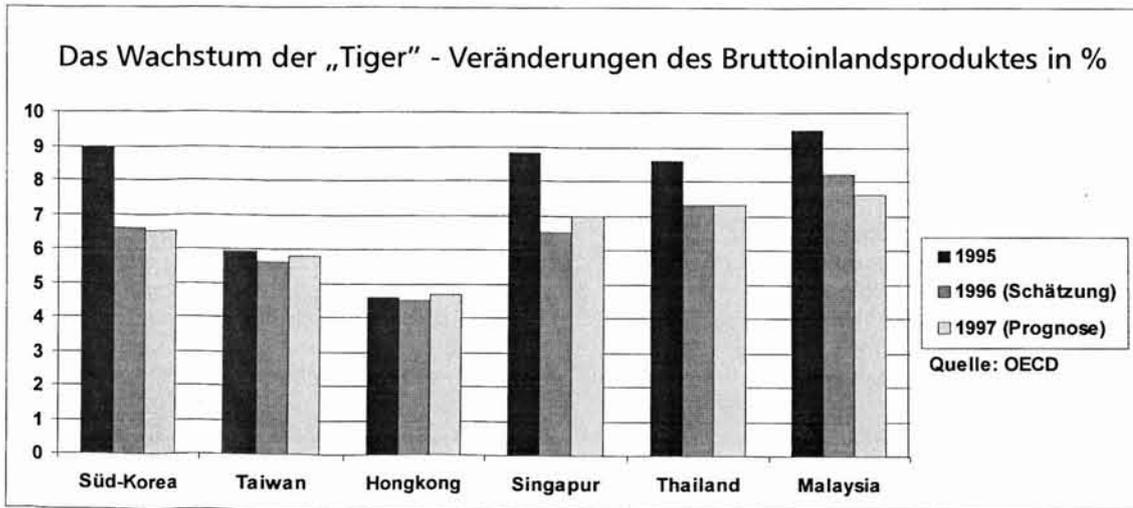
Einfluß haben die Gewerkschaften nur auf die Beschäftigten in drei Dutzend großen privaten Unternehmen und damit auf ein Viertel der Beschäftigten. Ebenfalls Einfluß besitzen sie im öffentlichen Bereich, hier beteiligten sich U-Bahn, Eisenbahn und Hospitale, obgleich hier die Streikkassen seit den letzten Lohnauseinandersetzungen leer waren. Massenaufmärsche waren selten (nur einmal gelang es, 30.000 Menschen zu mobilisieren), immer wieder sind es kleine Gruppen von 1000 bis 3000, die unter Einsatz von Tränengas und Knüppeln auseinandergetrieben wurden. Es kam zu Festnahmen von Demonstranten und Gewerkschaftsmitgliedern.

Vor welchem Hintergrund sind solche Auseinandersetzungen zu sehen? Spätestens an dieser Stelle ist es notwendig, die „Tigerstaaten“ und an sie grenzende Nationen kurz im einzelnen zu betrachten, wobei zunächst auf ökonomische, dann auf sozial- und bildungspolitische und zuletzt auf ökologische und infrastrukturelle Indikatoren eingegangen werden soll.

**Wachstumsschwierigkeiten**

Zu einem Teil hat die Konjunktur die Sprünge der „Tiger“ verlangsamt. Der Preisverfall bei elektronischen Bauteilen

In den Händen von 50 Millionen Chinesen außerhalb des Reiches ballt sich eine erhebliche finanzielle Kraft, welche die notwendigen (Start-)Investitionen ermöglichte.



hat asiatischen Unternehmen viele Milliarden Dollar gekostet. Der Preis einiger Computerchips rutschte bis zu 90% nach unten und ein neuerer 16-Megabyte-Chip, der 1995 noch 53 Dollar kostete, ist derzeit für ein Fünftel zu bekommen. Der Export, nachhaltig vor allem der nach Europa, stagniert.

Betroffen sind hier vor allem Südkorea, deren Elektronikexport ein Drittel aller Ausfuhren ausmacht, und Singapur, deren High-Tech-Produkte fast zwei Drittel aller Exporte bestimmen. Südkorea hat darüber hinaus mit steigenden Lohnkosten zu kämpfen. Diese rennen der Produktivität davon. Die Folge: In den nächsten acht Jahren wollen allein die fünf größten Unternehmen etwa 60 Milliarden Dollar im Ausland – das meiste in asiatischen Billiglohnländern – investieren. Schon jetzt ist der Mischkonzern Daewoo zum größten Einzelinvestor in Vietnam aufgestiegen. Die Textilindustrie wandert nach Südchina, und die Hyundai-Stahlverarbeitungswerke werden nach Nordchina verlagert.

Singapur versucht erfolgreich, Schlüsselunternehmen zum Bleiben zu bewegen, indem die Herstellung von High-Tech-Produkten und der Zuzug von ungelerten und billigen Gastarbeitern gefördert wird. Dennoch betrug das Wirtschaftswachstum in dem Land, das zweistellige Wachstumsraten gewöhnt war, im letzten Quartal 1996 lediglich 3,2%. Die verarbeitende Industrie erlebte gar einen Rückgang um 4,3%.

Auch Malaysia ist von der Exportschwäche im Bereich der Elektronik tangiert. Der Export von Industriegütern (vor allem Chips, Klimaanlage und Autos) stieg 1996 lediglich um 5,8%, ein Jahr zuvor waren es noch fast 23%. Versuche, wie die sogenannten „Multimedia-Super-Korridor“, etwa der 750 Quadratkilometer große Streifen zwischen Kuala Lumpur und den neuen internationalen Flughafen Sepang, sind nicht mehr Garant zukünftiger Wohlstandsmehrung, sondern sie sind riskante Investitionen. Wie in Singapur sind auch hier die Löhne, die im Vergleich zum Produktivitätsfortschritt dreimal schneller gestiegen sind, ein Grund für die geringeren Wachstumsraten.

In Thailand sind die Löhne niedriger als in den anderen „Tigerstaaten“, jedoch immer noch drei- bis sechsmal so hoch wie in Teilen Chinas, in Indonesien und in Vietnam. Nach wie vor wächst die Fernseh- und Chipindustrie, hingegen werden jeweils ca. 15% weniger Schuhe, Textilien und verarbeitete Lebensmittel ausgeführt. Insgesamt stiegen die Exporte in Thailand 1996 lediglich um 0,7%, ein

Jahr zuvor lag diese Rate noch bei 23,6%. Knapp eine halbe Million Arbeitskräfte haben 1996 ihren Job verloren.

In Taiwan ging das Wachstum aller erwirtschafteten Güter und Dienstleistungen von 5,9 auf 5,6% in geringem Maße zurück. Produktionsverlagerungen ins Ausland zeigen eine geringe Wirkung. Ein Drittel aller taiwanesischen Computer wird nunmehr in der Volksrepublik China zusammengebaut, und derzeit investiert der größte Elektronikonzern Acer für mehr als 60 Millionen Dollar auf den Philippinen. Schon seit längerem wird die traditionelle Produktion von Holz-, Leder- und Textilprodukten ins Ausland verlagert.

Eine Ausnahmestellung kommt dem Stadtstaat Hongkong zu. Er ist in noch niedrigerem Umfang von Einbußen betroffen. Die achtgrößte Handelsnation horstet 62 Milliarden Dollar Devisenreserven. Das Finanzministerium hat, bei einem leichten Plus von 0,2 Milliarden Dollar im 1996er Haushaltsbudget, ein Finanzpolster von 12 Milliarden Dollar. Auslandsinvestitionen sind hier, ähnlich wie in Taiwan, ein Zeichen wirtschaftlicher Stärke. So stammen von den 250 Milliarden Dollar, die in den letzten 15 Jahren in China investiert wurden, 150 Milliarden Dollar aus Hongkong. Unternehmen aus Hongkong haben allein in der angrenzenden Provinz Guangdong ca. 28.000 Betriebe gegründet, in denen ca. 5 Millionen Menschen beschäftigt sind.

### Mängel im Bildungs- und Sozialsystem

In beinahe allen „Tigerstaaten“ ist es mittlerweile zu einem Problem geworden, qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen. Hier sind gewaltige Lohnsteigerungen und das Prämiensystem ein Ausdruck des Mangels an qualifizierten Beschäftigten. In Thailand und Malaysia fehlen vor allem Manager, Ingenieure und Techniker, selbst Architekten werden von malaiischen Firmen in westlichen Medien gesucht. In Taiwan mangelt es insbesondere an Designern und Marketingexperten. Das Hochschulsystem ist in den meisten Staaten unzureichend. Nach Beobachtungen der UNO studiert die Hälfte aller asiatischen Studenten im nicht-asiatischen Ausland. Gerade die jungen „Tiger“ sind an einem Punkt angelangt, wo sie weg von der billigen Massenproduktion hin zur Produktion hochwertiger Güter umsteigen müssen. Doch dazu fehlt es nicht nur an Führungskräften, sondern insbesondere auch an einer qualifizierten Industriearbeiterschaft. Das thailändische Institut für Entwicklungsforschung errechnete 1991, daß selbst wenn plötzlich alle Grundschüler die Mittelschule besuchen würden, im Jahr 2000 erst lediglich jeder vierte Arbeiter eine vernünftige Ausbildung besäße.

Die jungen „Tigerstaaten“ müssen ihren früheren Vorteil geringer Löhne an ihre Nachbarstaaten Indonesien, die Philippinen und Vietnam weiterreichen. Noch partizipieren diese von den Auslandsinvestitionen. Dennoch bangt beispielsweise die indonesische Regierung derzeit selbst um die Zukunft und sucht durch hochfliegende Pläne, wie die Entwicklung eines eigenen Flugzeuges und durch Anleihen im deutschen Facharbeitersystem, nach Rettung. In Vietnam ist die Situation dramatischer, da hier das Schulsystem, das der Bevölkerung nicht mehr frei zur Verfügung gestellt wird, für sehr viele Familien nicht mehr bezahlbar ist. Die Einschulungsrate sinkt. Ohnehin verfügen nur 4,3% der rapide wachsenden Bevölkerung, zumeist Männer, über einen Schulabschluß.

In allen „Tigerstaaten“ ist die soziale Kluft größer geworden. Städte koppelten die Dörfer von der Entwicklung ab und haben dann mit den sozialen und infrastrukturellen Folgen der Landflucht zu kämpfen. Wanderarbeiter verlassen die Dörfer und konkurrieren in den Städten mit legalen und illegalen Einwanderern aus Birma, Indonesien, Bangladesch, Pakistan, Sri Lanka und den Philippinen um die langsam knapper werdenden Arbeitsplätze. In keinem Land besteht ein funktionierendes staatliches Sozialsystem, das bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter eingreift. Kommt es, wie in Thailand oder Korea, zu Entlassungen, dann fallen die Erwerbslosen, und hier vor allem die Älteren, in die finanziell sehr schwa-

Zur Jahreswende wurde weltweit in den Medien von Arbeitskämpfen in den „Tigerstaaten“ berichtet, die von einer neuen Qualität der Auseinandersetzung zeugen könnten.

chen Arme von Familien, deren Hauptnährer sie zu meist vorher waren. Wie in Japan bot die Beschäftigungspolitik der Betriebe, insbesondere die hohe Arbeitsplatzsicherheit, soziale Sicherheit. Durch das Fehlen staatlichen sozialpolitischen Schutzes bricht unmittelbar die „soziale Friedensformel“ Leistungsverausgabung gegen Sicherheit. Dies ist ein Grund für die Härte der Auseinandersetzungen und den Symbolgehalt der Arbeitskämpfe in Korea und Thailand.

### Infrastruktur- und ökologische Probleme

Nicht nur das Bildungs- und Sozialsystem, auch die Infrastruktur hat mit der rasanten Entwicklung nicht mithalten können. Am 4. August letzten Jahres gingen beispielsweise in ganz Westmalaysia die Lichter aus. 24 Stunden lang standen die Fließbänder still, blieben Fahrstühle hängen und brach der Verkehr zusammen. Auch in Taiwan kommt es aufgrund von Stromausfällen immer wieder zu Produktionsstops. Die „Bangkok Post“ berichtet, daß der Dauerstau in Bangkok die städtische Wirtschaftsleistung um 12% verringert. Um den Boom zu retten muß Asien jährlich zwischen 200 Milliarden Dollar (so die Weltbank) und 280 Milliarden Dollar (so die Asiatische Entwicklungsbank) aufbringen, um Infrastrukturprojekte wie Abwasserkanäle, Kläranlagen, Straßen und Gleise zur realisieren. Wie die Japaner in den sechziger Jahren erkaufte die „Tiger“ ihr industrielles Wachstum mit verpesteter Luft, vergifteten Flüssen, hemmungslosen Landfraß und Abholzung der (Ur-)Wälder.

Ansatzweise beginnt heute ein Umdenken. Malaysia versucht sich an einer kontrollierten Forstwirtschaft. Die 70% Waldfläche sollen erhalten werden, wobei ein Teil der Fläche dauerhaft Tropenholz bereitstellen soll. In Thailand ist die Situation schlimmer: Waren 1945 noch 85% der Fläche mit Wald bedeckt, so sind es heute gerade noch 15%. Seit Jahren bestehen staatliche Aufforstungsprogramme, und mittlerweile stehen immerhin 11% der Landesfläche unter Naturschutz. Langfristig sollen wieder 40% der Landesfläche mit Wäldern bedeckt

werden. Aufgeforstet werden jedoch nicht tropische Baumarten, die 250 Jahre wachsen müßten, sondern schnell wachsender Eukalyptus, der allerdings nur wenig Wasser und Boden bindet.

Wie überall, orientieren sich auch hier die Planungen von Infrastrukturmaßnahmen und die zarten Pflänzchen „ökologischen“ Wirtschaftens an kurz- und mittelfristigen Kapitalverwertungsinteressen. Doch verändern sich eben diese Bedingungen der Kapitalverwertung und so gelang es im letzten Jahr einem Umweltschützer, die Wahl zum Bürgermeister in Bangkok zu gewinnen.

Das Ende des Wachstums ist in den „Tigerstaaten“ nicht erreicht. Wachstumsraten von 6% und 7% erscheinen, im Vergleich zu Europa und den USA, als durchaus komfortabel. Doch sind diese Wachstumsraten, vor dem Hintergrund der angesprochenen sozialen und infrastrukturellen Problemlagen, dringend notwendig, um die erforderliche Umsteuerung vornehmen zu können. Nur so können jene Projekte, die ein modernes und zukunftssicherndes Gemeinwesen ausmachen, wie Schulen, Universitäten, Schienen, Straßen, Brücken, Krankenhäuser und eine staatlich organisierte soziale Mindestsicherung bei Alter und Krankheit, finanziert werden.

Hier bestehen Unterschiede zwischen den „alten“ und den „neuen Tigerstaaten“. Die Entwicklungschancen der „älteren Tiger“ sind vor allem aus drei Gründen besser als die der „jungen“: Erstens haben sie in der Vergangenheit erheblich höhere Reichtumsreserven angehäuft als ihre Nachbarstaaten. Insbesondere Taiwan und Hongkong sind zudem kaum oder gar nicht von Wachstumseinbrüchen betroffen. Zweitens haben die „alten“ vor dem Hintergrund des Mangels an natürlichen Ressourcen mehr für die Bildung ihrer Bevölkerung getan als die „jungen Tiger“. Drittens haben sie, mit Ausnahme Koreas, aufgrund ihrer Lage

Es bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den „alten“ und den „neuen Tigerstaaten“. Die Entwicklungschancen der „älteren Tiger“ sind aus mehreren Gründen besser als die der „jungen“.



Foto: O. Ziegler, Lichtblick (Bochum)

und Siedlungsdichte erhebliche infrastrukturelle Vorteile. Dies bedeutet auch, daß die Nichtbeachtung ökologischen Wirtschaftens (zunächst) weniger Kosten verursacht, als es in der Mehrzahl der anderen Länder der Fall ist.

#### Ausblick

Es sind erste Einblicke, die wir auf unserer Reise erhielten und die thematisierten Prognoseschwierigkeiten schränken das Sehfeld zusätzlich ein. Gespräche mit Freunden, Kommilitonen und Botschaftsangehörigen der „Tigerregion“ erweiterten den Horizont, ließen jedoch Fixpunkte eher kleiner werden. Es bleibt allein der Versuch eines Ausblicks.

Wir haben bisher gesehen: Erstens, die Entwicklungslinien laufen in den „Tigerstaaten“ durchaus nicht parallel. Zweitens, es bestehen soziale und bildungspolitische

sowie ökologische und infrastrukturelle Wachstumsbremsen. Joseph Schumpeter stellte einmal fest, die Schnelligkeit eines Fahrzeuges hänge letztlich nicht von der Stärke des Motors ab, sondern von der Qualität seiner Bremsen. Daß die „Tiger“ weit springen können, haben sie bewiesen. Ein

Gerade die jungen „Tiger“ sind an einem Punkt angelangt, wo sie weg von der billigen Massenproduktion hin zur Produktion hochwertigerer Güter umsteigen müssen.

Beantwortung der Frage, ob sie hart aufschlagen oder weich landen werden, muß neben sozialen und ökonomischen Faktoren auch die besondere historische und ökonomisch-kulturelle Rolle der (Migrations-)Chinesen mit einzubeziehen.

Es ist eine offene und wichtige Frage, inwieweit die Chinesen, die außerhalb der Volksrepublik leben, nationalstaatliche soziale Interessen ihrer Wahlheimaten mittragen werden. Einige hundert chinesische Wirtschaftsbosse außerhalb Chinas treiben untereinander und über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg einen regen wirtschaftlichen Austausch. Dabei haben sie sich bislang beinahe gänzlich aus dem politischen Geschehen herausgehalten. Ihre derzeit unangefochtene Stärke lag und liegt im Bereich von Wirtschaft und Handel. Zudem haben sich Migrationschinesen nur zum Teil in das kulturelle Leben assimiliert. Die Sprache und Kultur der Chinesen ist überall in den Metropolen präsent. Zunehmend finden sich darüber hinaus Anzeichen eines neuen und auf die alte Heimat gerichteten Nationalbewußtseins. Kulturell ist bemerkenswert, daß etwa in Thailand mittlerweile wieder die chinesischen Namen getragen werden, während die Migranten nach ihrer Einwanderung zunächst thailändische Namen angenommen hatten. Ökonomischer Ausdruck dessen sind beispielsweise die hohen Investitionen in der Volksrepublik China.

Mit der von Deng Xiaoping eingeleiteten Entwicklung Chinas zu einer, wie er es nannte, „sozialistischen Marktwirtschaft“, öffnete sich ein gigantischer Wirtschaftsraum. Bei allen Widersprüchlichkeiten im Reich, die durch wirtschaftliche Liberalisierung und politische Zwangsherrschaft, kulturelle Starrheit und eine sich vergrößernde Kluft zwischen Arm und Reich gekennzeichnet sind, gelang es erstmalig in der Geschichte Chinas, die minimale Grundversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu sichern. Mit der wirtschaftlichen Öffnung nach Westen wurden Sonderwirtschaftszonen geschaffen, die beispiellose Wachstumsraten aufweisen. Mittlerweile werden die Migran-

ten und Exilanten, die bis vor kurzem noch als Handlanger des Kapitalismus beschimpft wurden, umworben. Um die Zusammengehörigkeit aller Chinesen zu dokumentieren, wird den Auswanderern derzeit ein Museum gebaut.

Die ökonomische Chance und der Umdenkprozeß in China werden von den Migrationschinesen aufmerksam verfolgt. Ming Hu, gewählter Vorsitzender von Thai CC, der chinesischen Handelskammer in Thailand, und Besitzer von 40 Betrieben nicht nur in Thailand, stellt in einem Fernsehinterview fest: „Deng Xiaoping öffnet China, wir bringen das Geld.“ In dieser Situation haben die vergleichsweise ungebundenen Migrationschinesen die Möglichkeit, Regierungen gegeneinander auszuspielen. Wieder sind es die „jungen Tiger“ – und eben nicht Korea, in dem die Chinesen keinen Einfluß haben, und natürlich nicht Hongkong und Taiwan – deren politische Führer unter Druck geraten können, und die mit Investitions- und Kapitalverlagerungen zu rechnen haben.

Es sind Chinesen, von denen wir häufig hörten: „Erfolg kommt durch Härte gegen sich selbst“. China war – und auch die Migrationschinesen waren – sich immer selbst genug. Offene oder gar militärische Auseinandersetzungen um Wirtschaftsräume und Kapitalströme wird es vermutlich nicht geben, auch wenn in der Region derzeit größere Summen für Waffen ausgegeben werden, als in der NATO und allen anderen Ländern zusammen. Es sind immer auch zunächst verdeckte und schleichende Bewegungen, die in dieser Region Realitäten schaffen. Mir scheint es, als setzten die „älteren Tiger“ des Nordens, also Hongkong, Taiwan und Korea, aber auch China, zum Sprung an. Ob sie die „Tiger“ im Süden mitreißen können, oder ob nur der „ältere Tiger“ Singapur weiterspringen wird, bleibt abzuwarten.<sup>3</sup>

spw

<sup>1</sup> Einen Einblick in Basisentwicklungen vermittelt der OECD-Bericht: Migration and the Labour Market in Asia. Prospects to the Year 2000, Februar 1996.

<sup>2</sup> Der zweite und größte gewerkschaftliche Dachverband FKTU (1,2 Mill. Mitglieder) ist offiziell anerkannt, bestand schon vor dem Sturz der Militärregierung und gilt als moderat. 1987 hatten in Korea große Streiks zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen geführt. Die damals vom Staat kontrollierte FKTU wurde von den Streikenden in die Defensive gezwungen und trug schließlich mit dazu bei, das Militärregime zu stürzen. Beide Verbände riefen zum Streik auf.

<sup>3</sup> Zur Beantwortung dieser Frage ist vor allem die Entwicklung innerhalb der ASEAN und hier insbesondere die Industrial Co-operation (AICO), die sich auf die Entwicklung und Finanzierung gemeinsamer Infrastrukturen konzentriert, zu betrachten. Malaysia, Indonesien und die Philippinen verfolgen dabei schon jetzt eigene gemeinsame Interessen. Hier finden sich wahrscheinlich am schnellsten Indikatoren für die Entwicklung der Arbeitsteilung innerhalb der Region. Darüber hinaus sind Entwicklungen im Zusammenhang der Diskussion um eine mögliche „Super-Zentralbank“ (eine asiatisch-pazifische Variante der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) interessant. Sie soll ein Auffangnetz für plötzlich in Schwierigkeiten geratene Mitgliedsstaaten knüpfen.

Die Deklaration der Welthandelsorganisation (WTO), die am Freitag, dem 13. Dezember 1996, im hypermodernen Konferenzsaal der modernsten Shopping Mall Singapurs verabschiedet wurde, verwandelte das Ende der Konferenz in einen schwarzen Tag für die meisten Entwicklungsländer, die Gewerkschaften sowie die Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) weltweit. Die Sozialklauseln wurden abgeschmettert, die ökologischen Reformversuche sind gescheitert, und die saftigen Filetstücke des Welthandels gingen fast ausschließlich an die Industrieländer. Damit offenbarte die Welthandelsorganisation erneut ihre Wirkung als kapitalistisches Kooperationsregime, das durch minimale Zugeständnisse der Starken an die Schwachen das Wirtschaftssystem festigt und den Wohlstand der Mächtigen überproportional vermehrt, mit der immanten Tendenz zur globalen Apartheid.

#### Informations- und Technologieabkommen

In Singapur beschlossen die Triadenmächte USA (und Kanada), die Europäische Union und Japan die umfangreichsten Handelsliberalisierungsmaßnahmen seit Beendigung der Uruguay-Runde vor rund drei Jahren, nämlich das neue Informations- und Technologieabkommen (ITA), das ein jährliches Handelsvolumen von rund 500 Mrd. US\$ umfaßt. Die sogenannten Entwicklungsländer blieben von den Verhandlungen völlig ausgeschlossen, weil ihre Ökonomien erst gar nicht über diese Produktionsbereiche verfügen. Die VertreterInnen dieser Länder hofften indes vergeblich auf klare Aussagen zu Marktzugangserleichterungen in den von den Industrieländern protegierten Agrar- und Textilbereichen. Immerhin subventionieren die USA und die EU ihre Agrarprodukte mit jährlich rund 182 Mrd. US-Dollars und zerstören mit ihren Dumping-Preisen die fragilen Agrarwirtschaften der südlichen Länder.

Der gegenwärtige Prozeß der ökonomischen Globalisierung, der postfordistischen „Desorganisation des Kapitalismus“, weist eine immanente Tendenz zur sozialen Ungleichheit und Ausschließung auf. Dies mußten die in diesem Ritual geübten RepräsentantInnen der marginalisierten Fraktionen des Weltkapitals erneut auf der WTO-Handelskonferenz in Singapur ertragen. Nur die aus der Verschuldung ihrer Volkswirtschaften resultierenden Zinszahlungen fungieren in der Regel als „Transmissionsriemen“ zwischen den Entwicklungs- und Industrieländern. Vielen Entwicklungsländern werden bei fehlender „Kreditbonität“ nolens volens sogenannte Strukturanpassungsprogramme (Deregulierung, Privatisierung, Exportorientierung etc.) oktroyiert, um den monetären Zwangsverpflichtungen nachzukommen.

Aber trotz ihrer Marginalisierung wurden die Entwicklungsländer auf der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Singapur zur Unterzeichnung und Unterstützung des Technologieabkommens (ITA) wegen des herrschenden Konsensprinzips benötigt – als „Belohnung“ haben die Industrieländer immerhin Marktzugangserleichterungen in Aussicht gestellt. Der burundische Industrie- und Handelsminister Frederic Nzabampema wurde auf einer Pressekonferenz, auf der ich anwesend war, gefragt, welche Vorteile sein ostafrikanischer Binnenstaat aufgrund einer WTO-Mitgliedschaft hätte. Er konnte darauf keine Antwort geben, blieb stumm und verließ irritiert den Saal, denn: Burundi leidet unter dem Welthandelsregime, hat aber Angst vor einer totalen Marginalisierung und hofft, einige Brotkrumen,

# WTO – ein Instrument kapitalistischer Globalisierung

Entwicklungsländer weiter marginalisiert

Rainer Zugehör\*

die den Industrieländern vom Tisch fallen, auffangen zu können.

#### Neue Formen des Protektionismus

In fast fünf Jahrzehnten versuchte das GATT in mittlerweile acht Handelsrunden die Freihandelstheorie mittels der Kardinalprinzipien der Liberalisierung und der Nichtdiskriminierung umzusetzen, zuletzt im Rahmen der zähen und langjährigen Verhandlungen der Uruguay-Runde. Die Weltbank prognostizierte im Falle der Durchsetzung der beschlossenen Handelsliberalisierungen Wohlstandssteigerungen zwischen 100 und 200 Mrd. US-Dollar pro Jahr – das ist lächerlich wenig, denn: Bei einem Welt-Bruttoinlandprodukt von etwa 30 Billionen (!) US-Dollar, könnte der „Freihandelsgewinn“ einem winzigen Rundungsfehler erliegen.

Oberflächlich betrachtet ist es innerhalb des Handelsregimes gelungen, die offiziellen Zollquoten von immerhin durchschnittlich 40% (1947) auf gegenwärtige 4,5% (1990) zu senken, ausgenommen die für die Entwicklungsländer existentiellen Textil- und Agrarbereiche; an Stelle der offiziellen Handelsbeschränkungen traten überkompensierend die nicht GATT-konformen nicht-tarifären Handelshemmnisse, „freiwillige“ Selbstbeschränkungsabkommen, Marktabsprachen, Subventionen, restriktive Anwendung der Antidumping-Politik, Kontingentierung, nationale Norm-, Prüf- und Testzertifizierung<sup>1</sup>, Verfahren bei der öffentlichen Auftragsvergabe und u.U. die auf der WTO-Ministerkonferenz in Singapur diskutierten Sozial- und Umweltklauseln etc.

Darüber hinaus findet eine für Entwicklungsländer fatale „Zolleskalation“ statt, d. h. die Zunahme des Zollsatzes mit dem Verarbeitungsgrad eines Produktes. Auf der Konferenz wurde dieses Thema von den „Freihandelsnationen“ totgeschwiegen.

#### Eigentumsrechte ausgeweitet

Wertschöpfung, Profite und Wohlstandvermehrung sind eng mit der Eigentumsfrage verknüpft. Daher werden gegenwärtig alle Wirtschaftsbereiche, die sich der Eigentumsverrechtlichung bisher entzogen haben, kapitalisiert, wie

Eigentum ist nicht nur ein rechtliches Konstrukt, sondern schafft auch soziale Beziehungen und existentielle Abhängigkeiten und Herrschaftsverhältnisse zwischen den Eigentümern und Nichteigentümern.

\* Rainer Zugehör, freier Journalist; lebt in Bonn, berichtete u.a für Neues Deutschland von der WTO-Konferenz in Singapur, Mitglied im Nord-Süd-Forum der SPD.

zum Beispiel das innerhalb der WTO umgesetzte „intellektuelle Eigentumsrecht“, um zur Wohlstandsmehrung derjenigen beizutragen, die über diese kapitalintensiven Technologien verfügen (i.d.R. die Industrieländer).

Eigentum ist nicht nur ein rechtliches Konstrukt, sondern schafft auch soziale Beziehungen und existentielle Abhängigkeiten und Herrschaftsverhältnisse zwischen den Eigentümern und Nichteigentümern. Bei der Entstehung und Garantie des absoluten Herrschaftsrechts von Ideen oder immateriellen Gütern kommt dem Staat eine wichtige Funktion bei, der sich nämlich verpflichtet, Eigentumsrechte mit Hilfe der Diplomatie oder des Gewaltmonopols (ultima ratio), u.a. im „legitimen“ Rahmen des neuen WTO-Streitschlichtungsverfahrens, auch im Ausland durchzusetzen. Bei der derzeitigen Deregulations- und Privatisierungspolitik der BRD und anderer Staaten werden Regulationskompetenzen an private Akteure (Unternehmen) und an die Marktlogik abgetreten und gleichzeitig wird die Rolle des Staates als Garant von Eigentumsrechten gestärkt.

Aufgrund der staatlichen Zusicherung der Eigentumsgarantie u.a. im Rahmen der WTO (teilweise auch durch die Weltorganisation für geistiges Eigentum, WIPO), können bisher von Eigentumsansprüchen ausgeschlossene „Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights“-Produkte (TRIPS) und „Trade Related Investment Measures“-Investitionen (TRIMS) im Wirtschaftssystem verwertet werden. Eine weitere neue Qualität der Globalisierung besteht also in der zumeist von den Industrieländern ausgehenden geographischen Ausweitung von Eigentumsverrechtlichungen und -ansprüchen, die das Enteignungsrecht von Staaten (Territorialprinzip) konterkariert und damit die nationalstaatliche Regulierung aufbricht, ohne daß eine globale Formation oder Institution entstünde, bei der die gesellschaftlichen Konflikte direkt ausgetragen werden könnten.

#### Globale Regulation ohne Hegemonialmacht?

Auf der Weltbühne fordert nämlich die geschwächte Hegemonialmacht USA eifrig „Wohlstand durch Freihandel“ – wie zuletzt in Singapur –, bereitet sich aber hinter

den Kulissen auf eine einseitige Wirtschaftspolitik vor. Die weltwirtschaftliche Internationalisierung steht in einem direkten Spannungsverhältnis zur Rolle des Hegemons, da die *de facto* Triadisierung eine oligopolistische Hegemonialstruktur staatlicher Macht nach sich zieht und somit den Einfluß der ehemals einzigen

Wirtschaftsvormacht USA zurückdrängt. Aber wegen des grundsätzlichen systemischen Hegemonieverlustes müßten die Staaten als Akteure eigentlich aufgewertet werden, statt dessen ziehen sie sich aus der Wirtschaftspolitik zunehmend zurück. Dies scheint auf den ersten Blick paradox, aber aufgrund der raschen Zunahme der Interaktionsdichte auf allen Ebenen der internationalen Beziehungen in den letzten Jahrzehnten haben auch im Feld der Weltwirtschaftsbeziehungen immer mehr Akteure (besonders Transnationale Konzerne, TNK) individuell immer weniger Gestaltungsmacht.

Ein Indiz für die „Krise der Regulation“ und die relativierte Machtstellung der USA im Konzert aller Wirtschaftsakteure sind neue protektionistische Tendenzen

im umkehrten Verhältnis zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungsländer sowie zunehmende bilaterale Abkommen der USA mit der EG sowie mit Textillieferländern, denen „freiwillige“ Exportbeschränkungen (Voluntary Export Restrictions) aufgezungen werden. Entwicklungsländer stehen vor Handelsbarrieren, deren Kosten auf das Doppelte der gesamten Entwicklungshilfe geschätzt werden. Darüber hinaus behalten sich die USA seit 1989 mittels der merkantilistischen Super-301-Klausel im US-Handelsgesetz Vergeltungsmaßnahmen vor, sollten US-Wirtschaftsinteressen durch Konkurrenzprodukte aus dem Ausland stark verletzt werden – dies schließt natürliche Wettbewerbsvorteile anderer Länder mit ein. Auch das gegen Kuba verhängte „Helms-Burton“-Gesetz offenbart den imperialen Größenwahn der US-Administration. Der Bi- und Unilateralismus („ökonomischer Nationalismus“) treten an die Stelle des multilateralen Anspruchs. Und der von den Wirtschaftsmächten bisher offen geforderte Freihandel verwandelt sich somit immer unverhohlener zu neuen Formen des Merkantilismus, obwohl bisher ein protektionistischer Domino-Effekt ausblieb.

#### Sozialdumping oder sozialer Protektionismus?

Freihandel oder Protektionismus? Mit den beiden Prämissen – der Existenz des Nationalstaats und des Weltmarktes – sind Freihandel und Protektionismus zwei Seiten einer Medaille: Im Falle des totalen Freihandels verliert der nationale Wirtschaftsraum an Bedeutung und im Falle totaler Protektion gibt es keinen Weltmarkt (Altwater/Mahnkopf, S. 383). Damit bewegt sich eine Regulation der Weltwirtschaft, dies gilt auch für die auf der WTO-Konferenz diskutierten Sozialklauseln, zwischen diesen beiden Extremen und markiert gleichzeitig die Grenze für die Ausweitung des internationalen Handels und damit der Globalisierung.

Die Gewerkschaften schienen bei oberflächlicher Betrachtung in der Frage der sozialen Mindeststandards das Zepter an die US-Regierung abgegeben zu haben. Andrew Stohler, US-Repräsentant bei der WTO, hatte sich schon im Vorfeld der Konferenz, auf der Tagung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), für die umstrittene Sozialklausel im globalen Handel ausgesprochen.

Der „Arbeitskampfehntusiasmus“ der Clinton-Administration darf aber nicht falsch interpretiert werden: Dahinter stecken tiefsitzende Ängste, im Hobbes'schen globalen Wirtschaftskrieg nicht mehr die Rolle des Leviathan spielen zu können. Der Druck der US-Wirtschafts- und Gewerkschaftsverbände, die angesichts der ausländischen Konkurrenz zittrige Knie bekommen, verlangen zunehmend mehr staatlichen Schutz, da die nächsten Handelsliberalisierungsmaßnahmen den Textil- und Agrarbereich nicht mehr ungeschoren davonkommen lassen werden. Damit hätten die neoliberalen Regierungen im Norden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Erstens könnten die nationalen Haushalte durch die Streichung von Subventionen entlastet werden, und zweitens hätte man ein „Bonbon“ für die Entwicklungsländer als „Entschädigung“ für deren exportorientiertes Verelendungswachstum. Die Sozialklausel fungiert für die USA also als Druckmittel für weitere Marktzugänge in den südostasiatischen Tigerstaaten im Bereich der Telekommunikation, aber auch als Zeichen guten Willens für die US-Agrar- und Textilindustrie, diese Wirtschaftsbereiche zu protegieren.

Die merkantilistischen Beweggründe der US-Forderung nach Sozialklauseln bringen den IBFG indes nicht

Indes war die in Singapur beschlossene WTO-Deklaration zu den „Core Labour Standards“ eine Enttäuschung: Niedrige Arbeitskosten und schlechte Arbeitsbedingungen werden fortan als „komparativer Kostenvorteil“ legitimiert.



von der Überzeugung ab, soziale Mindeststandards in das WTO-Abkommen zu verankern. Da die aus dem unbändigen „Casino-Kapitalismus“ resultierende Wettbewerbsspirale Ursache für die inhumanen Arbeitsbedingungen sei, müßte das schwächste Glied in der Wertschöpfungskette – rechtlose und ausgebeutete Arbeitskräfte – geschützt werden. In diesem Punkt besteht bei den freien Gewerkschaften aus Nord und Süd Einigkeit. Definitionsgrundlage der Sozialklausel liefern die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über soziale Mindeststandards – wie das Verbot der Kinder- und Zwangsarbeit oder die Zulassung von Gewerkschaften und die Freiheit von Tarifverträgen. Die Gewerkschaften legen großen Wert darauf, daß die Sozialklausel nicht als neoprotektionistisches Instrument mißbraucht werden kann.

Indes war die in Singapur beschlossene WTO-Deklaration zu den „Core Labour Standards“ eine Enttäuschung: Niedrige Arbeitskosten und schlechte Arbeitsbedingungen werden fortan als „komparativer Kostenvorteil“ legitimiert. Das ist ein Rückschritt in Fragen sozialer Menschenrechte, da fortan Unternehmen und multinationale Konzerne im Falle von inhumanen Arbeitsbedingungen auf die offizielle WTO-Deklaration verweisen können.

### WTO intensiviert Standortkonkurrenz

Die gegenwärtige Globalisierung ist nicht lediglich die systemlogische Weiterentwicklung des Kapitalismus, sondern ist Produkt „... bestimmter Akteure, findet in bestimmten sozialen Umfeldern statt und impliziert spezifische Kräfteverhältnisse ...“. (Hans Peter Krebs, 1996, S. 27). Die „neue“ Phase der Globalisierung unterscheidet sich qualitativ von den historischen durch die Auflösung der bisherigen Einbettung der Ökonomie in sozialen Zusammenhängen. Dies ist gleichzeitig die Ursache für die Krise des fordistischen Wirtschaftssystems und die Wegmarke zu einem diffusen, kaum zu prognostizierenden Postfordismus. Es ist eine Wettbewerbssituation zwischen Nationen und Regionen (i.d.R. Währungsgebiete) eingeläutet und damit verbunden werden neue, den glo-

bal agierenden Unternehmen (TNKs) angepaßte, „Effizienz“-Kriterien für die Nationalstaaten geschaffen (Alt Vater/Mahnkopf, 1996). Diese mikroökonomischen Kriterien konnte in Singapur der deutsche Wirtschaftsminister Rexrodt genauso herunterbeten wie die HandelsministerInnen der ASEAN-Staaten. Die dadurch erwirkte zunehmende Konformität der Märkte in den kapitalistischen-Zentren verstärkt wiederum den Internationalisierungs- und Verflechtungsprozeß der Ökonomien durch die Möglichkeit einer breiteren Streuung der Produktion.

Darüber hinaus produziert der heutige Globalisierungsprozeß soziale und ökologische, lokale sowie regionale gesellschaftliche Gegenbewegungen, trotz einer generellen zunehmenden Entpolitisierung der Gesellschaften in den Industrie- und Entwicklungsländern. Auch die Menschen in den Industrieländern sehen sich dem Diktat des „Sachzwang Weltmarkt“ (Alt Vater) ausgeliefert. Die Bevölkerungen der Entwicklungsländer kennen diese Form der Abhängigkeit schon etwas länger (u.a. durch die oktroyierten IWF-Auflagen zur „Sanierung“ der nationalen Wirtschaft), dies sind aber dort keine Schein-Sachzwänge – wie oft heute in den Industrieländern – sondern wirtschaftliche und politische Realitäten.

Die auf der Konferenz anwesenden Gewerkschaften sowie die über 200 Nicht-Regierungsorganisationen führten ein Paria-Dasein. Sie waren, wie auch die VertreterInnen der Entwicklungsländer, von den Verhandlungen, oft auch von Informationen, ausgeschlossen. Die 2.500 Konferenzdelegierten sind selten mit den NGOs in Kontakt gekommen, was sicherlich auch an den weit über 2.000 Sicherheitskräften gelegen hat, die in Singapur für einen „reibungslosen“ Ablauf der Ministerkonferenz zu sorgen hatten.

### Regionalisierung – Instrument gegen Globalisierung?

Die in Art. XXIV des WTO-Vertrags geregelten regionalen Integrationen sind nicht nur als Vorstufe der Globalisierung, sondern auch als Schutz- und Regelungsinstrument gegen einen intensivierten „Standort“-Wettbewerb zu sehen, einem Prozeß der „Entsolidarisierung“, der so-

ziale Errungenschaften in den Industrie- und Entwicklungsländern als Kostenfaktor aburteilt. Die soziale Sprengkraft der Globalisierung, so wurde anhand der heftig umstrittenen Sozialklausel deutlich, ist Thema in allen Weltregionen. Die Politik scheint dem Primat der (Mikro-)Ökonomie machtlos ausgeliefert zu sein.

Dabei gewährleisten aber gerade die funktionstüchtigen national organisierten Sozialsysteme eine Abfederung der durch die veränderten ökonomischen Strukturen bewirkten gesellschaftlichen Anpassungskosten aufgrund der starken Orientierung am Konsens (Korporatismus/Konzertierung) und werden damit zum Ausgangspunkt und Grundlage des derzeitigen Schubs wirtschaftlicher Globalisierung (Leibfried/Rieger). Die Sozialsysteme sind Garant gesellschaftlicher Stabilität in Zeiten wirtschaftlichen Wandels, die Kosten der internationalen Koordination der Weltwirtschaft werden also gewissermaßen von den Wohlfahrtsstaaten „internalisiert“, wirtschaftliche Krisen und deren soziale Folgen müssen „nicht mehr mit wirtschaftlichem Nationalismus beantwortet werden, wie es zwischen den beiden Weltkriegen üblich war“ (ebd., S. 221). Nicht zufällig findet die wirtschaftliche Integration der nationalen Ökonomien hauptsächlich zwischen Wohlfahrtsstaaten statt.

Deshalb ist es für die Zukunft entscheidend, die nationalstaatliche Regulationsebene stärker zu nutzen und nicht ausschließlich auf die schwach ausgeprägte supranationalen Regulationsebene zu schießen. Wenn die Globalisierungsideologie es schaffen sollte, eine regulative staatsinterventionistische Politik auf nationalstaatlicher Ebene durch den sogenannten „Sachzwang Weltmarkt“ wegzureden, dann ist auf unabsehbare Zeit die neoklassische angebotsorientierte Wirtschaftspolitik mit allen sozialen Konsequenzen alternativlos festgeschrieben.

spw

#### Literatur:

- Altwater, Elmar / Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung – Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996  
 Bruch, Michael / Krebs, Hans-Peter: Unternehmen Globus – Facetten nachfordistischer Regulation, Münster 1996  
 Leibfried, Stephan / Rieger, Elmar: Wohlfahrtsstaat und Globalisierung, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 3/96  
 Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat – Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995  
 Narr, Wolf-Dieter / Schubert, Alexander: Weltökonomie – Die Misere der Politik, Frankfurt a. M. 1994  
 Reich, Robert: Die neue Weltwirtschaft – Das Ende der nationalen Ökonomie, Frankfurt a. M. 1996

## Keynesianismus, Regionalismus und Regulation

von Hermann Bömer\*

Es ist leider zur Mode geworden, die Globalismusthese des Neoliberalismus („Alle nationalen Standorte müssen sich dem Weltmarkt strikt und beinahe bedingungslos anpassen.“) und der Regulationstheorie in ihrer eher entpolitisierten Variante („Wir möchten ja gerne regulieren, können es aber nicht mehr oder nur noch in wenigen Bereichen, z.B. auf der Ebene regionaler Industriepolitik.“) gegen den angeblich dogmatischen Keynesianismus und seine letzten Bastionen, das DIW und die Memorandumgruppe, die dabei noch in einen Topf geworfen werden, zu wenden.

Die Thesen von der neuen Qualität der Globalisierung der Wirtschaft bzw. der Unternehmen, von der durch die Globalisierung induzierten vermeintlichen neuen Unfähigkeit der Nationalstaaten, ihre jeweiligen Volkswirtschaften im Sinne von Vollbeschäftigungspolitik zu regu-

lieren, sowie von der wachsenden Bedeutung der subnationalstaatlichen Regionen bei der Regulierung der sozialen und wettbewerblich-innovativen Strukturen, die die systemische Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf den Weltmärkten garantieren könne, konvergieren manchmal in seltsamer Eintracht.

#### Möglichkeiten keynesianischer Politik

1) Jan Prieue hat zwei Ansätze, die er vormalig selbst in prominenten Publikationen vertreten hat, über Bord geworfen: die Werttheorie hat er im durch den Monetärkeynesianismus Hajo Rieses ersetzt (Prieue, 1995 und 1988.), und von der Memorandum-Gruppe hat er sich verabschiedet, seitdem die Standortkonkurrenzthese auch bei einigen linken Ökonomen kaum noch aneckt. In einem ansonsten sehr anregenden Blätter-Beitrag nun „postkeynesianischer“ Provenienz vermerkt er z.B., daß die für die „konjunkturellen Schwankungen, aber auch für den Wachstumsprozeß maßgebliche Nachfragekomponente ... die privaten Investitionen (sind). Sie wirken zugleich nachfrage- wie auch angebotssteigernd, soweit es sich um Erweiterungsinvestitionen handelt. Wenn es also längere Phasen an Investitionsdynamik mangelt, dann kommt es zu einer Nachfrage- und Angebotslücke zugleich; sie macht sich nicht nur in einer Unterauslastung der Kapazitäten bemerkbar, sondern auch in einem Mangel an Arbeitsplätzen (für Vollbeschäftigung zu kleine Sachkapitalkapazitäten)“ (Prieue, 1996, S. 429).

Soweit so gut. Wo liegt das Problem? Hat der Einigungsboom 1990ff. nicht für Westdeutschland wie ein klassisches staatliches Nachfrageprogramm gewirkt, mit dem in Westdeutschland ca. eine Million neue Arbeitsplätze in kürzester Zeit geschaffen wurden? Wurden nicht als Folge dieses Nachfrageschubs völlig problemlos und blitzschnell Erweiterungsinvestitionen auch in der westdeutschen Industrie getätigt, also eine Investitionswelle initiiert, die dann allerdings schnell von der Bundesbank durch die

\* Dr. Hermann Bömer, lehrt Politische Ökonomie am Fachbereich Raumplanung der Universität Dortmund, und arbeitet in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe) mit.

Hochzinspolitik sowie durch das Umschalten der Bundesregierung auf den Konsolidierungskurs ab 1992 abgewürgt wurde? Daß die Finanzierung der Einigung – hauptsächlich durch Umverteilung in der Klasse (Sozialbeiträge) sowie durch Defizitfinanzierung statt durch Steuererhöhungen – zu kritisieren ist, ist unbestritten. Aber der Einigungsboom hat gezeigt, daß Nachfragepolitik nach wie vor wirksam ist. Es ist dann eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse, wie sie finanziert wird und in welche Programme sie fließt: in Aufrüstungsprogramme wie in den USA in den 80er Jahren, in strukturerneuernde ökologische Umbauprogramme, die 1990 leider nicht avisiert wurden, oder aber in das spezifische Programm zur Eroberung der ostdeutschen Märkte durch westdeutsche Unternehmen, das in Kombination mit der ungehinderten Zerstörung der ostdeutschen Industrie realisiert wurde. Zwar hat auch das Ausland davon erheblich mitprofitiert (was zu einem Umschlag des Leistungsbilanzüberschusses von ca. 100 Mrd. DM 1989 in ein Defizit von ca. 50 Mrd. DM 1992 geführt hat), aber warum eigentlich nicht, nachdem die BRD in den 80er Jahren permanent Krisenexport betrieben hat?

### Koordination und Regionalisierung von Nachfrage- und Angebotspolitik

Natürlich stimmt es, daß die „Globalisierung (bei Elmar Altwater der „Sachzwang Weltmarkt“, H.B.) ... die staatliche Intervention im Alleingang objektiv schwerer macht“ (Priewe, 1996, S. 427). Wenn etwas schwerer wird, heißt dies aber noch lange nicht, daß es unmöglich wird, vor allem nicht für Volkswirtschaften mit hegemonialem Einfluß wie den USA, Japan oder auch der BRD in Westeuropa. Das Negativbeispiel Frankreich 1981/82 zieht nicht, weil sich Frankreichs Wirtschafts- und Währungspolitik auch bereits damals schon im Schlepptau der BRD und der Bundesbank befand. Qualifizierte Nachfragesteuerung muß in Westeuropa heute natürlich besser koordiniert werden, und das monetaristische geldpolitische Diktat der Bundesbank, das dazu auch noch weitgehend im Vertrag von Maastricht festgeschrieben worden ist, muß gebrochen werden, wenn ein alternativer Regulationsinhalt politisch durchgesetzt werden soll. Für beides fehlt es nach meiner Meinung nicht an objektiven regulativen Möglichkeiten, sondern am politischen Willen der an der Macht befindlichen Regierungen.

Staatliche makroökonomische Intervention war natürlich auch schon unter dem Regime von Bretton Woods nicht einfach, und nur bei ganz naiven Vertretern ist Keynes nur als Nachfragetheoretiker rezipiert worden: waren die keynesianisch inspirierten großen staatlichen Infrastrukturprogramme wie der Aufbau des Autobahnnetzes, der Ausbau der Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie die massiven Förder-

programme für den sozialen Wohnungsbau usw. nicht zugleich eine massive infrastrukturelle Angebotspolitik für die flächendeckende Verallgemeinerung von Infrastruktur-Einrichtungen und Lebensqualitäten („weiche Standortfaktoren“) und damit zugleich Instrument zur tendenziellen Herstellung gleichwertiger(er) Innovations-, Produktions- und Lebensbedingungen in allen Teilräumen der BRD, wie es die Verfassung verlangt?

Natürlich muß makroökonomische Nachfrage- und Angebotspolitik unter den heutigen postfordistischen Bedingungen tendenziell anders betrieben werden: z.B. sind neben der oben bereits benannten Notwendigkeit der internationalen, speziell der innereuropäischen Koordination der Angebots- und Nachfragesteuerung die Infrastrukturen stärker unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten zu entwickeln. Daher ist z.B. die in NRW betriebene Regionalisierung der Strukturpolitik sicherlich vernünftig. Schaut man genauer hin, wird aber nicht die Strukturpolitik schlechthin regionalisiert, sondern lediglich die Erstellung der Prioritätenliste der von Land, Bund und EU zu fördernden Investitionen. Die Auswahl der

Der Einigungsboom hat gezeigt, daß Nachfragepolitik nach wie vor wirksam ist. Es ist eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse, wie sie finanziert wird und in welche Programme sie fließt.



Foto: Th. Diller (Köln)

Projekte erfolgt durch das Land, die Finanzierung aber über die vertikale Finanzverflechtung EU/Bund/Land NRW/Gemeinden. Und werden die Finanzmittel auf den oberen Ebenen gekürzt, so wird die „Regionalisierung“ zwar um so notwendiger, zugleich aber wird sie stumpfer, weil insgesamt viel weniger Projekte realisiert – weil nicht finanziert – werden können.

### Mängel industrie- und regionalökonomischer Ansätze

2) Ein anderes Beispiel unpräziser Argumentation mit problematischen Folgen: Wenn Klaus Dörre (1995, S. 150) in seinem ansonsten höchst spannenden Beitrag im ispw-Jahrbuch 1995/96 schreibt: „Auf die sich seit Beginn der 90er Jahre abzeichnende dreifache Herausforderung – Triade-Konkurrenz und Aufholen von zu Hochwertproduktion fähigen Schwellenländern, EU-Binnenmarkt und wirtschaftliche Öffnung Osteuropas mit Löhnen 'a` la Honkong just in time vor der Haustür' – waren weder Unternehmen noch Gewerkschaften vorbereitet“, dann vergißt er eine wichtige generelle Bestimmung: dieser Herausforderung ist deshalb so schwer zu begegnen, weil sie unter der politischen Hegemonie des Neoliberalismus erfolgt. Wären andere politische Kräfte mit anderen wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Konzepten an der Regierungsmacht, gäbe es wirklich andere Möglichkeiten, ihr zu begegnen.

Müßte es nicht zu denken geben, daß die Ablehnung des „Bündnisses für Arbeit“ auf der nationalstaatlichen Ebene sehr gut mit der Befürwortung des Bündnissen auf betrieblicher Ebene harmonisiert?

Es ist ein immer wieder auftretender Mangel regulationstheoretischer mesoökonomischer industrie- und auch regionalpolitischer Analysen, daß sie die Thematisierung der Variierbarkeit makroökonomischer Politik unterschlagen, vergessen oder anderen Experten zuweisen, so z.B. Göll und Schuster, die im selben Buch den Primat der Politik in ihrer Analyse hervorragend herausgearbeitet haben. Dörre aber ignoriert bzw. leugnet in seinem Beitrag diese Gestaltbarkeit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auf der nationalstaatlichen und europäischen Ebene und kommt daher zu minimalistischen Vorschlägen, die allesamt mit der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wenig zu tun haben: zu (1) gestaltender Industriepolitik und kooperativem Wettbewerb; zum (2) betrieblichen „Deal“: „Produktionsintelligenz gegen Beteiligung“ (wobei er selbst zugibt, daß dies in der Krise zu einem beschleunigten Rationalisierungsschub führt), zur (3) „Neuverortung im mehrdimensionalen Verteilungskonflikt“, zu (4) „neuen Formen von Sozialstaatlichkeit“ (wobei das inzwischen obligate „Bürgergeld“ nicht fehlen darf; vgl. zur Kritik: Prenger, F.W., 1994) sowie (5) zu „transnationalen Vertretungsstrukturen“.

Obwohl ich bis auf Punkt (4) all diese Handlungsfelder ebenfalls für elementare Bestandteile linker Politik zur Erhaltung und Modernisierung industrieller Kapazitäten in der BRD halte, möchte ich jedoch davor warnen, ihre makroökonomische arbeitsplatzschaffende Bedeutung zu überschätzen. Dörre selbst scheint dies zu ahnen, wenn er z.B. feststellt: „Selbst in ihrer humansten, direkte Beschäftigtenbeteiligung fördernden Variante handelt es sich bei den neuen Managementkonzepten um Rationalisierungsansätze, die zumindest indirekt (?), H.B.) auf Personalabbau, häufig auch auf Leistungsverdichtung hinauslaufen“ (Dörre, S. 158).

### Grenzen regionaler und betrieblicher Politik

Im Beitrag von Löckener/Underberg im selben Jahrbuch „Regionalisierung als Perspektive für das 'Produktionsmodell Deutschland'“ wird zurecht festgestellt: „Regionale Struktur- und Industriepolitik kann letztlich nur auf die Angebotsseite einwirken. Die anstehenden Aufgaben eines sozialen und ökologischen Umbaus sind jedoch nur zu bewältigen, wenn entsprechende regionale (und betriebliche, H.B.) Initiativen perspektivisch an einer Politik ausgerichtet werden können, die auf staatlicher oder europäischer Ebene die notwendige Nachfrage für ökologisch sinnvolle und nützliche Produkte in gesellschaftlichen Bedarfsfeldern fördert“ (Löckener/Underberg, 1995, S. 142). Dazu ist aber nach wie vor und mehr denn je makroökonomische Nachfragesteuerung, gesamtstaatliche Umweltpolitik und gesamtwirtschaftliche Umverteilungspolitik zugunsten der Menschen mit niedrigem Einkommen und der öffentlichen Haushalte erforderlich, worauf z.B. die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik immer wieder hinweist, obwohl ihr das den Vorwurf des keynesianischen Traditionalismus einbringt.

3) Löckener/Underberg konstatieren darüberhinaus nach einer detaillierten Analyse der vielfach gepriesenen und mit Hoffnungen regulationstheoretisch orientierter Regionalwissenschaftler überhäuften regionalen Strukturpolitik des Landes NRW ernüchternd: „Die Ebene der industriellen Beziehungen hat in der regionalisierten Strukturpolitik bisher praktisch keine Rolle gespielt“ (ebd., S. 138). Warum wohl? Weil dynamische Industriesoziologen sich dieser Aufgabe noch nicht ernsthaft genug zugewandt haben? Kann es vielleicht auch daran liegen, daß sich das Privateigentum nicht in den Kernbereich seiner Eigentümergeit hinein regieren lassen will, daß z.B. kooperativer Wettbewerb aus Angst vor späterer feindlicher Übernahme abgeblockt wird usw.? Wie kann man das Bündnis für Arbeit auf der regionalen und betrieblichen Ebene befürworten, ohne zugleich ein kooperatives Verhalten der Unternehmer und der Regierung auf den wichtigsten Entscheidungsebenen einzuklagen und zu erkämpfen? Müßte es nicht zu denken geben, daß die Ablehnung des „Bündnisses für Arbeit“ auf der nationalstaatlichen Ebene sehr gut mit der Befürwortung des Bündnissen auf betrieblicher Ebene harmonisiert (so z.B. jüngst der FDP-Generalsekretär Westerwelle)?

Auf betrieblicher und Unternehmensebene ebenso wie in den Regionen sind die gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate nicht steuerbar, sondern lediglich bestimmte Kostenblöcke sowie einige wichtige Teile der Innovationsstrukturen. Für die sich erweiternde Kluft zwischen Produktivitäts- und Nachfrageentwicklung aber ist die nationalstaatliche und zunehmend auch die europäische Wirtschaftspolitik unverzichtbar und zuständig.

### Vom Stadien- zum Schichtenmodell der Regulation

4) Für die regulationstheoretische Debatte lautet mein Gegenvorschlag daher: vom Stadien- zum Schichtenmodell der Veränderung der Akkumulations- und Regulationsregimes.

Es ist nicht viel gegen die von Dörre empfohlenen Rezepte sowie gegen die regionalisierte Strukturpolitik, gegen die Schaffung innovativer regionaler Milieus usw. zu sagen außer diesem: sie müssen in eine andere makroökonomische Politik eingebettet sein, insbesondere

dann, wenn man die Ziele Vollbeschäftigung und nachhaltiger Politik im Interesse der Erhaltung der Reproduktionsfähigkeit der Naturgrundlagen des menschlichen Lebens wirklich ernst nimmt.

Damit ist eine *Methodenschwäche vieler Regulationsstudien* angesprochen: obwohl die Regulationstheorie nicht zuletzt als Gegenreaktion auf die allzu verknöcherte kommunistische Stadien- und Schichten- und Schichtenmodelltheorie des Kapitalismus konzipiert wurde (Konkurrenzkapitalismus – Imperialismus – Stamokap, und was dann? Heinz Jung dagegen hat mit seiner These von der Variantenvielfalt des staatsmonopolistischen Kapitalismus dieses theoretische Konzept flexibilisiert und damit über weite Strecken mit der Regulationstheorie kompatibel gemacht, Jung, 1986), huldigt sie selbst einem kruden Stadiendenken: Fordismus – Postfordismus; Taylorismus – Posttaylorismus usw., statt sich – um ebenfalls ein Bild zu nennen – eines Schichtenmodells zu bedienen: fordistische Strukturen, die es im übrigen in vielen teilweise sehr unterschiedlichen Varianten gab und gibt (USA – Westeuropa; Unterschiede innerhalb Westeuropas auch zu Zeiten der sozialdemokratischen Hegemonie), bleiben auch im Postfordismus in vielen Bereichen der Gesellschaft – wenn auch in modifizierter Form – bestehen. Neue Elemente lösen ihn nicht ab, sondern treten an seine Seite, erodieren ihn zwar, aber nur partiell, werden auf die fordistische Grundschicht aufgelegt, ohne die alten völlig zu verdrängen.

Der Sozialstaat wird auch von den neoliberalen Politikern nicht abgeschafft („Kapitalismus pur“ ist daher eine irreführende Kennzeichnung gegenwärtiger Politik), sondern die Steuer- und Sozialquote soll beispielsweise in der BRD von ca. 50% (1995) auf 46% im Jahre 2000 zurückgefahren werden, ohne daß die Massenarbeitslosigkeit entscheidend reduziert wird. Dies bedeutet eine Reduzierung der Sozialhaushalte um jährlich ca. 150 Mrd. DM bei gegenwärtigen Volumen von ca. einer Billion DM, also nichtsdestotrotz eine gewaltige Umverteilung, falls der politische und gewerkschaftliche Widerstand nicht eine moderatere Politik erzwingen kann. Dennoch wird es auch nach dem Jahr 2000 einen bundesdeutschen Sozialstaat geben, der im übrigen auch weiterhin hauptsächlich auf der nationalstaatlichen Ebene reguliert werden wird.

#### Überlagerung supranationaler, regionaler und nationaler Ebene

Ein weiteres Beispiel unpräziser Analysen und Terminologien: die zunehmende Regulierungskompetenz der EU in Fragen der Handels-, Regional und Umweltpolitik verdrängt nicht etwa den Nationalstaat in Westeuropa, schon gar nicht den hegemonialen deutschen, sondern überlagert ihn. Die zunehmende Bedeutung schließlich der subnationalstaatlichen – regionalen – Ebene in Deutschland ist geeignet, wenn auch oftmals nicht willig, ihre Politik stärker an die regionalen Besonderheiten der jeweiligen Wirtschaftsstrukturen und die neuen Herausforderungen anzupassen. Diese regionale Ebene ist aus meiner Sicht übrigens nicht bzw. nicht in erster Linie die Regionsebene etwa der 15 Regionen, auf die sich die NRW-Strukturpolitik stützt – diese ersetzt im Konzept der Landesregierung eher die ca. 100 Städte und Kreise als unterste Akteure im territorialen Wettbewerb – sondern die Ebene der Bundesländer, um die uns heute fast alle an Industrie- und Umweltpolitik interessierten ausländischen Analytiker und Politiker beneiden. Die beiden be-

reits genannten Ebenen, die supranationalstaatliche EU-Ebene und die nationalstaatliche, werden durch diese dritte Schicht zusätzlich gefiltert.

Alle drei Ebenen bzw. Schichten sind heute als notwendige, für sich allein aber niemals als hinreichende Regulierungs-, Entscheidungs- und Handlungs-/Mobilisierungsebenen zu betrachten, wobei die entscheidenden Machtzentren aus der Sicht von Ökonomen i.d.R. dort liegen, wo über Geld, Steuern und Verteilung entschieden wird. Dies ist aber nach wie vor die nationalstaatliche Ebene und Arena, zumindest in Ländern, die über hinreichend große Binnenmärkte sowie über hegemonialen Einfluß in ihren jeweiligen übernationalstaatlichen Integrationsräumen verfügen, sowie die Ebene der Tarifparteien, die über die Primärverteilung der Einkommen sowie über die Arbeitszeitentwicklung entscheiden.

spw

Für die regulationstheoretische Debatte lautet mein Gegenvorschlag daher: vom Stadien- zum Schichtenmodell der Veränderung der Akkumulations- und Regulationsregimes.

#### Literatur:

- Bulmahn, E./von Oertzen, P./Schuster, J., 1995: Jenseits von Ökosteuern. Konturen eines ökologisch-solidarischen Reformprojektes im Übergang zum Postfordismus. ispw-Jahrbuch 1995/96, Dortmund
- Dörre, Klaus, 1995: Postfordismus und industrielle Beziehungen – Die Gewerkschaften zwischen Standortkonkurrenz und ökologisch-sozialer Reformpolitik. In: Bulmahn/von Oertzen/Schuster (Hrsg.), 1995
- Göll, E./Schuster, J., 1995: Rückkehr zum Primat der Politik – Spielräume nationaler Regulation und weltwirtschaftlicher Regionalisierung. In: Bulmahn, E./von Oertzen, P./Schuster, J., 1995
- Jung, Heinz, 1986: Deformierte Vergesellschaftung. Zur Soziologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD. Frankfurt
- Löckener, Ralf/Underberg, Barbara, 1995: VerSTANDORTung – Regionalisierung als Perspektive für das „Produktionsmodell Deutschland“? In: Bulmahn/von Oertzen/Schuster (Hrsg.), 1995
- Prieue, Jan, 1988: Krisenzyklen und Stagnationstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland. Die krisentheoretische Debatte, Köln
- ders, 1995: Was bleibt von Marx' Akkumulations- und Krisentheorie? In: spw Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 82, Nr. 2/95
- Prieue, Jan, 1996: Die Suche nach den Ursachen der Krise. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/1996

Nicht nur für Kölnerinnen und Kölner  
interessant:

**"... die treiben es ja auch  
zu weit"**

**75 Jahre Kölner Jusos -  
ein Sammelband**

Hrsg: JungsozialistInnen in der SPD,  
Unterbezirk Köln

170 Seiten, Format A 5, DM 9,80

Weitere Informationen und Bestellungen bei:

spw-Verlag, Fresienstr. 26, 44289 Dortmund,  
Fax 0231-402416, Tel. 0231-402410,  
E-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de

# Marktradikaler Umbau und SPD

von Michael Bauer und Richard Roth\*

Sozialabbau, Nicht-Erhöhung des Kindergeldes, Zwei-Klassen-Medizin, Abbau des Kündigungsschutzes, Reduzierung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Erhöhung der Altersgrenzen in der Rentenversicherung bei gleichzeitiger Senkung des Spitzensteuersatzes und Abschaffung der Vermögenssteuer. Das waren 1996 die Pläne der CDU/CSU-FDP-Koalition für „Mehr Wachstum und Beschäftigung“, die mit Ausnahme der Kindergelderhöhung und der verschobenen Senkung des Spitzensteuersatzes durchgesetzt wurden.

Durch Sozialabbau und fortwährende Steuererleichterungen für Unternehmen, Vermögende und „Besserverdienende“ lassen sich aber keine neuen Arbeitsplätze schaffen. Das haben nicht nur die Jahre seit 1982 bewiesen. Auch am Ende der Weimarer Republik wurde die von den Präsidialkabinetten betriebene Sparpolitik als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Behebung finanzieller Notstände verkauft. Das Ergebnis war fatal.

Gegenüber dem marktradikalen Umbau in der Bundesrepublik hat die SPD keine klare Alternative vertreten. Stattdessen hat auch bei ihr der Neoliberalismus verfangen, obwohl dessen Verheißungen durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und durch die soziale Lage der Bevölkerung Lügen gestraft wurden.

## Die Bundesrepublik nach 14 und mehr Jahren Kohl

In seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 hatte Helmut Kohl ausgeführt, daß die Koalition „ihre Arbeit in der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der

Sozialabbau, Nicht-Erhöhung des Kindergeldes, Zwei-Klassen-Medizin, Abbau des Kündigungsschutzes, Reduzierung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Erhöhung der Altersgrenzen in der Rentenversicherung bei gleichzeitiger Senkung des Spitzensteuersatzes und Abschaffung der

Vermögenssteuer. Das waren 1996 die Pläne der CDU/CSU-FDP-Koalition für „Mehr Wachstum und Beschäftigung“, die mit Ausnahme der Kindergelderhöhung und der verschobenen Senkung des Spitzensteuersatzes durchgesetzt wurden.

Auch bei der SPD hat der Neoliberalismus verfangen, obwohl dessen Verheißungen durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und durch die soziale Lage Lügen gestraft wurden.

In den Jahren 1982 bis 1985 stieg die Arbeitslosigkeit trotz eines angebotspolitischen Umverteilungseffektes von 210 Mrd. DM im Jahresdurchschnitt von 1,833 Mio. Personen 1982 auf 2,304 Mio. Personen 1985. Der Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt gelang erst, als die IG Metall und die IG Druck und Papier 1984 den Einstieg in die 35-Stunden-Woche erstreikten. Durch die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich konnten zwischen 1985 und 1989 mindestens 400.000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden.

Nach der Maueröffnung versprach der Bundeskanzler den BürgerInnen der DDR „blühende Landschaften“. Niemandem werde es schlechter gehen, vielen aber besser. Den Westdeutschen wurde suggeriert, daß der Aufbau Ost ohne Steuererhöhungen zu finanzieren sei.

Mit Ausnahme der RentnerInnen geht es in den neuen Bundesländern heute vielen Menschen schlechter. Die offizielle Arbeitslosigkeit stieg bis Ende 1996 auf 1.186.796 Personen (15,9%). Gleichzeitig belaufen sich die staatlichen Transferleistungen von West nach Ost auf jährlich 140 bis 160 Mrd. DM.

Die Steuer- und Abgabenbelastung der ArbeitnehmerInnen, die nicht zuletzt mit dem von der Treuhandgesellschaft zu verantwortenden Privatisierungsdefizit in Höhe von 255 Mrd. DM zusammenhängt, hat seither einen Höchststand erreicht. Die ProfiteurInnen der deutschen Einheit wurden dagegen schon vorab von Belastungen ausgeschlossen, indem z.B. die Vermögenssteuer im „Beitrittsgebiet“ erst gar nicht erhoben wurde.

Nach 14 Jahren Sozialabbau, Deregulierung und Privatisierung sieht die Lage in der Bundesrepublik zur Zeit folgendermaßen aus:

1. Die *Arbeitslosigkeit* hat ungeheure Ausmaße angenommen. In Deutschland waren im Januar 1997 4.658.000 Menschen ohne Arbeit. Fast 30% der Langzeitarbeitslosen sind junge Menschen unter 25 Jahren. Insgesamt fehlen mindestens sieben Millionen Arbeitsplätze.

2. Gleichzeitig ist die Zahl der geleisteten *Überstunden* enorm hoch. 1995 wurden in Deutschland allein fast 2 Milliarden bezahlte Überstunden abgeleistet. Das entsprach 4% der gesamten geleisteten Arbeitsstunden, durchschnittlich 62 Jahresstunden pro ArbeitnehmerIn. Besonders in Klein- und Mittelbetrieben sind Überstunden eine feste Größe der Personalpolitik geworden.

3. Die *geringfügige Beschäftigung* weist eine steigende Tendenz auf. Waren 1990 bundesweit noch rund 2,5 Mio Personen in solchen unabgesicherten Arbeitsverhältnissen beschäftigt, waren es 1992 bereits 3,14 Millionen. 1994 stieg die Anzahl nochmals auf über 3,6 Mio. Personen.

4. Die Verbreitung *befristeter Arbeitsverträge* hat seit 1991 vor allem bei ArbeitnehmerInnen unter 25 Jahren stark zugenommen: Im Westen stiegen für diese Gruppe die Befristungsanteile von 9,7% 1991 über 12,6% 1993 auf 15,5% im April 1994. Im Osten ist der Befund noch verheerender: Hier stieg der Anteil der unter 25jährigen von 13,0% 1991 über 16,0% 1993 auf 18,9% 1994.

5. Mittlerweile sind fast eine Million Menschen bezüglich ihres Haupterwerbs in der Grauzone der *Scheinselbständigkeit* angesiedelt, bezüglich eines Nebenerwerbs sind es weitere 1,5 Millionen.

6. In den Jahren seit der Vereinigung hat sich die *Umverteilung von unten nach oben* weiter fortgesetzt. Waren 1992 noch 73,5% des Volkseinkommens Einkommen aus unselbständiger Arbeit, sank dieser Anteil 1995

\* Michael Bauer, Musikwissenschaftler, Vorsitzender des Juso-Unterbezirks Fürth; Dr. Richard Roth, Diplom-Politologe, Mitglied des geschäftsführenden SPD-Kreisvorstands Fürth/Stadt.

auf 71,6%. Entsprechend stieg der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von 26,5% auf 28,4%.

7. Zusätzlich veränderte sich die *Verteilung des Steueraufkommens*. Während der Anteil der Lohnsteuereinnahmen mit 36,7% 1985 und 36,9% 1995 relativ konstant blieb, wurde der Anteil der veranlagten Einkommenssteuer, der Körperschaftssteuer und der Kapitalertragssteuern im gleichen Zeitraum von 16,6% auf 8,1% halbiert.

8. Außerdem waren *steigende Unternehmensgewinne* zu verzeichnen. Die Netto-Unternehmensgewinne verdreifachten sich von 64,57 Mrd. DM 1982 (durchschnittliche Steuerbelastung 29,3%) auf 218,20 Mrd. 1995 (Belastung 16,9%). Die Nettokapitalrendite hat sich zwischen 1982 (4,9%) und 1995 (11,9%) mehr als verdoppelt.

9. Zugleich hat sich die *Verschuldung der öffentlichen Haushalte* von rund 600 Mrd. DM 1982 auf rund 2.000 Mrd. DM 1995 mehr als verdreifacht. Eine verschärfte Sparpolitik, vor allem bei den Sozialausgaben, ist die Folge.

10. Die Anzahl der *EmpfängerInnen von Sozialhilfe* zum Lebensunterhalt nahm zu. Allein in Bayern hat sie sich von 159.641 Personen 1982 auf 364.100 Personen 1993 mehr als verdoppelt.

Der für die Entwicklung seit 1982 verantwortliche Bundeskanzler Kohl hätte nach den Aussagen von Franz-Josef Strauß in der „Wienerwald-Rede“ von 1976 eigentlich niemals Kanzler werden dürfen, weil er völlig unfähig sei und ihm die charakterlichen, geistigen und politischen Voraussetzungen für dieses Amt fehlten. Sollte „Rekordkanzler“ Helmut Kohl auch über das Wahljahr 1998 hinaus Regierungschef bleiben, drohen in der Bundesrepublik noch gewaltigere Verwerfungen. Die Grundzüge lassen sich bereits heute an folgenden Eckpunkten festmachen:

- Die Umverteilung von unten nach oben wird sich fortsetzen. Dies zeigen die im Januar 1997 veröffentlichten Pläne zur Steuerreform. Gerupft werden sollen damit wieder einmal die ArbeitnehmerInnen und die Mittelschichten.
- Daneben wird in Zukunft auch die jüngere Generation noch weniger zu Lachen haben. Den Zahnersatz dürfen die seit 1979 Geborenen aus eigener Tasche bzw. aus der Tasche ihrer Eltern bezahlen. Gleichzeitig wird jungen Menschen durch den zunehmenden Abbau von Ausbildungsplätzen berufliche und soziale Integration verweigert. Obwohl junge Menschen unter 25 Jahren schon heute zu den Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt gehören und vielfach der Sozialhilfe anheimfallen, wird ihre Sozialhilfeabhängigkeit bei einer Umsetzung der CDU/CSU-FDP-Koalition erwogenen Änderung der Voraussetzungen für ABM weiter steigen.



- Auch die ältere Generation wird durch die bereits beschlossenen Regelungen zur Erhöhung der Altersgrenzen, der beabsichtigten Rentenbesteuerung und einer Absenkung des durchschnittlichen Modellrentenniveaus von 70 auf 63% des Nettolohnes gewaltig geschoren und bei laufendem Einkommen millionenfach auf das Sozialhilfeniveau herabgedrückt werden.

**Tatsächliche und vermeintliche Ursachen von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau**

Glaubt man den Aussagen der Bundesregierung und anderer neoliberaler Kreise, dann ist diese Entwicklung eine zwingende Konsequenz der immer mehr um sich greifenden „Globalisierung“ der Märkte.

Zu den Ursachen von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau gehörten für den Neoliberalismus seit 1975 die starren und unflexiblen Arbeitsverhältnisse, zu hohe Löhne und überbordende Sozialleistungen. Zu seinem Repertoire zählte von Anfang an auch das Gerede von den armen UnternehmerInnen. Relativ neu dagegen ist das Gemjammer über den Standort Deutschland und über die Globalisierung der Wirtschaft.

Zwischen 1973 und 1993 stieg die Weltexportquote zwar von 12% auf 17%. Dieser Anstieg bedeutete allerdings nicht viel mehr als die Rückkehr zur Außenhandelsverflechtung vor dem Ersten Weltkrieg, zumal nach dem

„Zusammenbruch des Sozialismus“ auch diese, zwischenzeitlich relativ abgeschotteten Länder wieder voll dem kapitalistischen Weltmarkt zur Verfügung stehen.

Trotz Globalisierungs- und Standortdebatte hat die Bundesrepublik derzeit ein positives Wirtschaftswachstum und einen hohen Überschuss im Waren- und Kapitalexport – wahrlich kein Zeichen von ökonomischer Schwäche. Dank niedriger Lohnstückkosten hat die deutsche Industrie eine äußerst günstige Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt. Sie wird allenfalls durch Veränderungen der Währungsparitäten negativ beeinträchtigt.

Gemessen an verschiedenen Indikatoren geht es bundesdeutschen Unternehmen einfach blendend. Dies zeigen nicht nur der gestiegene Anteil der Unternehmergewinne am Volkseinkommen und deren gleichzeitig gesunkene Steuerbelastung.

Auch nach der Einkommensstatistik stieg das verfügbare Haushaltseinkommen von Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft zwischen 1982 und 1991 von 180,6% auf 256,6% des durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommens, während die verfügbaren Haushaltseinkommen von PensionärInnen,

BeamtenInnen, Angestellten, RentnerInnen, ArbeiterInnen, LandwirtInnen, ArbeitslosenInnen und SozialhilfeempfängerInnen stagnierten oder abnahmen.

Allerdings sanken die verfügbaren Haushaltseinkommen der Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft mit Auslaufen des „Einheitsbooms“ zwischen 1991 und 1993 von 256,6% auf 242% des durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommens. In dieser Abnahme liegt eine der Ursachen dafür, daß die UnternehmerInnenverbände Bundeskanzler Kohl nach der Bundestagswahl 1994 sogleich massive Forderungen nach Tariflohnensenkungen, Steuererleichterungen, Abgabenerlastungen im Sozialbereich und Arbeitszeitverlängerungen vorlegten. Daneben wurde die Globalisierungsdebatte intensiviert.

Die Zusammenhänge zwischen der Globalisierungsdebatte und den seit 1982 exorbitant gestiegenen und plötzlich leicht sinkenden UnternehmerInnenneinkommen sind systematisch. Karl Marx hatte schon im dritten Band des Kapitals auf folgende Punkte hingewiesen, die dem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkten:

- Der auswärtige Handel (oder die „Globalisierung“);
- Die relative Überbevölkerung (oder die Arbeitslosigkeit);
- Das Herunterdrücken des Arbeitslohnes unter seinen Wert (oder die von interessierten Kreisen allseits geforderten Lohnkürzungen);
- Die Erhöhung des Ausbeutungsgrades der Arbeit (oder die Produktivitätssteigerung und Verlängerung der Arbeitszeit).

Auch der systematische Zusammenhang zwischen steigenden Gewinnen und zunehmendem Reichtum einerseits sowie wachsender Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit andererseits wurde bereits von Marx beschrieben: „Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums [...], desto größer die industrielle Reservearmee [...]. Je größer [...] die industrielle Reservearmee, de-

sto größer der offizielle Pauperismus.“ (Marx, Kapital Bd. 1 (MEW 23), S. 637f.)

Wenngleich es sich dabei um seit langem bekannte Phänomene handelt, die der Eigenlogik der kapitalistischen Wirtschaftsweise angehören, hat die SPD auf die von der Koalition betriebene Umverteilungspolitik von unten nach oben nur halbherzig reagiert.

### SPD – „Lose verkoppelte Anarchie“ statt konsequente Interessen- und Basisvertretung

In ihrer bundespolitischen Oppositionszeit seit 1982 hat die SPD mit den Beschlüssen des Kölner Parteitages 1983 nur in einem einzigen Politikfeld, der „Nachrüstung“, entscheidende Konsequenzen gezogen und mit ihrem Nein eine klare politische Trennungslinie zur CDU/CSU-FDP-Koalition gezogen. Der neoliberale Sozialabbau wurde dagegen in zentralen Bereichen unterstützt.

*Beispiel 1:* Beim „Rentenkompromiß“ 1989 stimmten sowohl der Verhandlungsführer der SPD als auch die Bundestagsfraktion entgegen den Beschlüssen des Münsteraner Parteitages 1988 einer Anhebung der Altersgrenzen und bei vorzeitiger Inanspruchnahme versicherungstechnischen Abschlägen in Höhe von 10,6% des Rentenzahlbetrages zu. Die der Koalition abgetrotzte zeitliche Verzögerung der Maßnahmen bis zum Jahr 2012 wurde als großer Erfolg gefeiert.

Nach dem „Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz“ 1996 wird die Anhebung der Altersgrenzen von der CDU/CSU-FDP-Koalition vorgezogen und – wie bereits in den Koalitionsplänen von 1988 vorgesehen – mit den Jahren 1999, 2002 und 2005 abgeschlossen sein. Gleichzeitig werden die versicherungstechnischen Abschläge bei vorzeitiger Inanspruchnahme dann nicht mehr nur 10,6%, sondern 18% betragen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dieser Operation 1996 nicht mehr zugestimmt.

*Beispiel 2:* Beim „Pflegekompromiß“ 1994 stimmten Rudolf Scharping und Rudolf Dreßler den Kompensationsregelungen, nämlich Streichung eines Feiertages oder alleinige Finanzierung der Pflegeversicherung durch die Versicherten, zu. Dies widersprach den vorher getroffenen Aussagen und Festlegungen der SPD, nach denen die Beiträge je zur Hälfte von den Versicherten und den Arbeitgebern ohne Kompensation der Arbeitgeberbeiträge aufgebracht werden sollten. Im Ergebnis hat die SPD-Führung damit die Lasten der Pflegeversicherung überwiegend den ArbeitnehmerInnen aufgebürdet.

Daß Kanzlerkandidat Scharping bei der Bundestagswahl 1994 keinen Durchbruch erzielen konnte, braucht insoweit nicht zu verwundern. Auf die mangelnde Interessen- und Basisvertretung durch die SPD reagieren die WählerInnen seit Jahren ohnehin mit zunehmender Apathie und schwindender Wahlbeteiligung.

*Beispiel 3:* In der Debatte zur Europäischen Währungsunion hat sich offenbar in der SPD noch nicht allseits herumgesprochen, daß diese mittlerweile von der CDU/CSU-FDP-Koalition als Hebel für Sozialabbau und Deregulierung mißbraucht wird.

Die Skepsis der Bevölkerung gegenüber der Währungsunion ist berechtigt. Bereits durch die an blank liberalistischen Kriterien orientierte Realisierung des europäischen Binnenmarktes 1992 ergaben sich z.B. in der Bauindustrie erhebliche Verdrängungseffekte, weil regulär beschäftigte ArbeitnehmerInnen durch billigere ArbeitnehmerInnen aus anderen EU-Staaten ersetzt werden konnten.

Anstatt entschieden darauf zu drängen, mit der Währungsunion die Sozialunion und die politische Union durchzusetzen, reden Teile der SPD entweder den Neoliberalen nach dem Munde oder verfallen in dumpfen Euro-Skeptizismus.

Anstatt Problemlösungsperspektiven anzubieten und entschieden darauf zu drängen, mit der Währungsunion die Sozialunion und die politische Union durchzusetzen, reden Teile der SPD entweder den Neoliberalen nach dem Munde oder verfallen in dumpfen Euro-Skeptizismus.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 1994 wurde die SPD als „lose verkoppelte Anarchie“ beschrieben, in der die meisten bloß ihren unmittelbaren, persönlichen Neigungen und Interessen folgen. Dies zeigte sich 1995 auch bei den nicht enden wollenden Attacken von Gerhard Schröder und Heide Simonis gegen Rudolf Scharping und von Albert Schmid gegen Renate Schmidt. Die permanenten Angriffe wurden zunehmend als profilneurotisch und parteischädigend empfunden. Sie führten schließlich dazu, daß Oskar Lafontaine auf dem Mannheimer Parteitag 1995 zum neuen SPD-Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Er kündigte sogleich an, daß sich der politische Gegner nunmehr „warm anziehen“ müsse. Doch daraus wurde zunächst recht wenig.

Eine Wende zur Interessen- und Basisvertretung trat erst ein, als die Gewerkschaften 1996 zu Demonstrationen gegen den Sozialabbau der Regierung Kohl aufrufen, an denen sich am 15. Juni in Bonn 350.000 Menschen und am 11. September in fünf bundesdeutschen Großstädten weitere 250.000 Menschen beteiligten. Am 1. Oktober kam es zu spontanen Arbeitsniederlegungen von 140.000 ArbeiterInnen in der Automobilindustrie gegen eine Umsetzung der gesetzlich beschlossenen Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. In Nürnberg wurde die Stimmung von den Streikenden auf folgenden Nenner gebracht: „Wir haben jahrelang zuviel geschluckt – jetzt reicht es!“

**Klare Aussagen und Handlungsstrategien für die Zukunft**

Nach repräsentativen Umfragen hielten 1996 drei Viertel der Bevölkerung das „Sparpaket“ der Koalition für sozial unausgewogen. Wenn die SPD bei der Bundestagswahl 1998 eine regierungsfähige Mehrheit erreichen will, muß sie den größten Teil dieser Menschen auf ihre Seite bringen.

Dazu braucht sie klare inhaltliche Aussagen und Handlungstrategien, die an den sozialen Verwerfungen anknüpfen, den Neoliberalismus bekämpfen und der „Globalisierungsfalle“ ein schnelles Ende bereiten. Der strategische Gegenentwurf muß folgende Eckpunkte umfassen:

- Eine Umverteilung von oben nach unten durch eine entsprechende Steuer-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Das ist angesichts der hohen Gewinne und steigenden privaten Vermögen nicht nur möglich, sondern zwingend geboten.
- Die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung durch Verkürzung der Arbeitszeit und den Abbau von Überstunden. Die SPD war hier schon einmal weiter, als sie im Berliner Grundsatzprogramm 1989 eine Regelarbeitszeit von 30 Wochenstunden mit differenzierten Lohnerhöhungen beschloß. Letzteres bedeutet auch eine Stärkung der Massenkaufkraft und der Binnennachfrage
- Der Eintritt in die letzte Stufe der europäischen Währungsunion muß von einer demokratisch fundierten politischen Union und dem Ausbau der sozialen Dimension abhängig gemacht werden. Die mit der Einführung des europäischen Binnenmarktes eingetretenen Nachteile für die ArbeitnehmerInnen und den Sozialstaat dürfen sich

nicht noch weiter verstärken. Sonst droht der europäische Gedanke zu scheitern.

- Als Gegengewicht zur Internationalisierung der Wirtschaft muß eine effektive Internationalisierung der Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen erreicht werden, damit sie von den transnationalen Konzernen und den Regierungen der einzelnen Länder nicht ständig gegeneinander ausgespielt werden können.

Wenn ein solches wirtschafts- und sozialpolitisches Leitbild den WählerInnen positiv vermittelt werden kann, dann wird die SPD das zu leisten vermögen, was ihre ureigenste Aufgabe ist: für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen, und zwar an der Regierung.

Dafür ist allerdings die Wiedergewinnung der Kampagnenfähigkeit nach innen und außen dringend notwendig, um die derzeitige neoliberale Diskurshegemonie aufzubrechen und die gesellschaftliche Meinungsführerschaft zu gewinnen. Glaubwürdig wird die SPD nur dann sein, wenn eine klare Koalitionsaussage für Rot-Grün als einziges wirkliches Reformbündnis den Gerüchten um eine große Koalition baldmöglichst ein Ende setzt. Die „Enkel“ sollten sich fragen, ob das bisherige Taktieren nicht die seit Jahren zunehmende Wahlenthaltung und den wachsenden Mitgliederschwund nährt. spw

Glaubwürdig wird die SPD nur dann sein, wenn eine klare Koalitionsaussage für Rot-Grün als einziges wirkliches Reformbündnis den Gerüchten um eine große Koalition baldmöglichst ein Ende setzt.

erscheint  
im  
April!

spw-Verlag,  
Dortmund,  
164 Seiten,  
19,80 DM

Mit Beiträgen von: Hans Günter Bell, Norbert Burger, Steffi Gerszewski, Hans G Helms, Marion Hering, Dieter Krämer, Stefan Krätke, Ute Krüger, Matthias Linnekugel, Volkmar Schultz, Joachim Schuster, Eckhart Seidel, Carsten Sieling, Cornelia Tausch, Marc Wißmann, Stefan Zimkeit und Christoph Zöpel.

Hans Günter Bell, Andrea Nahles (Hrsg.)

**Vor dem Kollaps ?**



Die Zukunft der großen Städte

Gesellschaftliche Entwicklungen und Umbrüche machen sich zuerst in den Städten bemerkbar und setzen sich dort zuerst durch. Wie in einem Brennglas sind hier die Entwicklungstendenzen der Gesellschaften zu beobachten.

Die Themen sind: Die verbaute Zukunft der großen Städte; Mobilität von Frauen; Armut in den Städten; Stadterneuerung; Metropolenkonkurrenz; Internationale Bauausstellung Emscher-Park; Bodenmarkt und Stadtentwicklung; kommunale Finanzen; Wohnen; Ökologische Stadt der Zukunft

# Zwei, die sich Kommunisten nannten, feiern Geburtstag

Degenhardt 65/Biermann 60

von Diether Dehm\*

Besprechung zu: Wolf Biermann: „Süßes Leben – saures Leben“, 1996 Zweitausendeins; und Franz Josef Degenhardt: „Weiter im Text“, 1996 Polydor.

Der eine strebt nun, nach den offiziellen Feierlichkeiten zum 20. Jubiläumsjahr seiner Ausbürgerung und den Mediennovationen zu seinem 60., einer feinen letzten Vorstellung entgegen. In der ersten Reihe Arm in Arm die schwarzen Witwen Kohl und Brandt, der Zentralratsvorsitzende Michel Friedmann, Sohn Kirch nebst seinen geschäftsführenden Mitgesellschaftern Markwort und Aust, BND-Ehrenpräsident Gauck, dahinter was sonst an Politikaste von rechts bis halblinks einst Rang und Namen vertrat. Die haben ihn gerade – bevor sein Sarg ganz abgesenkt sein wird – zum Jahrtausend-Wende-Lyriker „aller Deutschen“ hochgelobt. Auf eine angemessenere Nachwelt und andere Hommagen hatte Biermann nicht länger warten wollen. Nun tun's die eben auch. Daß sie ihn bei seinem Begräbnis als ihren „geistigen Weggefährten“ einverleiben dürften, macht ihm die Sache vielleicht heute schon etwas mulmig. Das nimmt er dann aber in Kauf. Billigend, weil: ganz falsch isses ja auch nicht. Besonders mit seiner letzten CD.

## Was bleibt und wer wird trauern?

Seine Beerdigung dürfte sich Franz-Josef Degenhardt – gefolgt von den Magermeldungen zu seinem 65. kürzlich – allenfalls ausmalen

Seine Beerdigung dürfte sich Franz-Josef Degenhardt allenfalls ausmalen mit ein paar Unverbesserlichen, DKPlern, Stamokap-Asos und anderen, die noch Originale aus „Nackt unter Wölfen“ persönlich gekannt hatten. Sie werden seine Ausdauer loben.

mit ein paar Unverbesserlichen, DKPlern, Stamokap-Asos und anderen, die noch Originale aus „Nackt unter Wölfen“ persönlich gekannt hatten. Sie werden seine Ausdauer loben. Ob es aber wirklich eine Nachwelt gibt, die ihn, den Nager und Beisser, als bedeutenden Künstler herausfinden wird, ist das Risiko, das diese, die „unentbehrlich“ sind (im Brechtgedicht), eingehen müssen.

Wenn Leonhard Franks These zutrifft, daß Hysterie das für den Künstler ist, was dem Schuster sein Leder, hätte Degenhardt schon hier die schlechteren Ausgangskarten gehabt. Hinzu kommt, daß Biermann früh – während sich Degenhardt nur selfmade in der Juristen-Freizeit an Villon und Brassens üben konnte – im Umfeld des innovativsten Welttheaters, beim Brecht-Ensemble, bei Weckwerth, Weigel, Besson, Dessau, Bunge, professionell ausgebildet und staatlich gefördert wurde. Dort, wo damals rigoros an neuen Techniken gearbeitet wurde, die Kapitalverwertung als Bewegungen der Seele ästhetisch angemessen in Theater und Songs zu fassen. („Brecht hat bis zum Schluß weitgehend die Auffassung beibehalten, in der Form eines Jambus sei nicht über Geld zu sprechen. Und schon zur Dramatisierung einer simplen Presstenotiz reicht die dramatische Technik von Hebbel und Ibsen bei weitem nicht aus.“ Hans Mayer)

Zusätzlich, und quasi qua Muttermilch, hatte Emma Biermanns Sohn Karl-Wolf durch Bücher, Familiengespräche, Universität, unmittelbares Zuhören bei bedeutenden Widerstandskämpfern wie Eisler, Havemann usw. den zunächst leichteren und frühen Zugang zur höchstentwickelten zivilisatorischen Philosophie, zum Marxismus. Also alle Voraussetzungen, mitzugestalten an einem postnaturalistischen, einem *dialektischen* Realismus, an frischen Brechungen in Persiflage und Hymne. Und an Balladen, die ökonomische Basisverhältnisse durchs seelische Material schimmernd erkennbar machen. Also an einer qualitativ weiterentwickelten Literatur der Aufklärung.

## .... nur Krampf im Klassenkampf!

Dagegen gelangte Degenhardt nicht so spielerisch leicht („Wir nannten uns zum Spaß Kommunisten“, sagte Biermann kürzlich) an die marxisti-

schen Dechiffrierschlüssel zur Geschichte. „Zwischentöne sind nur Krampf im Klassenkampf“ tönnte er 1968 falsch und flach. Und – analog zum anderen linkssektiererischen Formulierungstalent Hermann Gremliza – befeixte er höhnisch den „historischen Kompro-Mies“, wenig um die mühevollen Radikalität wissend, die diese Herausarbeitung der Interessenkongruenz der allermeisten Arbeitenden – Lohnabhängigen und Selbständigen – im Parteienbündnis bedeutet. Gegen die wenigen aber hochpotenten Groß-Kapitalverwerter, die die Grundlagen des menschlichen Arbeitens und sonstigen Lebens immer atemberaubender vermarkten.

Wenn er auch damals vielleicht nicht so vermessen war, sich klüger zu wähnen als alle Gramscis, Togliattis und Berlinguers, so fiel dem Kleinbürger Degenhardt ein antimonopolistischer Abschied von der links liebgewordenen Kultur-Arroganz und Überregulationsschikanen gegen das Kleinbürgertum mindest so schwer, wie dem Kleinbürger Brecht. Hier noch lohnte sich Biermanns Vorsprung. Der hatte seinen Bloch von Havemann gelernt: „Kampflos, Genossen, habt Ihr das Kleinbürgertum dem Faschismus überlassen.“ (Was nicht ganz stimmte: die Genossen seit Levi bis Fischer/Maslow und Thälmann hatten den Nazis die Hasen gehörig mit in die Küche getrieben. Brechts Platitüden gegen Thomas Mann, Leo Tolstoi und Lukacs in der „Linkskurve“ spiegeln das KP-Sektiererium literarisch.)

Die Groß-Kapitalverwerter, deren Hausbanken trotz „Adolf-Hitler-Spenden“ 1933 und davor sowie Mehrwert durch das Cyclon B der IG Farben sämtliche Kriegsverbrecherprozesse unangetastet überstanden hatten und so in der BRD ihre eigenen Rechtsnachfolger wurden, als Hauptfeinde von Arbeiterschaft und Kleinbürgertum auszudeuten, war zwar tibetanische Pflichtübung der Stamokap-Theorie, wurde jedoch von der linkssektiererischen Enteignungspraxis stalinistischer und post-stalinistischer Staats- und Parteiformationen zur bloßen Bündnis-Gestik degradiert: eine echte Volksfront hat es bis heute nie gegeben! (Sozialdemokratische Praxis war gegen die Mittelschichten nur weniger rabiat: zu den Chefs und/oder Betriebsratsfürsten von Konzernen und Großbanken fühlten sich SPD-Obere auch

\* Dr. Diether Dehm, Songautor, Bundesvorsitzender der AG Selbständige/Unternehmer in der SPD, Mitherausgeber der spw

stets mehr hingezogen, als zum „spießigen“ Kleinbürgertum, der wehrlosen Hauptquelle der Einkommenssteuerzahler. „Proletkult“ war auch eine der verdrängten Gemeinsamkeiten von SPD und KPD!) Es blieb in der gesamtdeutschen Linken bei Scharmützeln mit dem Kleinbürgertum statt antimonopolistischer Strategie; gegen das Kleinbürgertum sektierisch, opportunistisch gegen das Großkapital! Degenhardt hat sich dem parteipolitisch kaum versagt. Seine Balladen hingegen malen liebevolle Skizzen von kleinbürgerlichen Existenzen und Widersprüchen: vom Bauernführer Joss Friz, zur roten Kneipenbesitzerin Mutter Mathilde bis Schulten-Rudi, dem KP-Taubenzüchter. Diese Lieder sind objektiv Baumaterial des historischen Kompromisses, des antimonopolistischen Bündnisses, einer noch nie wirklich gebornen und nimmertoten Volksfront-Strategie.

**Kauziger Protest ...**

Degenhardts politischer Standort wurde stets in der Negation, der Persiflage, deutlicher. Zunächst stiftete sein absonderlich kauziger Sarkasmus den Begriff: *Protestsong*. Gespenstische Ausmalungen finden sich auf allen seinen 25 LPs. In deren Zentrum: Kaputtgemachte versus kalte Profitrechner, Yuppies und andere Kapitalverwerter.

Heute wächst zusammen, was zusammengehört, als hätte er's früh geahnt: Liberale und Faschisten, eine neue Bündnisformation auf der Basis rigorosester Deregulation, Gewerkschaftsfeindlichkeit, Privatisierung und so Ent-Zivilisation – der freiheitliche Rep Haider, der marktliberale Berlusconi mit MSI-Fini. In Degenhardt-Songs (z.B. „Wildleder-Mantelmann“, der Ballade von jenem Yuppier, der von Großstädten auf dem Meeresgrund schwärmt) ist das Bündnis Faschisten & Liberale für Deutschland vorzuschmecken, dem nur mit historischem Kompromiß beizukommen sein wird. (Wer sagt, daß Stoiber nie Kanzler wird?)

„Weiter im Text“ heißt Degenhardts neueste CD. Ein epischer Lied-Monolog bringt am Anfang gleich einen Hauch prebellizistisch-bleierner Zeit, wie sie dem „Zauberberg“ zugeschrieben wird: „bis er dann rotweinvoll lächelnd einschläft im Sessel vorm Fernsehschirm .../ ... wenn es das nochmal gäbe/ ... wirkliche Barbarei so wie in Rußland ...

mitten im piefigen prassenden Westeuropa/ aber diese Normalität/ diese Harmlosigkeit ...“

Degenhardts parteiliche Propaganda blieb oft gesungener Essay, strategisch zudem meist kurz gegriffen. Seine skurril-kauzigen Figurengewächse, auf denen er die deutsche Nachkriegsgesellschaft spiegelt, seine beißend sarkastischen Balladen sind dagegen seit „Väterchen Franz“, „Dem alten Notabulum“ und „Wenn der Senator erzählt“ unübertroffen:

„Wer hätt' denn gedacht: es sind die War-Lords/ längst schon wieder über den Fluß/ und endlich erlöste Friedensfreunde/ bieten ihnen den Schulter schluß/ ... Die toten Ahnen, die bleichen Gerippe/ kriechen aus ihren Gräbern hervor/ gestützt von jungen, strahlenden Helden/ körpergestylt und Handies am Ohr .../ beim Börsen-Gekreisch, den leisen Geschäften ...“ (aus dem neuen Lied: „Geht's nicht auch so?“)

Einen Text des Jahres 1155 hat er sich vorgenommen und zu einem aktuellen Liebeslied gemacht: „Herrgott nochmal, komm bloß zurück/ ich brauche Dich, mein Unglück.“

Auch Stilleben enthält die CD, vergiftet wie dieses: „Milchkannen-Scheppern und Hausflur-Geflüster/ und Tratschen und Fluchen über den Zaun/ und Spatzengeschilpe und Pferdegetrappel/ und Lachen und Weinen und Lachen der Frau/ und Mauersegler schrill'n in den

Abend/ in die lauretanische Litanei/ aus Sankt Marien klirren Fanfaren/ ein Zug der HJ zieht da extra vorbei/ die Mädchen im Hof leiern Abzählreime/ Marikka Röck plärrt im Radio/ aus Viehwaggons diese Rufe und Schreie/ und Tauben gurrn, eine Tür schlägt zu ...“

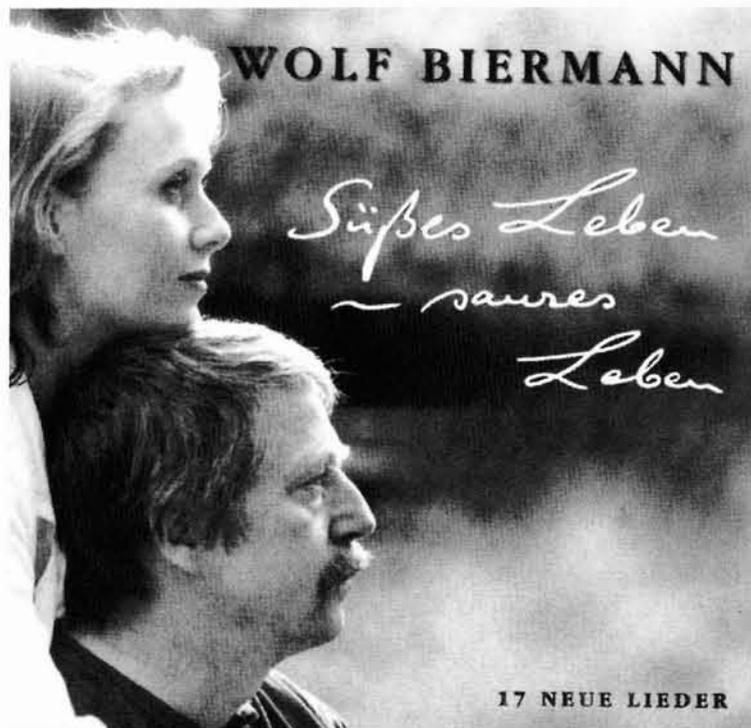
**... und eloquentes Schweigen**

Seine früheren Protest-Themen tippt auch Wolf Biermann auf der CD „Süßes Leben – saures Leben“ an. Beispiel AKW: „es glänzte im letzten Licht/ die goldene Kuppel von Brokdorf/ da küsste sie mein Gesicht ...“ Mehr nicht! Nur Schweigen: „sie schwieg ... ich schwieg ihr was über die Welt“. Was will uns der Dichter damit schweigen? – in den Zeiten des Castors.

Beispiel Portugal: „Dunkeläugige, schlanke Frau/ mit ihren weitgeschwungenen, schmalen, schwarzen Augenbraun“ Und noch etwas Kolonialismus-PR: „Columbus segelte bis nahe ran/ an den großen Tellerrand/ mit seinen salzgegerbten, weiberlosen Männern ... kein Schwanz an Bord hat noch geglaubt an Wiederkehr.“ (Dabei war das persönliche Risiko Columbus' allenfalls ein kurzzeitiges Zwischenfinanzierungsloch vor dem Absegeln.) Einst trat Biermann mit „Grandola“ auf. Was ist aus Jose Afonso geworden? Und was aus Wolf Biermann!

Beispiel Frieden: der Lieder-Macher von Agit-Prop-songs wie „Sol-

*Biermann hatte alle Voraussetzung, mitzugestalten an einem postnaturalistischen, einem dialektischen Realismus, an frischen Brechungen in Persiflage und Hymne. Und an Balladen, die ökonomische Basisverhältnisse durchs seelische Material schimmernd erkennbar machen.*



dat, Soldat“ sieht in Jerusalem „Handgranatäpfelchen spitz unterm Shirt ... zwei und zwei ... anders die Butterbeerenbrüste der Frau/ wenn sie mit Knarre im Wägelchen früh/ Kindelach in die Krippe karrt ...“

Einst besang er Che Guevara, den Jesus Christus, jetzt mit der Knarre: eine israelische Siedlerin. So als ob Mütter in Bagdad nicht gleichviel Anteilnahme brauchen wie in Jerusalem.

Beispiel Klimakatastrophe: „Schweinepriester reden Bände/ prophezeien das Weltenende ...“ (Hellau&Bumbaaf!)

Beispiel Heiner Müller: „Gloster Gysi will dem Volk den König Richard machen.“ Da klappert nichts ungewollt von der falschen Seite – nein, dieser Beifall geschieht Biermann rechts.

Dabei zeigt das Lied „Legende vom Selbstmord der Inge Müller im Jahre 1966“ aber auch seine Kraft zu schönen lyrischen Bildern: „Du, ich weiß noch alles/ Fleisch und Blut und Haare und Gebeine/ ach, aus Steinen kann man/ Häuser machen – und/ aus Häusern Steine“.

Beispiel Stasi: „Petschaft“ heißt das Lied dazu. Die Normannen-Strassen-Sturm-Abteilung von CIA und Burda haben da gerade ihren Teil der „friedlichen Revolution“ erledigt. Da droht einem jungverliebten Bürgerbewegungsheldenpaar die Stasi schon wieder, diesmal aus dem Untergrund: „Unsere Stunde wird bald wieder kommen/ und Euer Stündlein, junges Glück, das kommt auch.“ Biermann, der Opfer-Posen-Junkie, hat im Entzug immer noch nicht genug Freunde an die Herrschenden verfüttert; in Biermann lebt die Stasi ewig fort. (Gefährlich, selbst wenn Gauck auch weiterhin auf Personenschutz verzichtet.)

### Der Verlust der Feinde

„Blaues Tüchlein“ heißt Biermanns Übertragung eines hebräischen Lieds, die sein gutes Handwerkszeug aufscheinen lässt. Eben auch, weil sie abseits erklingt von all seinen momentanen politischen Vorsätzen, sich bei der beherrschenden Politika-ste verfügbar zu zeigen.

Der politische Biermann hatte stets die DDR besungen. Sie war seine große Liebe. Ihre zurückgebliebene Gemütlichkeit (ein Freund vom hektischem Konsumismus und der „Zeitpiraterie“ (Alt Vater) war Biermann nie), ihre historischen Optionen (wenn auch abseits der untalen-

tierten SED-Führer), sein „drüben“ extraordinärer, optimal vermarktbarer Dissidentenstatus, mit heimlichem Info-Kanal live aus dem SED-Politbüro und als Schützling – gelegentlich rühmte er sich im kleinen Frankfurter Kreise auch mehr – von Margot Honnecker. Das alles ist ihm abhanden gekommen. Und das hat ihn sehr böse gemacht. Auf die, die das nicht verhindert haben. Sie hätte sich vor dem Liedermeister wohl tief verneigen sollen, die DDR, einmal, zweimal und vielleicht mehr. Aber nicht so lapidar zusammenbrechen! So ein-für-alle-Mal.

Degenhardt hat ganz früher auch den Realsozialismus besungen, aber das dann sein gelassen. In der Negation des Bestehenden fand Degenhardt größere Spielfreude. Just dort, wo der andere Liedermacher heute nicht mal mehr weiß, wogegen er, außer Stasi-forever-young, noch singen soll. (Gerade weil Biermann – neben Süverkrüp – die kraftvollsten Agitprop-Songs der letzten 30 Jahre schrieb – „So oder so – die Erde wird rot“, „Gorleben soll leben“ mit Heinz Brandt, lange davor „Ermutigung“, das Fragment „Die Ballade vom sozialistischen Gang“ oder „Warte nicht auf bessere Zeiten“, scheitert er jetzt daran, aus lauter Frieden mit den Kriegs- und Krisenmachern seine eigenen letzten Spuren verwischen zu wollen.)

Im windstillen Ort vor größeren Stürmen, wo Künstler nicht zualler-

erst auf breite Akzeptanz oder offiziellen Begräbnisrummel rechnen sollten, hat sich Degenhardt seinen Hauptfeind behalten. Was hätte da mit Biermanns Kenntnissen alles angefangen werden können? Degenhardt scheiterte oft im „Positiven“, in der Pro-Propaganda. Bei Biermann blieb die „Negation“, Persiflage, Sarkasmus und Ironie, eher das schwächer ausgebildete. („Oh Sindermann, Du blinder Mann“ war gewiss kein satirischer Meisterreim.) Biermann war in Wirklichkeit nie subversiv; seine ästhetischen Techniken, die förmliche Seele, waren immer besser im „Pro“. Da er aber nur noch seinen ästhetischen Techniken vertrauend um die Herrschenden herum schwänzelt, gibt es für ihn nichts mehr, wofür kraftvoll zu agitieren wäre. Übrig bleibt oft nur Gekreisch. Degenhardt liefert die stärkeren, weil subversiv gebliebenen Lieder. Zur Zeit. Zu dieser Zeit. Für eine bessere.

spw

*Gespensische Ausmalungen finden sich auf allen 25 Degenhardt-LPs. In deren Zentrum: Kaputtgemachte versus kalte Profitrechner, Yuppies und andere Kapitalverwerter.*

*Da Biermann nur noch seinen ästhetischen Techniken vertrauend um die Herrschenden herum schwänzelt, gibt es für ihn nichts mehr, wofür kraftvoll zu agitieren wäre. Übrig bleibt oft nur Gekreisch.*



Wenn heute ein vormalig eher im Verborgenen existierender Musikstil den Durchbruch in die breitere Öffentlichkeit gefunden hat, dann ist dies Dub. Nicht nur der konsumistische Hunger auf immer wieder neue Trends oder die bloße Weiterentwicklung einer audiophilen Erlebnisgesellschaft steht hinter dieser Entwicklung, dazu sind Tradition und Gegenwart der Dubmusik zu vielschichtig. Wenn auch der Begriff (noch?) nicht in aller Munde ist und eher Musikstile wie Techno oder House als innovativ diskutiert sind, kommt Dub gerade unter progressiv-gesellschaftlicher Perspektive eine interessante Bedeutung zu: Während Jugend sich scharenweise vom politischen Krisenmanagement im bürokratischen Dauereinsatz abwendet, steht nach dem Verlust gesellschaftlicher Visionen der Dub als ziemlich letztes Bollwerk für eine humane Zukunft im eisigen Wind des global Sourcing. Was könnte das Geheimnis sein?

#### Sprachrohr der Unterdrückten

Dub transportiert die Werte von Honesty und Credibility in einer besonders authentischen Weise, steht damit dem realen politisch-gesellschaftlichen Geschehen unserer Tage unversöhnlich gegenüber. Vielmehr realisieren die KünstlerInnen mit ihren Klangwelten eine Hightech Zukunft auf humaner Basis.

Fangen wir vorn an: Dub entstand seit Ende der 60er Jahre auf Jamaika. DJs wie Lee Perry, Jah Stitch oder King Tubby trennten mittels Zweispur-Technologie Reggae-Songs in rhythmische Grundlinie einerseits, und Gesang sowie Leadinstrumente andererseits. Durch diesen technischen Kunstgriff konnten beide Spuren getrennt abgemischt werden. Die Künstler veränderten die Songstrukturen deutlich; durch den wenig sparsamen Gebrauch von Hall und Echos sowie einer besonderen Betonung von Bass und Drums bekam die Rhythmusgruppe gegenüber „normalem“ Roots-Reggae eine nochmals gesteigerte Bedeutung. Auch möglich: Der DJ fügte den Grundbeats eigene Vocals („toasting“) oder irgendwo aufgenommene Geräusche hinzu.

Der Singlesaufleger, sein Mikro und zwei Kofferplattenspieler wurden so zum sog. „Soundsystem“. Mit dieser Art fahrenden Disco ging es dann durch die armen Vororte von Kingston, Jamaika, der Heimat der Rastafari. Die Songs kündeten von einer von der weißen Herrschaft befreiten, besseren Zukunft für die entwurzelten Nachfahren der Sklaven.

Vorteil dieser Weise der Musikproduktion: Der Produzent (= DJ) mußte nur einmal Gage für die Interpreten aufbringen, das Produkt und damit die Basis für beliebig viele Dub-Mixes waren sein. Gute dreißig

## „Dem Guten, Schönen, Wahren“<sup>1</sup>

Wertorientierungen in der Popmusik und gesellschaftliche Praxis am Beispiel Dub

von Georg Schulze \*

Jahre musikalische Entwicklung und eine mikroelektronische Revolution weiter sind die Voraussetzungen für die Entfaltung dieser Logik des „Profits durch Erfindung“ (Kevin Martin, nach Christian Storms, Spex 12/96) freilich andere.

#### „Dub Infection“

Nun sind die Verwender der Dubtechnologie („Dubbing“) allerorten zu finden. Die Mittneunziger Diskofavoriten Trip-Hop und Jungle sind ohne Dubs nicht denkbar, Fusionen mit Blues, Rap und Hip-Hop bestehen ebenso wie in die Welt des Techno und die der deutschen Popintelligenzia post Can und wer weiß wohin noch. Reggae findet sich hier oftmals nur noch in mikroskopisch kleinen Spuren, aber die Technik des Dubbing verbreitet sich zur Zeit immer schneller in alle Bereiche der Popmusik. Angesichts der Entwicklungen ist es wohl kaum übertrieben zu sagen, daß Dubbing eine grundlegende Technik in der aktuellen Musikproduktion geworden ist, deren Bedeutung noch zunimmt.

Wirkliche Megaseller mit Dub-Essenzen sind derzeit zwar nur wenige Acts, ganz vorn dabei aber etwa Rockers HiFi, deren letzte LP „Mish Mash“ selbst im Jahresrückblick der „Kultparade“ des insgesamt eher kommerziell orientierten Senders 1LIVE (vorm. WDR 1 und inzwischen größter expliziter Jugendsender der Republik) Platz vier erreichte. Das Fachblatt „Spex“ sprach gar vom „Album der Herbstsaison, auf das sich alle Fraktionen werden einigen können“ (Hans Nieswandt, Heft 9/96). Nicht schlecht für zwei eher vierzig- als dreißigjährige DJs aus Birmingham, die im Jahr zuvor wirklich noch nicht sehr berühmt waren.

*Nur noch 15% der Bevölkerung zwischen 13 und 29 Jahren haben Vertrauen in politische Parteien (FR, 20.11.96). Offenbar bleibt für die meisten angesichts der herrschenden Verhältnisse nur ein kopfschüttelndes „Das gibt’s doch gar nicht“ (Der Wolf, 1996) – und die Abwendung von der Politik.*



Dub Warriors

\* Georg Schulze lebt in Bochum und ist Mitglied der spw-Redaktion.

Doch sind Shooting Starts in dem Geschäft auch nicht gerade selten; erstaunlich wird die Angelegenheit dann, wenn versucht wird, das Wesen, welches die „Dubnology“ ausmacht, etwas näher zu bestimmen.

### Dubnology und Rechnerleistung

Und hier beginnt schon das Mysterium Dub, der „geheimsten aller Black Secret Technologies“ (Ralph Christoph, Spex 11/96). Von Geheimwissenschaft ist die Rede immer, von „ewigem Widerstand“ und „Verpflegungs Vibes für den Freiheitskampf“ sogar (Hans Nieswandt, Spex 10/96).

Eine heute nahezu unbegrenzte Anzahl von zur Verfügung stehenden und zu mixenden Spuren korrespondiert mit den Möglichkeiten mikroelektronischer Samplings<sup>2</sup> und Klangerzeugung. Insofern scheint erst mit dem Preisverfall von Rechnerleistung der letzten Jahre die technologische Grundlage für eine volle Entfaltung von Dub existent. Denn ökonomischer Träger war auch bei dieser Innovation im Popbereich der weniger finanzstarke Underground abseits der Major Labels.

Besonders verdienstvoll etwa das Londoner Label „On-U Sound“ des Produzenten Adrian Sherwood. Mit mittlerweile klassischen Acts wie Dub Syndicate oder Bim Sherman kann On-U wohl als Nucleus für den europäischen und insbesondere britischen Boom des Dub gelten. Der freilich stößt aufgrund kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten auch wieder an künstlerische Entwicklungsgrenzen: „In a new era for musicians where digital media allows for the transfer, preservation and transportation of sounds and noises in a way beyond the wildest dreams of even the most recent generations of musicians, we feel that the concurrent development of the ‘music business’ has detracted from the free transfer of ideas now available. As musicians get freer, the laws regarding them and their works seem to get more archaic. To institute a change in perspective in this area we have assembled for our latest work, a soundpool“ (Ziontrain, 1996). In diesem „Soundpool“ werden nun Sounds gesammelt, von verschiedensten KünstlerInnen, darunter auch Menschen aus der Vorhut der Dubnology, produziert und an den „Rechten“ der Plattenfirmen vorbei nutzbar gemacht.

Was ansonsten sicher unbezahlbar würde, wird durch solcherart Kollektivismus gegen die Profitwirtschaft gleich doppelt political correct: Die Scheiben der einschlägigen Dublabels liegen im Preis meist deutlich (bis zu 25-30%) unterhalb der Produktionen von Sony, Geffen und Co.

### Raum und Zeit

Historisch auf dem Reggae basierend, trägt Dub typische musikalische wie inhaltliche Elemente dieses Stils in die Gegenwart und Zukunft. Mittlerweile werden die Dub-Tracks etwa von Lee Perry oder Dub Syndicate bereits wieder von einer neuen Generation von KünstlerInnen remixed, so daß hier ein ewiges Weiterleben, eine weitere Überlieferung in neuer Form entsteht (vgl. Dub Syndicate, 1996).

Und so sind die eindrucksvollsten Tracks regelmäßig die, welche stark auf dem Off-Beat<sup>3</sup> des Reggae und seinen dominanten Basslinien basieren. Über treibenden Riddims<sup>4</sup>, welche Hosenbeine schlackern lassen, werden in mehreren Schichten verschiedenste Effects, Samplings, Instrumentalparts, Vocals gelegt. Was entsteht, ist ein Klangerlebnis, welches übliche Hörgenüsse doch etwas blaß dastehen läßt und über das sich sogar Katzen andauernd wundern.

Entstehen durch exzessive Nutzung von Hall- und Stereo-Sounds schon virtuelle Räume, so können diese (zusätzlich) durch die Verwendung weltweiter Musikeinflüsse wahrlich grenzüberschreitenden Charakter erhalten. Anders gesagt: Wenn der britische DJ The Rootsman schon kulturell in Kingston und London verwurzelt ist, wird dies durch Einbeziehung von Sounds aus Marrakech und Luxor zum endgültig globalen Act (The Rootsman, 1996). Fetzen, aufgefunden im Globalen Dorf, mit entsprechender Technologie genutzt zur Kreation von Neuem.

Neben der Überlieferung musikalischer Historie, kommt der Zeitdimension noch eine weitere Facette zu. Die Technik des Samplings, die Möglichkeit, Sounds und Strukturen beliebig zu kombinieren und anzuordnen, überwindet Zeitmaßstäbe. Menschliche Produkte, Instrumental- und Vocalparts, als Bausteine für Neues; genutzt sozusagen als eine Art doppeltes Instrument.

Akustische Ereignisse werden so omnipräsent, Vergangenes wird

Jetztzeit und Morgen, und doch verändert sich der historische Kontext. „Let me share your vision of love and freedom – Djamiliah“ Katrin Achingers (Kastrierte Philosophen/KP) Hoffnungsäußerung aus dem Frühjahr '96 kommt als Remix-Version um den Jahreswechsel nun schon daher wie aus einer fremden (Vor-)Zeit (KP present Non Stop People). – Schon aus der Traum?

Dub zerteilt und fügt neu zusammen. Zerteilt Menschenwerk und schafft etwas ohne Grenze zwischen realem und virtuellem. Ist die oft beschworene ewige Wahrheit des Dub die, daß es keine Wahrheit mehr gibt?

### Spiritualität und Vibes

Was solcherart beschrieben wohl technokratisch daherkommt, erhält durch treibende (und spirituell überhöhte) Reggae Beats ein außerordentliches Maß an Wärme. Vibrations – auch bei den weißen Acts der Neuzeit.

Reggae, akzeptiert als musikalischer Ausdruck der Rastafaris, ist spirituelle Musik. Musik für ein Selbstbewußtsein der Unterlegenen. Ein Plädoyer für eine Trennung von der kranken Gesellschaft, der Gesellschaft Babylons. Anstelle des Fetisch Mammon treten Liebe, Einheit, Frieden, Gerechtigkeit als zentrale und gemeinschaftsbildende Werte für das Zusammenleben von Individuen – und insbesondere als solche sehen sich die Rastafari selbst. Fundamentale Glaubwürdigkeit erhält diese Orientierung durch die Absenz Schwarzer von historischer Großschuld. Großverbrechen gegen die Menschlichkeit, die Sklaverei, der Holocaust, wie Großverbrechen gegen die Umwelt: Bis heute stehen Schwarze dabei in ihrer allergrößten Zahl auf der geschichtlichen Verliererseite.

Dieses Bewußtsein erfährt nicht zuletzt durch entsprechende Thematisierung in der Musik seine Wendung in tiefes Selbst- und auch Sendungsbewußtsein: „One love, one heart, one destination“ (African Head Charge, 1993).

### Hegemonie und Befreiungskitsch

Im Dub-Reggae der 90er erfährt das sozusagen „historische Subjekt des Rastafari“ nun eine Metamorphose. Nicht mehr der Sklavenabkömmling allein begehrt auf gegen erfahrenes Unrecht, sondern mit ihm Men-

*Basis von Dub sind menschliche Produkte, egalitäre Werte und eine transparente Vermittlung derselben durch entsprechenden Einsatz von moderner Technologie. Dies stellt eine vollständig andere Ebene dar als Techno, dessen Produktions- und Erfahrungssphäre dagegen durchweg synthetischer Natur ist – aller lautstarken und medienwirksamen lovemessages der Raver zum Trotz.*



schen einer Generation, die sich um ihre Zukunft betrogen sehen kann und trotzdem nicht resignieren will. Insofern erstaunt es nicht, daß gerade in Großbritannien Dub seine größte Szene hat. Neben einer großen aus der Karibik stammenden Bevölkerungsgruppe kommt als weiterer Grund die durch den Thatcherismus und seine rigorose Deregulierung verursachte gesellschaftliche Desintegration hinzu. Dub setzt demgegenüber vollständig konträre Wertvorstellungen. Gerade nicht die derzeit hegemonial verankerte Perspektive einer Zukunft mit entfesseltem Kapitalismus und globalem survival of the fittest sind hier Perspektive:

Gemeinsam gegen menschenunwürdige Zustände, gegen ökologischen Overkill – Ort der Wahrnehmung ist Planet Earth, erfahrbar durch ein „ultraelektronisches Netzwerk besonderer Subjekte“ (György Konrad). Perspektive: Einsatz von Technologie zum Wohle von Mensch und Natur, Abkehr vom Profitprinzip. Soundtrack: Dub.

„Freedom Fighters, feel the struggle every day. Rainbow Warriors ... are united in one destiny“ (Revolutionary Dub Warriors, 1996); hart an der Grenze zum Kitsch oder darüber hinaus. Dennoch, das Ganze wird auch live in einer Art und Weise vermittelt, daß man dieser Band den Krieger in einer „world wide warzone“ (ebd.) wohl abnehmen kann.

Aber auch im Dub ist subtile Qualität gegenüber plakativem Aktionismus die dauerhaft tragfähigere Variante. So finden sich auf nicht wenigen Platten denn auch kaum

Lyrics, sie sind für die Entfaltung der „Infinite Density Of Dub“ (The Disciples, 1996) nicht notwendig. Dub wirkt weniger durch textlich-intellektuelle Brillianz, sondern mehr als künstlerisches Gesamt ereignis, ist in diesem Sinne ebenso physischer wie psychischer Natur.

#### „Ende Neu“<sup>5</sup>

„To all nations: If all would talk and then do as you have done, the sun of peace would shine forever, brothers and sisters ride on“ (Little Axe, 1994).

Dub hebt die Message der möglichen Befreiung in einer beeindruckenden Stimmigkeit mit der ästhetischen Form auf die Höhe der Zeit. Virtuelle Raum-Zeitkonstrukte erhalten im Dub so etwas wie wahre Spiritualität. Oder andersherum wird ein Schuh daraus: Emotion, positive zwischenmenschliche Beziehungen (so sei hier der Begriff Vibes einmal verstanden) und der nicht verlorengegangene Glaube an eine mögliche bessere Welt werden zum Unterbau für virtuelle und weniger virtuelle Realitäten (also auch für ökonomische Realitäten).

Ich will hier den Erkundungen, was solche Haltung für ein Einwirken auf die sich gegenwärtig vollziehende Revolution der sozioökonomischen Beziehungen konkret bedeuten könnte, nicht weiter nachgehen. Nur etwas doch noch: Verknüpft mit dem Gedanken an höchstmögliche Emanzipation und damit verbunden auch größter Selbstverantwortlichkeit des Individuums stößt ein kulturell verankertes Primat der Menschlichkeit die Türen für eine humane Entwicklungs-

perspektive noch einmal auf: Steht Reggae für die Heimkehr der Schwarzen nach Afrika, so steht Dub heute für die Heimkehr des Menschen zu sich selbst.

Doch konnte Ersteres schon nicht stattfinden, blieben die Rastas 1959 im Hafen von Kingston sitzen, aufgesessen einem falschen Prediger, weil sie naiv waren und kleine Bilder von Haile Selassie für Fahrtickets hielten, so bleibt Letzteres bei der am besten aufgeklärten Generation, die es je gab, auch nur eine vage Illusion zwischen zwei Echos. **spw**

#### Hörhinweise

- African Head Charge: In Pursuit of Shashamane Land, On-U Sound, 1993
- Dub Syndicate: Research and Development, On-U Sound, 1996
- The Disciples: Infinite Density Of Dub, Dubhead, 1996
- Kastrierte Philosophen: Where Did Our Love Go, Strange Ways, 1996
- Kastrierte Philosophen: present Non Stop People, Strange Ways, 1996
- Little Axe: The Wolf That House Built, Wired, 1994
- Div.: Macro Dub Infection Vol I&II, Virgin, 1994/96
- Revolutionary Dub Warriors: State Of Evolution, On-U Sound, 1996
- Rockers HiFi: Mish Mash, Wea, 1996
- The Rootsman: Into The Light, Third Eye Music, 1996
- Ziontrain: Grow Together, China Records, 1996

- <sup>1</sup> Amon Düül II, Phallus Dei, 1969
- <sup>2</sup> Sampling: Computergestützte Aufnahme und Reproduktion von akustischen Signalen
- <sup>3</sup> Offbeats: Betonung der Schläge zwischen den Taktzeiten
- <sup>4</sup> Riddims: Basslauf mit kurzen, prägnanten Melodien
- <sup>5</sup> Einstürzende Neubauten, 1996

*Beispiel Brasilien:  
„Mehr als 100 Jahre nach Abschaffung der Sklaverei sind Schwarze weiterhin viel schlechter ausgebildet als andere Bevölkerungsgruppen. Nur knapp 2% aller Studierenden sind Nichtweiße. Schwarze verdienen überdies durchschnittlich weniger als die Hälfte des Einkommens der Weißen. Sie sterben im Durchschnitt auch zehn Jahre früher als Weiße“ (FR, 03.01.97).*

# Priebkes willige Verteidiger und Goldhagens billige Ankläger

Rekonstruktion einer journalistischen  
Vollstreckung und Verstrickung

von Dieter Rudolf Knoell\*

Schon vor Erscheinen der deutschen Übersetzung von Daniel J. Goldhagens Buch ‚Hitlers willige Vollstrecker. Gewöhnliche Deutsche und der Holocaust‘ (Siedler Verlag, Berlin 1996) hatte sich in Deutschland eine entschiedene Abwehrfront gebildet, die versuchte, das ganze Unternehmen sozusagen schon im vorhinein zu vereiteln. Es lohne eigentlich überhaupt nicht, sich mit dem Buch zu beschäftigen, da es im Grunde ein eitles Machwerk sei, wissenschaftlich inakzeptabel, subjektivistisch, emotional, usw.

Schon die Vehemenz der Attacken läßt vermuten, daß es hier weniger um das Aufdecken etwaiger Schwächen des rezensierten oder kommentierten Buches geht als vielmehr um das Verdecken eigener Schwächen. Dem vom konservativen Kulturtheoretiker H. Lübke auch noch im nachhinein positiv bewerteten kollektiven Beschweigen der NS-Vergangenheit, das jahrzehntelang angedauert hatte, waren zwar dann Versuche einer Aufarbeitung gefolgt (angestoßen nicht zuletzt von den unbequemen Fragen der ‚Achtundsechziger‘); aber daß die Massenmorde von ganz normalen Deutschen begangen worden waren, ist gleichwohl weithin verdrängt geblieben. Kennzeichnend hierfür ist die Redewendung von den „in deutschem Namen“ verübten Taten; eine Floskel, die auch der Bundeskanzler bis heute vorzugsweise benutzt. Sie suggeriert, irgendwelche angestellten Fremden hätten das Mordgeschäft erledigt, im deutschen Namen eben, irgendwie beauftragt. Die

Deutschen jedoch hätten sich zumindest die Hände nicht wirklich schmutzig gemacht, wenn auch die Westen wohl nicht so ganz weiß geblieben seien.

## Die Subjektivität der Täter

Es ist ein Verdienst von Goldhagens Buch, daß es mit aller gebotenen Härte, sozusagen stellvertretend für die deutsche Justiz, jene zur Rechenschaft zieht, die sich nach '45 so schnell und so perfekt zu verstecken wußten, hinter dem ‚Befehlsnotstand‘, dem ‚Verhängnis‘, den ‚Zwängen des Krieges‘, usw.

Und es ist auch nicht nur legitim, sondern geradezu notwendig, die Frage zu stellen, welche ideologischen Dispositionen es ganz normalen Deutschen ermöglicht haben, mit äußerster Brutalität stigmatisierte Mitmenschen umzubringen. Und wie hätte Goldhagen dabei nicht auf den Antisemitismus als eine ‚Manifestation des Rassismus‘ stoßen sollen.

Daß viele der Täter auch ideologisch zu ihrem mörderischen Tun motiviert waren, nicht nur als willenlose Befehlsempfänger agierten, als bloße Bestandteile einer Mordmaschine, muß wohl tatsächlich erst einmal wieder in Erinnerung gerufen werden. Offenbar hat in den letzten Jahrzehnten ein Prozeß stattgefunden, in dem dies in Vergessenheit geraten ist; und es ist hierbei eine Parallellität festzustellen. Während einerseits die NS-Täter allmählich den Blicken entschwunden sind, – durch das Ende der NS-Prozesse, durch das Wegsterben der Täter, setzte sich andererseits immer stärker eine rein auf Strukturen und Institutionen gerichtete Geschichtsschreibung durch, die häufig genug nur noch sich allein als historische Wissenschaft gelten lassen will.

Hier liegt das Problematische, bezogen auf die NS-Zeit, darin, daß das rekonstruierende und analysierende Vorgehen der Wissenschaft in mancher Hinsicht allzu sehr dem ‚kalten Blick‘ jener Institutionen ähnelt, die sie untersucht. Wie vor deren Blick die Opfer sich als reale Menschen auflösten und zu bürokratisch erfaßbaren Schemen wurden, so lösen sich, von der perfekt objektivierenden Wissenschaft betrachtet, die Tätersubjekte in die Luft reiner Abstraktionen auf. Am Ende sind sie einfach verschwunden. Man könnte geradezu von einer prästabilierten Harmonie zwischen einem bestimmten Tathergang und einem bestimm-

ten Wissenschaftstypus sprechen. Doch auch jener Tathergang bedurfte, um überhaupt in Gang gesetzt, fabrikmäßig organisiert und bürokratisch verwaltet werden zu können, realer Menschen mit bestimmten Gedanken und Gefühlen. Diesen Tatbestand führt Goldhagen wieder in die Diskussion ein.

Und dies trug ihm denn auch prompt den Vorwurf ein, hier werde Wissenschaft durch Ethik verdrängt und ersetzt, erneut die Frage nach der Kollektivschuld aufgeworfen und Betroffenheit an die Stelle von Aufklärung gesetzt. Diese Argumentation ging so weit, daß im Kern die Berechtigung eines Nachkommen der Opfer bestritten wurde, den Anspruch auf wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den NS-Taten und -Tätern zu erheben.

Wissenschaftliche Objektivität sei von einem wie ihm eben nicht zu erwarten. Daß in seinem Fall intensives Aktenstudium einmal nicht zu einer subjektlosen Sprache geführt hat und nicht zu einer Haltung perfekter Teilnahmslosigkeit, scheint nun jene überaus betroffen zu machen, die Wissenschaftlichkeit eben damit zu identifizieren pflegen, – möglicherweise in Ermangelung einer gehaltvolleren Definition.

## Die Reaktion der FAZ

Neben dem Vorwurf einer unnützen Ethisierung wurde nun auch der einer unzulässigen Ästhetisierung erhoben. Dabei tat sich besonders Ulrich Raulff hervor, in seinem Artikel ‚Herz der Finsternis/Daniel Jonah Goldhagens Ästhetik des Grauens‘ (FAZ v. 16.08.96, S.27).

Raulffs Abwehrstrategie ist die, eine Ästhetisierung des Grauens zu unterstellen, welche dieses sozusagen einem perversen sensualistischen Geschmack darbietet. Goldhagens Darstellungsweise, so Raulff, „gehört einer Logik des Schlimmeren. Die Erzählung der Untaten folgt nicht der Chronologie, sondern – jedenfalls in den zentralen Kapiteln – dem Gesetz der Steigerung.“ Goldhagen tue einen „Schritt ins Schauer-geschäft“, indem er nicht davor zurückschrecke, „die Quellen der Geschichte gemäß der Ästhetik des Horrorfilms zu arrangieren“.

Die abgründige Pointe ist nun allerdings, daß damals die Untaten nicht nur, wie auch anders, der Chronologie folgten, sondern selber bereits dem Gesetz der Steigerung gehorchten (die Terrorisierung der

*Doch auch jener Tathergang bedurfte, um überhaupt in Gang gesetzt, fabrikmäßig organisiert und bürokratisch verwaltet werden zu können, realer Menschen mit bestimmten Gedanken und Gefühlen.*

\* Dieter Rudolf Knoell, Prof. für Ästhetik an der Hochschule für Kunst und Design in Halle

Juden wurde eben seit 33 immer weiter gesteigert, bis hin zu den Ausrottungsaktionen), – und daß das ‚Arrangement‘ der Realität den Opfern gewiß als Horror erschienen ist, welcher mit dem des Horrorfilms nicht gar so wenig Ähnlichkeit aufwies. Daß die grauenvolle Realität von den Tätern zumeist allenfalls noch als eine Art technologischer Sachzwang erinnert wurde, wenn überhaupt, hat wohl auch dazu geführt, daß eine positivistisch kühle Geschichtswissenschaft sich diese Sichtweise weitgehend zu eigen gemacht hat. Auch haben ja weit mehr Täter als Opfer überlebt, wodurch allein schon die Täterperspektive bessere Aussichten hatte, sich durchzusetzen.

Daß nun Goldhagen versucht, einen Blick auf die Täter zu werfen sozusagen mit den Augen der Opfer, ist nicht nur legitim, sondern notwendig. Und von diesem Blick scheint sich jetzt mancher bedroht zu fühlen.

Das Bedrohliche wurde denn auch sofort abgewehrt. In fast schon panisch zu nennender Überreaktion wurde Goldhagens Buch abgefertigt. Mit diesen Eilabfertigungen setzten sich am 15.06.96 in der FR bereits H. Loewy und A. Markovits auseinander. Die Einmütigkeit, mit der die Rezensenten es ablehnten, den deutschen Antisemitismus auch nur als „ein spezifisches Problem“ zu diskutieren, signalisiere, so Loewy, „einen Volltreffer“.

Und Markovits bemerkte: „Es als unoriginell und nicht neu abzuqualifizieren, es wie Frank Schirrmacher in der FAZ als mehr dem ‚Geschwätz‘ als der ‚Aufklärung‘ dienend abzutun, zeugt von intellektueller Trägheit und moralischer Unredlichkeit, die ich zumindest von einigen deutschen Kritikern Goldhagens nicht erwartet hätte.“ (Markovits erwähnt in diesem Zusammenhang auch den unermüdlichen Rezensenten Peter Glotz, der ja nun als Partner von Heinz Klaus Mertes für weitere Aufklärung sorgen wird.) Daß allerdings von Schirrmacher nichts anderes als intellektuelle Trägheit und moralische Unredlichkeit zu erwarten ist, kann man spätestens seit der Dokumentation seiner Fälschungen und Betrügereien, die eigene Biographie betreffend, wissen (‚Überflieger im Abwind‘, im ‚Spiegel‘ Nr. 20/96, S. 230-233).

Über H. M. Broders Rezension des Goldhagen-Buchs im ‚Spiegel‘

wiederum Markovits: „Selten las ich so voller Neid tiefende Zeilen, auch nicht bei Broders bereits zur persönlichen Marke stilisiertem Zynismus. Es ist klar: Broder kann es einfach nicht vertragen, sein Monopol als jüdisches ‚Enfant terrible‘ einem gar jüngeren, noch dazu amerikanischen Juden auch für ein paar Wochen zu überlassen. Dann muß Broder eben mit Lügen, Verleumdungen und zweideutigen Unterstellungen operieren, wie der, daß er den Vater Goldhagens, Erich, zum Interview besuchte, obwohl er ihn nur kurz telefonisch sprach.“

Einen fragwürdigen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Goldhagen-Kritik in der Rezension A. de Zayas' (FAZ v. 12.06.96): „Kein Stoff für Streit/ Goldhagens Unfug, Goldhagens Unwissenheit“. Sein Fazit: „Neu ist allein die Radikalität des Urteils, das schlechthin als rassistisch bezeichnet werden kann. Hier ist kein Stoff für einen neuen Historikerstreit.“

(Zu welchem Unfug man bereit sein und welche Unwissenheit man fingieren muß, wenn man um jeden Preis entlastende Argumente finden will, demonstrierte de Zayas in ‚Criticon‘. Baring bezog sich, ohne jede erkennbare Distanz, nahezu ausschließlich auf de Zayas' Artikel, als er am 18.09.96 für die FAZ die Kritik an Goldhagens Buch kommentierte: „Und doch: Vergangenheit, die nicht vergehen will/ Aus politischen Zeitschriften: Kritik an Daniel Goldhagen“.

De Zayas: „Aber als im Jahre 1942 etwa 130.000 Amerikaner japanischer Herkunft aus Kalifornien verschwanden und in etliche Internierungslager verschickt wurden, protestierte auch kaum ein Amerikaner. Keiner wäre auf die Idee gekommen, daß man sie ermorden würde. Und sie wurden es auch nicht. Goldhagen geht aber davon aus, daß die Deutschen, die Judentransporte sahen, notwendigerweise wissen mußten, daß man sie ermorden würde. Warum glaubt er das?“

Nun, vielleicht einfach deshalb, weil er im Gegensatz zu de Zayas weiß und auch wissen will, was man damals in Deutschland wissen oder zumindest ahnen konnte. Hitler war ja kein zweiter Roosevelt. Die ganze Parallele ist an Abstrusität kaum mehr zu überbieten. Hitler hatte sogar die eigenen Parteigenossen (Röhm & Co.) ermorden lassen, als es ihm opportun erschienen war. Und daraus, daß den Juden Schlimmstes

drohte, wurde kein Geheimnis gemacht. Wer konnte annehmen, daß für sie keine Lebensgefahr bestehe? Der Vergleich mit der Situation in Kalifornien ist so absurd, daß er von Nolte stammen könnte. Offenbar sind wir schon wieder so weit, daß an die simpelsten Unterschiede zwischen einer bürgerlichen Demokratie und einer terroristischen Diktatur erinnert werden muß.)

### Schirmachers Projektionen

Hatte man es nicht schon immer gewußt oder zumindest geahnt, daß die Juden die eigentlichen Rassisten sind? Im übrigen ist ja der ‚Stoff‘ des ‚Historikerstreits‘ alles andere als unverdächtig. Präsentiert wurde er, in Gestalt eines nicht gehaltenen Vortrags E. Noltes, in der FAZ vom 06.06.86. Und die redaktionelle Vorbemerkung arbeitete bereits, wie H.-U. Wehler hervorgehoben hat, mit fragwürdigen Informationen und Unterstellungen (Wehler, *Entsorgung der deutschen Vergangenheit?*, München 1988, S. 52). Die abstruse Kernthese Noltes (‚Auschwitz‘ als Produkt und Reproduktion des ‚Archipels Gulag‘) hat ja eben aufgrund ihrer Abstrusität und wegen der politischen Hintergründe solcher Vergangenheitsaufarbeitung den Historikerstreit ausgelöst. Goldhagen bietet nun weit eher Stoff, der ernsthafte Auseinandersetzung lohnt.

Hatte der FAZ-Herausgeber J. C. Fest Noltes abenteuerliche Konstruktionen als Stoff in sein Blatt geholt, so fällt seinem Nachfolger Schirrmacher nun die Aufgabe zu, Goldhagens Stoff mit aller Kraft draußen zu halten. Daß ihm dies nur mit größter Mühe gelingt, zeigt sein Leitartikel vom 13.09.96: „Wunderheiler Goldhagen“.

Nachdem Schirrmacher in der Münchner Podiumsdiskussion mit Goldhagen eine bemerkenswert schlechte Figur gemacht hatte (registrierbar am 12.08.96 im SWF und am 13.09. im BR), machte er sich jetzt daran, in einer Metakritik Goldhagens Erfolg in jenen öffentlichen Veranstaltungen zu erklären, deren letzte ihm selber einen deutlich wahrnehmbaren Mißerfolg beschieden hatte. Goldhagen gewissermaßen als Sieger und Schirrmacher als Verlierer, – da konnte doch wiederum etwas nicht mir rechten Dingen zugegangen sein. (Natürlich verliert er im Leitartikel kein Wort über seinen eher mißglückten Auftritt.)

Woran also hatte es gelegen? Ja nun, es waren einfach wieder die

*Daraus, daß den Juden Schlimmstes drohte, wurde kein Geheimnis gemacht. Wer konnte annehmen, daß für sie keine Lebensgefahr bestehe?*

falschen Leute gekommen, die maochistischen Deutschen nämlich. Schirmmacher: „Aber es ist die vernichtende Radikalität von Goldhagens Thesen über die Logik des deutschen Nationalcharakters, die dem, der ihnen zustimmt, einen Freispruch gewährt. Hier geht es um Psychologie, um das unaufklärbare Zusammenspiel von historischer Schuld, individueller Selbstbeziehung, Erlösungshoffnung, kurz: um das, was ein Rezensent die ‚deutsche Krankheit‘ genannt hat. In einer Diagnose voller Schwächen und Widersprüche findet Goldhagen das Krankheitsbild in einem historisch frühzeitig aufbrechenden mörderischen Antisemitismus. Manche derjenigen, die zu ihm drängten, wußten vielleicht nicht viel von der Krankheit. Aber sie wußten, daß sie geheilt werden wollten.“

Daß schon die flüchtigste Selbstbeziehung Schirmmacher Einblicke eröffnen würde, die es ihm nahelegten, jegliche Psychologie lieber zu umgehen, muß man aufgrund seines vom ‚Spiegel‘ dokumentierten (fahr-) lässigen Umgangs mit der eigenen Biographie (zumal den akademischen Qualifikationen) vermuten.

Und er hat hierzu sogar auch bereits, höchst unfreiwillig, wie es seine Art ist, den passenden Kommentar geschrieben, am 12.06.96 in der FAZ, in einem Artikel „Die wiedergefundene Titanic“: „Wir müssen uns die Geschichte unserer eigenen Verschwendungen und unseres Leichtsinns erzählen.“ Nur zu, Schirmmacher, wir warten bereits gespannt auf Ihre Enthüllungen.

Wer das Psychologische so zu fürchten hat wie Schirmmacher, neigt wohl am meisten zu Projektionen. Seine schwachen Diagnosen mögen wohl Ausdruck einer starken Krankheit sein. Zumindest muß man schon stark kurzichtig sein, wenn man Dinge liest, die gar nicht geschrieben stehen. Von einer ‚Logik des deutschen Nationalcharakters‘ ist im ganzen Buch nicht die Rede. Ein solcher wird offenbar auch nicht vorausgesetzt. Vielmehr geht es Goldhagen um eine ganz bestimmte ‚Politische Kultur‘, die vom Antisemitismus (einem zunächst ausgrenzenden und dann auch ausmerzenden) durchsetzt war. (Der spezifisch deutsche Antisemitismus bleibt dabei übrigens eher unterbestimmt.) Der so heldenhaft auf Freispruch

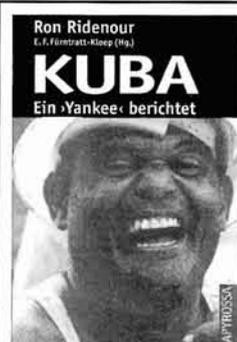
verzichtende Schirmmacher bestreitet also etwas, das von Goldhagen gar nicht behauptet wird. Was er nun, Schirmmacher, behauptet, das Goldhagen und nicht ihm mehrheitlich folgende Publikum betreffend, ist ein rechtsradikaler Topos. Die wahnhaftige Rede von der ‚deutschen Selbstbeziehung‘ ist einschlägigen Blättern zu entnehmen. Gängige Übung war nach ’45 nicht die Selbstbeziehung, sondern der sich selber gewährte Freispruch. Jeder war sein eigener Wunderheiler.

**Priebkes Freispruch durch die FAZ**

Da wir nun schon einmal bei den Freisprüchen sind, sehen wir uns einfach an, wie der letzte Freispruch eines NS-Kriegsverbrechers in der FAZ kommentiert wurde. Vielleicht ist das aufschlußreich. Hitlers willige Vollstrecker, – wie werden sie behandelt von Goldhagens unwilligen Anklägern?

H.-J. Fischer, bei dem man nicht so recht weiß, ob er nun der Mann der FAZ beim Vatikan oder der Mann des Vatikans in der FAZ ist (seine Kirchenberichterstattung läßt an tiefer Gläubigkeit nichts zu wünschen üb-

*Gängige Übung war nach '45 nicht die Selbstbeziehung, sondern der sich selber gewährte Freispruch. Jeder war sein eigener Wunderheiler.*



Ron Ridenour  
i. F. Fürststr.-Klopp (Hg.)  
**KUBA**  
Ein ›Yankee‹ berichtet

294 S., DM 29,80  
ISBN 3-89438-122-1



BEIRAT FÜR GESELLSCHAFTS- UND UMWELTPOLITISCHE ALTERNATIVEN - BEGEWUM (Hg.)  
**Wege zu einem anderen Europa**

280 S., DM 38,00  
ISBN 3-89438-124-8



Jürgen Kuczynski  
**VOM ZICKZACK DER GESCHICHTE**

Letzte Gedanken zu Wirtschaft und Kultur vor der Antike  
181 S., DM 28,00  
ISBN 3-89438-112-4



Jürgen Kuczynski  
**Geschichte des Alltags des deutschen Volkes Band 1**

1600-1650 PapyRossa  
5 Bde., 2014 S. DM 98,00  
ISBN 3-89438-191-4



Eberhard Czichon  
**Die Bank und die Macht**  
Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik

518 S., DM 49,80  
ISBN 3-89438-082-9



**DAS WEIBER-LEXIKON**

527 S., 677 Abb., DM 25,00  
ISBN 3-89438-047-0



Michael Schöngarth  
**Die Totalitarismuskonzeption in der Bundesrepublik 1990 bis 1995**

PapyRossa  
Hochschulschriften 14

159 S., DM 28,-  
ISBN 3-89438-117-5



Iris Weber  
**Nation, Staat und Elite**  
Die Ideologie der Neuen Rechten

PapyRossa  
Hochschulschriften 15

120 S., DM 24,-  
ISBN 3-89438-129-9

**PapyRossa Verlag** Petersbergstr. 4, 50939 Köln, Tel.: 0221/44 62 40, Fax: 0221/44 43 05

rig), kommentierte das Urteil des italienischen Militärgerichts im Fall Priebeke folgendermaßen (FAZ v. 03.08.96): „Aus offenbar wohlwogenden Gründen hat das Militärgericht dem Angeklagten mildernde Umstände zubilligt und auf eine Strafe für den jetzt 83 Jahre alten Mann verzichtet. Darin sehen viele das Hauptmerkmal des Urteils: nicht gegen, sondern für den SS-Offizier. Irrtum. Nicht die Lebensumstände eines alten Mannes interessieren und bestimmen die Geschehnisse der Völker, sondern die Erkenntnis von Recht und Unrecht. Deshalb wirkt die aufgebrachte Kritik an den militärisch und historisch geschulten Richtern wie das Ritual einer unaufgeklärten, überholten Moral.“

Auch der Italien-Korrespondent, bei dem es sich eher um einen militärisch als um einen historisch geschulten Kommentator zu handeln scheint, vertritt, wie sein Herausgeber, eine Aufklärung, die NS-Verbrechen nun doch lieber nicht ins hellste Licht rücken will, und eine Moral des Generalüberholens, die das deutsche Soldatentum wieder in altem Glanz erstrahlen lassen kann.

Seinem Kommentator ließ Fischer am 09.08.96 einen FAZ-Leitartikel zum selben Thema folgen: „Der alte Mann und die Schuld“. Schon der Beginn macht die Marschrichtung klar: „Darf man auf das Urteil gegen einen ehemaligen SS-Offizier nur mit Gefühlen der Empörung und des Abscheus reagieren oder auch mit kühler Vernunft.“ Man ahnt schon, welchen Part Fischer sich zugedacht hat: „Man darf es nicht nur, man muß es, wenn man nicht die zivile Kultur in Europa für die Zukunft aufs Spiel setzen will.“ Und ausgerechnet ein (eher dubioses) Militärgericht soll nun diese zivile Kultur repräsentieren. Fischer will erst gar nicht in Erwägung ziehen, daß auch und gerade kühle Vernunft (eventuell sogar gepaart mit Gefühlen) zu dem Schluß kommen könnte, dieses Urteil sei falsch.

Fischer läßt dann sogar durchblicken, daß das Priebeke-Urteil eventuell noch als zu hart bewertet werden kann oder muß. „Priebeke hatte im März 1944 bei Rom an der Erschießung von 335 italienischen Geiseln teilgenommen. Dieser klare Schuldspruch“ – der dann auf einen Freispruch hinauslief – „kann Zustimmung finden – bei denen, die sich nicht im Gestrüpp der damaligen militärischen und politischen

Umstände von Besatzung und Widerstand zwischen Italien und Deutschland, einstigen Verbündeten, verlieren wollen, und schließlich bei jenen, die ganz unabhängig von allen historischen und juristischen Erwägungen, trotz der Perversionen der Kriegslogik, daran festhalten: In der Fosse Ardeatine, in den Tuffsteinhöhlen im Süden Roms, nahe den Katakomben, ist Unrecht geschehen, haben Menschen anderen Menschen Böses angetan.“

Bei wem also kann dieser Schuldspruch, der ein Freispruch war, keine Zustimmung finden? Nun, bei all jenen (und gar so wenige dürften das nach wie vor nicht sein), die nicht schon in der SS-Mitgliedschaft ein Vergehen erkennen; bei jenen, die das Gestrüpp nicht scheuen, die sozusagen zu differenzieren verstehen; bei jenen schließlich, die nicht unabhängig von allen historischen und juristischen Erwägungen urteilen und die Perversionen der Kriegslogik berücksichtigen.

Fischer gibt uns also unmißverständlich zu verstehen: An sich hätte der Freispruch ohne einen beigefügten Schuldspruch erfolgen müssen. Der Freispruch zweiter Klasse genügt ihm und seiner Logik nicht. Der deutsche Soldat hat, in seiner Sicht, eben auch als Geiselmörder nur seine Pflicht getan. Priebeke war nun allerdings sogar recht exakt ein williger Vollstrecker im Sinne Goldhagens, denn er hat gleich noch ein paar Geiseln mehr erschießen lassen als nach der perversen Kriegslogik vorgeschrieben, und er hat sich selber am Töten beteiligt. „Soldaten sind Mörder? Nein, sie sind es nie. Das ist das Urteil, das Fischer uns, in etwas verklausulierter Form, nahelegt. Und in diesem Kontext kann auch, auf einmal, die Vergeltung vollständig ad acta gelegt werden. Kann es denn sein, fragt Fischer, „daß unerbittlich Strafe als Instrument der Vergeltung für geschehenes Unrecht verlangt wird?“ Ein immerhin etwas auffälliges Argument in einer Zeitung, die das sonst für jeden kleinen Ladendiebstahl zu fordern pflegt. Weiter Fischer: „Ist das nicht ein in der Strafjustiz sonst längst überholter, von der italienischen Verfassung abgelehnter Grundsatz? Kann man die Befriedigung des menschlichen Rechtsbedürfnisses an die Lebensumstände nun sehr alt gewordener Männer binden? Das entspricht mittelalterlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit,

aus der Zeit vor der Aufklärung.“

Jener Aufklärung, die Fischer ansonsten, wenn er nämlich als Anwalt der römisch-katholischen Kirche auftritt, geradezu als Teufelswerk zu denunzieren pflegt. Aber hier tritt er eben als advocatus diaboli, in einem wohl allzu wörtlichen Sinne, auf. Selbst das Auslieferungsbegehren, auch von der Bundesregierung vorgebracht, wird nun als Eiferertum verteufelt: „Wird deutscher Eifer hier nachholen wollen, was früher versäumt wurde, wird man der Versuchung nachgeben, mit Gefühlen aufzuarbeiten, was der Vernunft zukommt? Für die große Mehrheit der Deutschen, die jünger als 80 sind, reicht das nicht aus.“

Deutscher (Über-)Eifer beim Töten erscheint legitim, kennt man sich im Gestrüpp des Krieges nur hinreichend aus; deutscher Eifer beim Ahnden von Kriegsverbrechen illegitim.

In durchaus kunstvollem Arrangement setzt die FAZ-Redaktion Fischers Argumentationskette in einem am gleichen Tag abgedruckten Leserbrief fort. Dr. Ludolf von Krosigk aus Hamburg (in dem man wohl einen nahen Verwandten von Hitlers Finanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk vermuten darf, der im letzten Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß '49 zu 10 Jahren verurteilt wurde, jedoch schon '51 freikam) dankt und assistiert (unter der Überschrift „Bei Auslieferung Priebekes“) Fischer: „Der Bericht und der Kommentar zum Fall Priebeke von Heinz-Joachim Fischer (FAZ vom 3. August) unterscheiden sich in ihrer Objektivität und Ausgewogenheit wohlthuend von den aufgebrachten Kommentaren und Meinungsäußerungen in anderen Zeitungen und bestimmter Politiker. Mit Recht bescheinigen Sie dem italienischen Militärtribunal Mut zu einer unpopulären Entscheidung.“ Im übrigen findet v. Krosigk Geiseler-schießungen ganz einfach rechtlich zulässig und letzten Endes unverzichtbar (was seine spezielle Pointe auf dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse im früheren Jugoslawien entwickelt): „Vergeltungsmaßnahmen sind schrecklich, aber nach der Haager Landkriegsordnung im Verhältnis eins zu zehn zulässig. Bei dem Bombenattentat umgekommen waren neben Italienern auch ein Kind, 33 Angehörige einer Polizeieinheit, erschossen wurden 335 Geiseln.“

*Priebeke war nun allerdings sogar recht exakt ein williger Vollstrecker im Sinne Goldhagens, denn er hat gleich noch ein paar Geiseln mehr erschießen lassen als nach der perversen Kriegslogik vorgeschrieben.*

# ami

## Schnupperabo

Ich möchte die ami kennenlernen und bestelle gegen Vorkasse (bar oder V.-Scheck anbei):

- das Schnupperabo (2 Normalhefte und 1 Themenheft) für DM 10,-
  - ein Einzelheft für DM 3,50
  - ein Themenheft für DM 5,-
- Die komplette Liste erhalten Sie bei uns.

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

**Abo:** (9 Normal-/ 3Themenhefte)  
DM 50, Ausland: DM 60. Themenheft  
DM 5 (+Porto). *Probeheft gratis*  
**WWW:** <http://userpage.fu-berlin.de/~arend/ami.html>  
**Bezug:** Telefon/Fax: ++30-215 10 35  
e-mail: [ami@zedat.fu-berlin.de](mailto:ami@zedat.fu-berlin.de)  
✉ Elßholzstr. 11, 10781 Berlin

### antimilitarismus information

Wie man sieht, war also an sich alles in Ordnung. Leitartikel und Leserbrief, perfekt kombiniert, machen uns klar, daß wir, in unserem emotionalen Vergeltungswahn, die Unvernunft repräsentieren, Priebke und seine mildtätigen Richter und willigen Verteidiger hingegen die kühle Vernunft.

#### Schwächen in Goldhagens Argumentation

Wie problematisch die Geschichtserinnerung in Deutschland ist, zeigt die Tatsache, daß sowohl die Verbrechen der Wehrmacht im Rahmen der Ausrottungsaktionen im Osten, als auch diejenigen der ‚Ordnungspolizei‘, der Polizeibataillone, erst jetzt ins Bewußtsein gehoben werden. Und auf welche Weise der Fall Priebke in Deutschland ‚gelöst‘ wurde, zeigt, wie problematisch auch der Umgang der deutschen Justiz mit ihrer eigenen Geschichte war und ist. Priebke und Co. konnten (wenn man von den einschlägigen Hilfsaktionen des Vatikans nach '45 absieht, – hier schließt sich übrigens der Kreis im Fall des kirchentreuen Priebkeverteidigers Fischer) überhaupt nur deshalb als freie Männer

alt werden, weil andere (höchst belastete) deutsche Männer an den Schalthebeln der Justizmacht dafür sorgten, daß Hitlers willige Vollstrecker keine Urteilstreckung an ihnen selbst befürchten mußten. Ein Beispiel hierfür ist der (nicht) ermittelnde Generalstaatsanwalt Werner Pfromm, früher NS-Führungsoffizier. (Siehe die Dokumentation in I. Müller-Münchs Artikel „Übergroße Nachsicht mit den Nazi-Tätern/ Der Fall Priebke zeigt wieder: Verstrickt in die eigene Vergangenheit, behinderten Staatsanwälte die Ermittlungen“, FR v. 13.09.96, S. 3)

Die intensive juristische Verfolgung der NS-Kriegsverbrechen hätte für viele Juristen die Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Vergangenheit bedeutet und diese vorausgesetzt. Und in vielen Fällen ist eben einfach beides unterblieben. Es gab eine Kumpanei der ‚alten Kameraden‘. Auch wirkliche (demokratische) Neuorientierungen haben daran wenig geändert. Die juristischen unwilligen Nichtvollstrecker von möglichen Urteilen, zu denen es mangels eröffneter Strafverfahren erst gar nicht kam, sind auch im neuen, demokratischen Staat schlicht sich selbst und ihren Karrieren treu geblieben.

Darum auch hatten sie gewiß ein tiefes Verständnis für jene NS-Täter, denen es zunächst auch um die Sicherung der eigenen Position ging. En passant wird auf diesem Hintergrund womöglich auch eine gewisse Einseitigkeit und wohl auch Schwäche von Goldhagens Argumentation deutlich. Seine starke These von der ideologischen (antisemitischen, rassistischen) Motivation der Täter unterschätzt vermutlich die Antriebskraft der ganz gewöhnlichen Anpassungsbereitschaft. Goldhagen überschätzt eventuell doch die Wirkung ‚tiefer Überzeugungen‘ und unterschätzt die Wirkung flacher Anpassungsmechanismen. Am tiefsten gehen und wirken wohl jene Überzeugungen, die am flachsten sind. Leitend ist vor allem die Überzeugung, daß man gegebenenfalls, aus Karriere Rücksichten, rasch seine Überzeugungen wechseln muß. Gewiß haben viele der Täter Juden gepeinigt und ermordet, weil sie Juden gehaßt haben. Aber wer vermag zu sagen, wie viele von ihnen die Juden nur oder in erster Linie deshalb haßten, weil es gerade opportun war, Juden zu hassen?

So ist eigentlich auch gar nicht zu bezweifeln, daß mit der imagi-

nären ‚Stunde Null‘ tatsächlich aus überzeugten Nazis überzeugte Demokraten wurden, aus Antisemiten Philosemiten. Die alte Überzeugung war einfach nicht mehr lohnend; sie versperrte Aussichten; man mußte sie auswechseln. Es handelt sich dabei häufig sozusagen nicht um Mimikry, sondern um Mutation. Eine neue Spezies entsteht, auch in ein und der selben Person. Kaum kann sie sich noch erinnern, was sie früher einmal war.

Die meisten Leute sind durchaus keine Fanatiker, sondern schlicht an ihrem persönlichen Erfolg orientiert. Wer diesen Hebel zu bedienen versteht, kann relativ leicht aus gewöhnlichen Menschen Täter und Übeltäter machen. Diese ‚soziale Physik‘ mag wirkungsmächtiger sein als eine Metaphysik des Bösen. Insofern bleibt Hannah Arendts Begriff von der ‚Banalität des Bösen‘ zutreffend. (H. Arendt: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, Reinbek 1978, bes. S. 48-84. Dazu auch: Reif (Hrsg.): Gespräche mit Hannah Arendt, München 1976, S. 35-40.)

Das von Goldhagen konstatierte Verschwinden des deutschen Antisemitismus ‚nach‘ 45 ließe sich demnach gerade mit jenem Erklärungsmodell erklären, das Goldhagen nicht benutzt. Aber daß der Antisemitismus so vollständig verschwunden sei, ist doch wohl eine Mystifikation, wie die empirischen Untersuchungen von A. Silbermann und anderen noch in den letzten Jahren gezeigt haben. Bei wenig ‚mutationsfähigen‘ Deutschen ist der Antisemitismus weitgehend erhalten geblieben. Und dies könnte nun wiederum dafür sprechen, daß zumindest für einen Teil der Deutschen jene tiefgehende rassistische ‚Konditionierung‘ bestimmend bleibt, die Goldhagen voraussetzt, und zwar als Bestandteil des ‚deutschen Sonderweges‘, der auf Volk und Rasse hin orientiert hat statt auf Gesellschaft und Staat. Die ‚verspätete Nation‘ wird dann, so scheint es nach diesem Modell, fast zwangsläufig zur chauvinistischen Nation – und rassistische Ausrottungspolitik zu einem ihrer Ziele. (Dazu: H. Plessner: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, F.a.M. 1974, bes. S. 9-51. Sowie: I. Bibo: Die deutsche Hysterie. Ursachen und Geschichte, F.a.M. u. Leipzig 1991, bes. S. 9-34, 144-173.) spw

*Gewiß haben viele der Täter Juden gepeinigt und ermordet, weil sie Juden gehaßt haben. Aber wer vermag zu sagen, wie viele von ihnen die Juden nur oder in erster Linie deshalb haßten, weil es gerade opportun war, Juden zu hassen?*

### Deutsches Unbehagen beim Begriff der Bündnispolitik

Der wesentlichste politische und auch politikwissenschaftliche Beitrag Antonio Gramscis besteht in einer außerordentlich komplexen Ausarbeitung von Bündnispolitik. Wenn ich das auf Gramsci-Veranstaltungen in den letzten zwanzig Jahren ausgesprochen habe, rief das zumeist nur Langeweile oder Ablehnung hervor. Gramsci – ein Theoretiker der Einheitsfront? Oder der Volksfront? So etwas konnte doch nur von Moskau angeordnet sein!

Die Tiefe der Fraktionierungen der deutschen Linken ist mit keinem anderen mittel- oder westeuropäischen Land vergleichbar. Und nirgendwo in Europa kann man sich eine gemeinsame Regierung von Sozialdemokraten und Kommunisten so wenig vorstellen wie hier. Erst seit im Gefolge des Zusammenbruchs des Sozialismus der Sozialabbau im angeblich sozialpolitisch humanisierten Kapitalismus alle pessimistischen Erwartungen übersteigt, dämmert auch hier die Erkenntnis, daß die Fortschreibung oder die Überwindung dieser Fraktionierungen schon bald zu einer Schicksalsfrage – nicht nur der Deutschen, sondern – aller Europäer werden wird. Ein größerer Teil der PDS, auch der Sozialdemokratie und der Grünen beginnt zu erkennen, daß *Hegemoniefähigkeit* nur über Bündnisse strategischer Art errungen werden kann, die wiederum nur mit der Aufspaltung des derzeit herrschenden *politischen Blocks* und der Bildung eines neuen *politischen Blocks* möglich sein wird. Was im Klartext bedeutet: die SPD muß von der faktischen Politik der großen Koalition abgebracht und zur Zusammenarbeit mit Bündnisgrünen und auch mit der PDS bewegt werden. Auch diese Parteien müssen sich aber noch aus ihren in verschiedener Weise opportunistischen Nischen herausbewegen.

Gramscianische Bündnispolitik bedeutet aber mehr als Tolerierung, taktische Wahlbündnisse, Regierungskoalitionen. Es geht auch im Endeffekt nicht um den Sieg der einen oder der anderen Partei, sondern um die Konstruktion eines parteiübergreifenden *Blocks*, der einen neuen gesellschaftlichen Horizont anvisiert: die Überwindung der neoliberalen Ära, nach der nicht Gleichmacherei, aber Chancengleichheit

herzustellen wäre. Die besondere Schwierigkeit liegt darin, daß ein solches Konzept heute nicht mehr auf den nationalen Rahmen beschränkt sein kann. Allerdings stünde es gerade einer Großmacht wie Deutschland an, den globalen *circulus vitiosus* zu durchbrechen.

Weil jetzt von einer gewissen allgemeinen Sensibilisierung für diese Fragen ausgegangen werden kann, setze ich beim Leser auch die – früher nicht selbstverständliche – Fähigkeit voraus, die historisch gewordenen Analyseobjekte Gramscis in die aktuelle Problematik zu ‚übersetzen‘. Wenn bei Gramsci z.B. von ‚arbeitenden Klassen‘, vom ‚Proletariat‘ oder auch von den ‚Bauern‘ die Rede ist, sollte es leicht sein, den historisch-soziologischen Wandel mitzudenken. Gleich ist geblieben, daß auch heute die große Mehrheit nur von Arbeit menschenwürdig leben kann. Es geht hier um die politische Technik, die es der Linken erlauben könnte, überhaupt wieder in die historische Offensive zu kommen.

### Arbeiterräte, Bauern, Intellektuelle und ein Abkommen mit dem Vatikan

Antonio Gramsci wurde am 22. Januar 1891 in einer mittellosen Familie auf Sardinien geboren und litt seit seiner Kindheit an verschiedenen Krankheiten. Der Hochbegabte konnte aber von einem königlichen Stipendium profitieren, wodurch er 1912 an die Universität Turin kam. Er studierte Geschichte, Weltliteratur, Philosophie, Jura und vor allem Sprachwissenschaft. Die bemerkenswerten historisch-soziologischen Methoden, die gerade diese Disziplin damals hervorbrachte, haben nicht nur Gramscis ersten Berufswunsch geprägt, sondern zunächst auch mehr Einfluß auf seine Wissenschaftsauffassung ausgeübt als die damals nur unzulänglich ins Italienische übersetzten Grundsätze des ‚Marxismus‘. Der soziologisch differenzierende Materialismus der damaligen Sprachwissenschaft wurde beim jungen Gramsci zudem noch vorteilhaft temperiert durch die neohegelianischen Einflüsse Benedetto Croces. Den damals bei ‚Marxisten‘ oft anzutreffenden fatalistischen Geschichtsoptimismus hat er nie geteilt. Ebenso wenig teilte er – und das scheint mir heute wichtig – den Glauben an die Unabwendbarkeit gesellschaftlicher Katastrophen oder an eherner Gesetze des Kapitalismus.

# Blockbildung und Bündnispolitik als Voraussetzung von Hegemonie

Zum 60. Todestag von Antonio Gramsci

von Sabine Kebir\*

Er hielt demokratische Selbstorganisation der Gesellschaft für nötig und möglich.

Als Gymnasiast hatte Gramsci der sardischen Autonomiebewegung angehangen, für die die privilegiert scheinenden Arbeiter des Nordens Teil des den Süden ausplündernden Kapitalismus waren. In der großen Industriestadt Turin – deren ökonomisches Zentrum schon damals die FIAT war – lernte er schnell um. 1913 trat er – wie übrigens auch der ebenfalls aus Sardinien stammende und mit ihm studierende Palmiro Togliatti – der Sozialistischen Partei (PSI) bei. Seine Herkunft aus der ärmsten bäuerlichen Region Italiens wird Gramsci jedoch zeitlebens zu einem der wenigen nachleninschen Führer der Arbeiterbewegung machen, die die Bauernfrage als notwendigen Bestandteil einer hegemoniefähigen Politik begreifen: „Das Proletariat kann nur dann zur führenden und herrschenden Klasse werden, insoweit es ihm gelingt, ein System von Klassenbündnissen zu schaffen, das es ihm erlaubt, die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat zu mobilisieren, was in Italien bedeutet (...) den Konsens der breiten bäuerlichen Massen zu erlangen.“<sup>1</sup> Wesentlich im Unterschied zur stalinischen Komintern ist, daß Gramsci Probleme der Bündnispolitik nicht unter der stillschweigend vorausbedingenen Hegemonie eines der Bündnispartner stellen will. Auch haben sie für ihn nicht nur eine öko-

*Es geht im Endeffekt nicht um den Sieg der einen oder der anderen Partei, sondern um die Konstruktion eines parteiübergreifenden Blocks, der einen neuen gesellschaftlichen Horizont anvisiert: die Überwindung der neoliberalen Ära.*

\* Dr. Sabine Kebir, mehrere Veröffentlichungen zu Gramsci, arbeitet als Privatdozentin und freie Publizistin in Berlin.

nomische und politische Dimension, sondern auch eine kulturelle. Die Klärung der Funktion der Intellektuellen ist für ihn daher eine praktische Frage der Bündnispolitik.

Der vom Atheismus Benedetto Croce, aber auch schon von Karl Marx beeinflusste Gramsci lehnte 1915 den ruhigen Posten eines Schuldirektors ab und arbeitete hauptberuflich für die Parteipresse. Ihm wird der Aufruf Lenins bekannt, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen das Kapital umzuwandeln. Er wird zum ersten Propagandisten der Oktoberrevolution in Italien. Als Turin 1917 von großen Antikriegsstreiks erschüttert wird, die die Regierung mit einer Brigade aus Sardinien niederschlagen will, gelingt es ihm, diese Soldaten für die Aufgabe, auf die Arbeiter zu schießen, untauglich zu machen und damit ihren Abzug zu erzwingen. Der Aufstand muß mit anderen Teilen der Armee niedergeschlagen werden. Gramsci wird Leiter der Turiner Sektion des PSI. Und als solcher befindet er sich sofort in Konfrontation mit der nationalen Parteileitung, die das herannahende Kriegsende und die Revolutionssignale aus Rußland nicht für einen politischen Umschwung im eigenen Land ausnützen will. Weil sie der wachsenden Volksbewegung keine Führung gibt, kommt es zwischen 1919 und 1920 zu organisierten Rätebewegungen nur unter Amadeo Bordiga in Neapel und unter Gramsci in Turin – die freilich Ausstrahlung hat auf ländliche Regionen und andere norditalienische Städte.

Monatelang sind die FIAT-Werke besetzt. Die Arbeiterräte legen die Produktion nicht lahm, denn sie selbst wollen sich als Produktionssubjekte der Zukunft profilieren: Trotz der Verweigerung des größten Teils der Techniker beträgt der Ausstoß der FIAT in den Monaten der Besetzung 70%. Gramsci war damals nicht nur der politische Führer der Räte. Als Chefredakteur der legendären Zeitschrift *Ordine Nuovo* organisierte er zugleich deren 'Überbau'. Die Zeitschrift sicherte die politische Koordination der Bewegung und war darüber hinaus auch eine Kulturzeitschrift. Hier kamen Arbeiterkorrespondenten zu Wort und Arbeiterdichter. Gramsci druckte sogar einen von einem Arbeiter geschriebenen Fortsetzungskrimi. Da ihm das dem russischen und deutschen Proletkult<sup>2</sup> eigene Sektierer-

tum fremd war, kamen im *Ordine Nuovo* – direkt neben den Arbeitern – auch pazifistische Intellektuelle aus aller Welt zu Worte: Romain Rolland, Henri Barbusse, Walt Whitman, Maxim Gorki und andere. Damit war eine deutliche Gegenposition zu den meisten zeitgenössischen und späteren ouvrieristischen<sup>3</sup> Politikmustern (von Stalin bis zur chinesischen Kulturrevolution) mit ausgeprägter Intellektuellenfeindlichkeit markiert. Weiterhin ist bemerkenswert, daß es sich hier keineswegs um ausschließlich kommunistische Intellektuelle handelte, sondern um einen Brückenschlag ins linksliberale Lager, den Gramsci auch in Italien selbst vollzog, indem den den brillanten jungen Kulturkritiker Piero Gobetti zur Mitarbeit am *Ordine Nuovo* gewann.

Die Komplexität der BündnisKonzeption zeigt sich besonders überraschend an der Originalität, mit der Gramsci die Bauernfrage anging. Sie lasse sich in Italien zu zwei Problemkomplexen zusammenfassen: dem des Südens und dem des Vatikans.<sup>4</sup> Der überzeugte Atheist stellte sich die religionspolitischen Fragen nicht nur anders als Lenin und Stalin, sondern auch als seine Kampfgenossen. Andrea Viglono: „Wir haben den Klerikalismus als eine Geisteshaltung angesehen, die wir rundweg ablehnen, und wir hätten uns hinsichtlich der Priester und der Sakristeien keine großen Probleme gestellt. (...) Die Position von Gramsci war insofern katholikenfreundlich, weil er auf keinen Fall die schon bestehenden Brüche vertiefen wollte, die auf praktischem Gebiet zwischen der weißen und der roten Arbeiterbewegung bestanden.“<sup>5</sup>

Als 1919 die Popolari, eine katholische Volkspartei – die spätere Democrazia Christiana – als Sammlungsbewegung für die Bauern und Konkurrentin des PSI gegründet wurde, begrüßte Gramsci hier sogar den historisch ersten Versuch der Selbstorganisation dieser Klasse in Italien:

„Die Popolari (...) schaffen die Bereitschaft zur Organisation des Assoziationsgeistes, die Solidarität, wo es der Sozialismus noch nicht tun konnte.“<sup>6</sup> Für die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Partei sollte das Bekenntnis zum Katholizismus keine Rolle spielen, und der anvisierte Arbeiterstaat würde die Religionsfreiheit garantieren: „Müssen die kommunistischen Arbeiter ... auch

noch einen Religionskrieg in Italien entfachen? (...) Auch, wenn ein Teil der Katholiken, der Priester, der Mönche und Nonnen die Sowjetmacht akzeptieren und nur die Freiheit des Kultes fordern würde? (...) In Italien, in Rom, gibt es nun mal den Vatikan, den Papst: der liberale Staat mußte einen Ausgleich mit der geistigen Macht der Kirche suchen, auch der Arbeiterstaat wird diesen Ausgleich suchen müssen.“<sup>7</sup>

Hier ist zu erkennen, daß Bündnispolitik das Schlachten von Kühen bedeuten kann, die man bislang für heilig gehalten hat.

### Faschismus oder Demokratie, Rechtsblock oder Linksblock

Die Rätebewegung scheiterte nicht nur am politischen Kniefall der nationalen Leitung der PSI. Sie brach auch unter einer Kombination legaler und illegaler Gewalt zusammen. Da sich die legalen Ordnungskräfte schon im Krieg als unfähig erwiesen, die zahlreichen Landbesetzungsbewegungen im agrarischen Süden zu verhindern, hatten die Großgrundbesitzer zu deren Bekämpfung private Milizen aus Arbeitslosen rekrutiert. Diese nannten sich ‚fasci‘ – ‚Faschisten‘. Und als sich die italienische Nachkriegsgesellschaft unfähig erwies, den Millionen Kriegsheimkehrern Arbeit zu geben – was das revolutionäre Potential gefährlich zu erweitern drohte – lag es nahe, das im Süden bewährte System auf den Norden zu übertragen. Die waffenerfahrene Truppe sollte nicht zur Arbeiterbewegung stoßen, sondern zu deren Bekämpfung instrumentalisiert werden: Der ‚weiße‘ Terror wurde 1920/1921 teilweise aus offiziellen Arsenalen des Staates bewaffnet.

In realistischer Einschätzung der politischen Konsequenzen hat Gramsci – wahrscheinlich hinter dem Rücken Bordigas, des Führers der kurz zuvor auch von Gramsci mitbegründeten KP – im April 1921 versucht, den Dichturfürsten Gabriele D'Annunzio in Gardone zu treffen, um Möglichkeiten eines politischen Zusammengehens auszuloten. D'Annunzio hatte kurz nach Kriegsende auf eigene Faust mit einem Heer von Freiwilligen die an Jugoslawien verorengegangene Stadt Fiume (Rijeka) zu besetzen versucht und galt seitdem – neben Mussolini – als Anführer eines Teils der Kriegsheimkehrer. D'Annunzio hat Gramsci freilich gar nicht empfan-

gen.<sup>8</sup> Ein ähnlicher, aber ebenfalls fehlschlagender Versuch, politisch schwankende Intellektuelle und ihre Anhängerschaft zu gewinnen, waren Gramscis länger währende Kontakte zum Anführer der Futuristen, Filippo Tommaso Marinetti.<sup>9</sup> Dieser wie auch D'Annunzio stießen zu den Faschisten, die nach dem Marsch auf Rom 1922 endgültig die Regierungsgewalt übernahmen.

Das Parlament blieb jedoch noch vier weitere Jahre bestehen. Der charismatische erste Generalsekretär der KPI, Bordiga, erkannte noch nicht den qualitativen Unterschied zwischen bürgerlich-liberalem und faschistischem Regime. Die bereits in die Halblegalität gedrängte Partei wollte er als kleine Kaderorganisation aufbauen, die eine staatsstreichartige Revolution organisieren sollte. Gramsci, der auch die Niederlagen der Rätebewegungen in Deutschland und Ungarn analysiert hatte, war aber bereits zu dem Schluß gekommen, daß die Epoche der revolutionären Möglichkeiten im Nachkriegseuropa zu Ende war. Schon 1921 hatte er es für möglich gehalten, daß „eine faschistische oder militärische Diktatur“ kommen könne.<sup>10</sup> Als vordringliche Aufgabe sah er es nun an, die bürgerlich liberalen Freiheiten zu retten, ohne die alle Errungenschaften der Arbeiterbewegung zunichte würden, einschließlich die legale Existenz ihrer Organisationen. Denn während das liberal-bürgerliche Regime die Arbeiterbewegung und ihre Presseorgane noch geduldet hatte, durchlebte Italien nun „eine Phase, die es (...) bisher in keinem anderen Land gegeben hat (...) da es dem Faschismus gelungen ist, alle Organisationen und damit alle Mittel zu vernichten, durch die die Masse ihren Willen zum Ausdruck bringen ... kann.“<sup>11</sup>

So verwundert es nicht, daß der seit 1922 die KPI im Moskauer Exekutivkomitee der Komin-

tern vertretende Gramsci zum Verfechter der noch von Lenin konzipierten ‚Einheitsfront‘ wurde, was in Italien das Eintreten für die Aktions-einheit der Gewerkschaften und für das Zusammenwirken der erst seit kurzem organisatorisch getrennten Kommunisten und Sozialisten bedeutete. Auch dieses politische Ziel wurde zunächst nicht erreicht, vielmehr trat ein kleiner Teil der Sozialisten um Giacinto Serrati in die KP über.

Als Bordiga 1924 verhaftet wurde, ernannte die Kominintern Gramsci kommissarisch zum Generalsekretär. Da auch gegen ihn ein Haftbefehl vorlag, konnte er erst unter dem Schutz eines Abgeordnetenmandats nach Rom zurückkehren. Ab Juni erschütterte das Land die Krise um den nach einem antifaschistischen Statement verschwundenen sozialisti-

schen Abgeordneten Giacomo Matteotti. Nachdem die Faschisten zunächst jede Verantwortung von sich gewiesen hatten, verließ die gesamte Opposition das Parlament und gründete ein Gegenparlament im Aventin. Dieses lehnte den von Gramsci gemachten Vorschlag einer nationalen Mobilisierung zum Generalstreik ab, bringt aber auch keine andere kontinuierliche Arbeit zustande. Die Abgeordneten bleiben meist zu Hause. Als die Leiche Matteottis gefunden wurde und Mussolini nun in aller Öffentlichkeit die Verantwortung für die Tat übernahm, erkannte nur Gramsci die grundsätzliche Gefahr, die mit der Legalisierung einer Terrorat durch die Regierung und dem passiven Boykott des Parlaments durch die Oppositionsparteien für die gesamte italienische Gesellschaft entstanden

*Die politische Botschaft, die er in seinen letzten Lebensjahren der Partei vermittelte, war nicht das Ziel einer Diktatur des Proletariats, sondern eine Verfassunggebende Versammlung aller am anti-faschistischen Kampf beteiligter Parteien.*



war. Um das Parlament den Faschisten nicht allein zu überlassen, führt er die KPI als einzige Partei dorthin zurück und nutzte es demonstrativ als antifaschistische Tribüne.

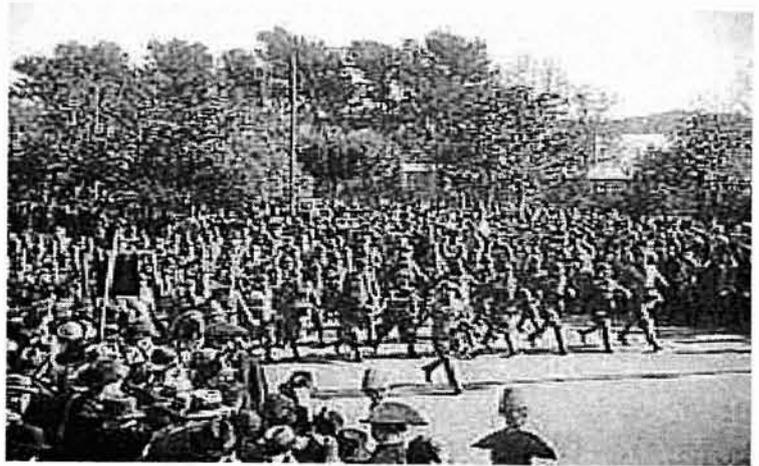
Indem sie konsequent das Parlament als wesentliche Institution der *Zivilgesellschaft* verteidigten, verbuchten die Kommunisten einen enormen Popularitätszuwachs. Trotz des weißen Terrors verdreifachte sich in diesen Monaten die Mitgliederzahl, und die Zahl der AbonnentInnen der *Unità* stieg auf 60.000. Hier wurde die Grundlage dafür gelegt, daß die KPI nach dem 2. Weltkrieg sofort als Massenpartei wiedererstand.

Als Mussolini 1926 das Parlament endgültig ausschaltete, mußte er für die Ausschaltung der Kommunisten eine separate Begründung finden: Staatsstreichabsichten. Gramsci, der zu zwanzigjähriger Haft verurteilt wurde, starb schon am 27. April 1937.

#### Statt Diktatur des Proletariats eine Verfassunggebende Versammlung

Seit Ende der zwanziger Jahre verfeuerte die Komintern die Sozialdemokratie als Sozialfaschismus. Das führte auch zum Ausschluß einiger Parteimitglieder der KPI. Weil er im Gefängnis gegen diese Linie opponierte, wurde Gramsci von vielen kommunistischen Mitgefangenen geschnitten. Zeitweise war er eher mit Anarchisten befreundet – und dem Sozialisten Sandro Pertini, dem späteren Staatspräsidenten. Die politische Botschaft, die er in seinen letzten Lebensjahren der Partei vermittelte, war nicht das Ziel einer Diktatur des Proletariats, sondern eine Verfassunggebende Versammlung aller am antifaschistischen Kampf beteiligten Parteien. Da er überzeugt war, daß der Faschismus nicht von den Kommunisten allein, sondern nur im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Gruppen beseitigt werden könne, sei es auch unmöglich, danach eine Gesellschaft ohne deren politische Präsenz zu errichten.

Auch in Anbetracht bekannter Probleme und Differenzen, die zwischen seiner und Togliattis politischer Arbeit bestanden, lassen sich seine wesentlichen Einflüsse auf diesen nicht wegdiskutieren. Nachdem sich Togliatti dem extremen Sektierertum der Komintern kurzzeitig beugen mußte, war er neben Georgi



Dimitroff derjenige, der dessen Überwindung betrieb. Damit wurde der KP Spaniens und Frankreichs der Eintritt in die Volksfront möglich, schließlich auch die italienische Resistenza, die von den Kommunisten bis hin zu den Katholiken reichte. So kamen die von Gramsci erstrebten neuen gesellschaftlichen *Blöcke* zustande. Daß sie ohne den Einfluß aus Moskau historisch effizienter gewesen wären, steht auf einem anderen Blatt. Gramscis bündnispolitischer Einfluß läßt sich bis zum ‚historischen Kompromiß‘ Enrico Berlinguers verfolgen. Darüber hinaus fand in Italien bis in die 80er Jahre eine Gramsci-Rezeption von quasi allen gesellschaftlichen Gruppen statt, bis hin zu katholischen Kreisen.

Ich wollte hier einmal weniger bekannte Seiten des bislang zumeist nur unter revolutions- und demokratietheoretischen Gesichtspunkten analysierten Begriffs der *Zivilgesellschaft* bei Gramsci aufzeigen, der erst in den Gefängnisheften auftaucht, aber auf den vorangehenden politischen Erfahrungen beruht. Leider konnte nur angedeutet werden, daß Gramscis Kulturkonzeption mit dem Diskurs der beweglichen politischen Blöcke korrespondierte anstatt ein normatives Ziel zu setzen, wie es der in der Sowjetunion propagierte ‚Sozialistische Realismus‘ tat.

Dieser Rückblick auf den zu Lebzeiten gescheiterten Gramsci zeigt, daß die politischen Bündnisse, die zur Errichtung einer neuen sozialen Perspektive notwendig sind, offensichtlich leichter zustandekommen, wenn die Gesellschaft bereits in einen Abgrund geraten ist. Für uns ist es deshalb wichtig, rascher und gründlicher aus der Geschichte zu lernen, als es frühere Generationen taten.

spw

#### Literatur

Deutschsprachige Bücher, in denen Gramscis Bündnis Konzepte studiert werden können:

- Giuseppe Fiori: Das Leben Antonio Gramscis, Berlin, Rotbuch-Verlag 1979.  
 Antonio Gramsci: Gefängnishefte Bd.1-10 (bislang erschienen bis Bd.7), Argument-Verlag, Hamburg 1991-1996.  
 Antonio Gramsci: Briefe 1908-1926. Eine Auswahl. Aus dem Italienischen von Klaus Bochmann, Europaverlag, Wien 1992, S.159.  
 Antonio Gramsci: Die süditalienische Frage, Berlin, Dietz-Verlag 1955.  
 Sabine Kebir: Die Kulturkonzeption Antonio Gramscis. Auf dem Wege zur antifaschistischen Volksfront. Akademie-Verlag, Berlin 1980/Kürbiskern, München 1980.  
 Sabine Kebir: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft, Hamburg, VSA, 1991.

- <sup>1</sup> Antonio Gramsci: La Costruzione del Partito Comunista 1923-1926, Turin 1971, S. 139-140
- <sup>2</sup> Proletkult: Von der russischen Revolution ausgehende internationale Kulturbewegung, die Arbeiter sofort nicht nur als Rezipienten, sondern immer mehr auch als Produzenten von Kunst und Kultur fördern wollte.
- <sup>3</sup> ouvrieristisch: (abgeleitet von franz.: ouvrier = Arbeiter) Politikmuster, wonach – wie im Proletkult – Arbeiter sofort Führungspositionen in allen Lebensbereichen einnehmen sollen, die – so die Vorstellung – dann automatisch egalitär werden. Das bedeutete für ouvrieristische Bewegungen, daß sie eine starke Tendenz zur intellektuellenfeindlichkeit hatten.
- <sup>4</sup> Ebenda, S. 140
- <sup>5</sup> Andrea Viglono im Gespräch mit Cesare Bermanni in: Gramsci raccontato, (Zeugenschaften von Mitkämpfern), Rom 1987, S. 48-49
- <sup>6</sup> L'Ordine Nuovo 1919-1920, Turin 1954, S. 285-286
- <sup>7</sup> Ebenda, S. 476
- <sup>8</sup> Sergio Caproglio: Un mancato incontro Gramsci-D'Annunzio a Gardone nell'aprile 1921. In: Rivista storica del Socialismo V, Juni 1962, Heft 15/16
- <sup>9</sup> Sabine Kebir: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft, Hamburg 1991, S. 175
- <sup>10</sup> Antonio Gramsci: Briefe 1908-1926. Eine Auswahl. Aus dem Italienischen von Klaus Bochmann, Europaverlag, Wien 1992, S. 159
- <sup>11</sup> Ebenda, S. 244

Die Osterweiterung der NATO ist gegenwärtig das beherrschende sicherheitspolitische Thema; die Brisanz der Erweiterungspolitik bürgt dabei für eine unverändert kontroverse Diskussion.

Der Doyen der US-amerikanischen Rußland-Diplomatie, der frühere Botschafter in der Sowjetunion, George F. Kennan, hat in seinem vielbeachteten Artikel *NATO Expansion Would be a Fateful Blunder* in der *New York Times* vom 6. Februar 1997 jüngst eindringlich vor den Konsequenzen der Erweiterungspolitik gewarnt. Aus seiner Sicht wäre dieser Schritt *der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der gesamten Ära seit dem Ende des Kalten Krieges*.

Bei aufmerksamer Lektüre der veröffentlichten Meinung in den USA zeigt sich, daß der Chor derjenigen, die Bedenken in Bezug auf die Erweiterung der NATO vorbringen, in den letzten Wochen lauter und vielstimmiger wird. Man kann durchaus den Eindruck gewinnen, als sollte die Vielzahl von Artikeln, in denen die möglichen negativen Folgen der Erweiterungspolitik diskutiert werden, als *publizistisches Sperrfeuer* gegen die Ausweitung des atlantischen Bündnisses dienen. Da befinde ich mich in guter Gesellschaft, wenn ich die Erweiterungspolitik der NATO im folgenden ebenfalls einer kritischeren als der gemeinhin üblichen Betrachtung unterziehe.

Aus meiner Sicht wird die Erweiterung des Bündnisses um neue Mitglieder aus Mitteleuropa zu wenig problematisiert; ich kritisiere, daß es hierzulande bislang keine intensive und differenzierte Debatte über diese heikle Frage gegeben hat – leider auch nicht in der *spw*. Auch meiner Partei kann ich diese Kritik nicht ersparen. Nach der *Zeitenwende* von 1989 ist es von allen sträflich versäumt worden, nach Optionen für ein umfassendes, gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu suchen; stattdessen wurde die sicherheitspolitische Debatte auf die Osterweiterung der NATO verengt.

#### Die Risiken der Osterweiterung

Ich habe mich stets kritisch zur geplanten Osterweiterung der NATO geäußert; meine Bedenken möchte ich an dieser Stelle noch einmal kurz zu Protokoll geben.

Der gewichtigste Einwand bezieht sich darauf, daß die Ausdeh-

nung der NATO nach Osten das Verhältnis zu Rußland schwerwiegend belasten, sich damit nachteilig auf die Gestaltung kooperativer Sicherheitspolitik auswirken und eventuell gar zu einer erneuten Teilung des Kontinents führen könnte. Die NATO und Rußland versuchen zur Zeit zwar ihre Kontroverse über die Erweiterungspolitik im Dialog zu entschärfen; es gibt jedoch keine Gewähr für eine einvernehmliche Lösung.

In diesem Zusammenhang sollte man das Verhältnis zwischen der NATO und Rußland eingehender betrachten. Der Dialog zwischen der NATO und Rußland krankt bislang an der offenkundigen Asymmetrie zwischen den Akteuren. Auf der einen Seite eine selbstbewußte, intakte NATO, die sich als Gewinnerin des *Kalten Krieges* sieht und nach dem Ende der Blockkonfrontation nach neuen Aufgaben sucht. Auf der anderen Seite ein angeschlagenes Rußland, dessen strukturelle Krise den einstigen Weltmachtanspruch infrage stellt.

Die NATO begegnet Rußland aus einer Position der Stärke; sie sieht sich in einer *winner-position*, d.h. sie glaubt, daß sie in der Kontroverse mit Rußland alle Trümpfe in der Hand hält. Rußland habe letztlich keine Alternative, als die Osterweiterung der NATO hinzunehmen. Repräsentanten der NATO machen keinen Hehl aus der Einschätzung, daß Rußlands Rückzug in den Schmollwinkel und eine etwaige atmosphärische Verschlechterung in den bilateralen Beziehungen für das Land nachteiligere Folgen haben werde, als den Dialog und die Kooperation mit dem Westen – trotz Osterweiterung – fortzuführen.

Diese Einstellung verstellte lange Zeit den Blick für die prinzipiell negative Haltung Moskaus gegenüber der Erweiterungspolitik. Erst neuerdings, im Vorfeld des nächsten NATO-Gipfels, der Anfang Juli in Madrid stattfinden wird und in dessen Verlauf die ersten Neumitglieder nominiert werden sollen, entfaltet das Bündnis eine hektische Betriebsamkeit, um Rußland das *Njet* zur Osterweiterung abzuhandeln.

In munterer Abfolge werden jetzt immer neue Vorschläge präsentiert, um Rußlands Bedenken zu entkräften. Im Angebot sind die Bildung einer gemeinsamen Brigade für friedenserhaltende Einsätze nach dem Vorbild der *IFOR/SFOR*, ein ge-

## Die NATO-Osterweiterung: Kein Sicherheitsgewinn für Europa!

Plädoyer für eine integrative Sicherheitspolitik

von Katrin Fuchs\*

meinsames Gremium, das wahlweise als *NATO-Rußland-Rat* oder als *S 17* etikettiert wird, sowie eine Aufnahme Rußlands in den erlauchten Kreis der führenden Industrienationen.

All diese Anreize können jedoch nicht kaschieren, daß die NATO in dem für Rußland entscheidenden Punkt bislang keine Konzessionsbereitschaft zeigt: ein vertraglich definiertes Verhältnis zur NATO.

Zur Besänftigungsstrategie gehört auch, daß die nordatlantische Allianz sich gegenüber Rußland stets als reformierte, *neue NATO* darzustellen versucht; als Beleg für den inneren Wandel und ihre Bereitschaft zu Dialog und Kooperation mit den ehemaligen Gegnern in der *WVO* wird auf die *Partnerschaft für den Frieden* verwiesen. Vorrangiges Ziel der Reformbemühungen sind jedoch Umstrukturierungen, die die Allianz schlagkräftiger machen und – über den Aufbau von sogenannten *Krisenreaktionskräften* – deren globale Interventionsfähigkeit erhöhen sollen.

In diesem Zusammenhang eine kurze Randbemerkung: Nach einer Studie des *Commonwealth-Institutes*, die Mitte Februar bekannt wurde, haben die USA und ihre Verbündeten nach dem Ende des Kalten Krieges dreimal soviel Geld für ihre Streitkräfte ausgegeben, wie diejenigen Staaten, die als mögliche Gegner des Bündnisses in Betracht kommen ... . Vor diesem Hintergrund läßt sich vielleicht besser verstehen, warum Rußland ein Vorrücken der NATO nach Osten ablehnt.

*Die Ausweitung der NATO nach Osten könnte das Verhältnis zu Rußland schwerwiegend belasten.*

\* Katrin Fuchs, MdB, ist parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied der Schwerpunktkommission Außen- und Sicherheitspolitik beim SPD-Parteivorstand, und Mitherausgeberin der *spw*

*Ausgangspunkt sicherheitspolitischer Überlegungen dürfen nicht die vorhandenen Sicherheitsinstitutionen sein, sondern die tatsächliche Sicherheitssituation*

Das in jede offizielle Verlautbarung zur Osterweiterung pflichtschuldig eingewobene Bekenntnis, daß die Aufnahme neuer Mitglieder aus Mitteleuropa nicht gegen Rußland gerichtet sei, wird relativiert von dem erkennbaren Unwillen der NATO, das künftige Verhältnis zu Rußland auf eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage zu stellen.

Wenn die NATO in Rußland keinen potentiellen Feind mehr sieht, wenn sie Rußland stattdessen als einen wichtigen Partner ansieht, warum will sie dann einen wechselseitigen Gewaltverzicht nicht vertraglich kodifizieren? Warum ergreift die NATO nicht diese historische Chance, die sicherheitspolitische Landschaft in Europa, durch eine derartige Übereinkunft mit Rußland grundlegend neu zu ordnen?

Im Westen wird immer wieder angeführt, daß es hier Probleme geben könne, weil ein Vertrag ratifizierungsbedürftig sei. Diese Argumentation ist wenig überzeugend weil auch die Aufnahme neuer Mitglieder von den Parlamenten der NATO-Staaten ratifiziert werden muß. Was

spricht dagegen, beide Ziele parallel zu verfolgen?

Ich plädiere dafür, das Verhältnis zu Rußland auf eine nicht-konfrontative, dauerhaft tragfähige Grundlage zu stellen. Probates Mittel wäre der Abschluß eines Vertrags über eine umfassende Sicherheitspartnerschaft zwischen der NATO und Rußland. Als Eckpunkte eines solchen Vertragswerks sind folgende Elemente denkbar:

- die Kodifizierung eines wechselseitigen Gewaltverzichts;
- die Verpflichtung auf nicht-militärische Konfliktbeilegung;
- Konsultation und Abstimmung in allen sicherheitsrelevanten Fragen (Abrüstung, Rüstungskontrolle, Proliferation, Rüstungsexport, Umweltgefährdung, organisierte Kriminalität, Katastrophenschutz);
- die Fortführung des Rüstungskontroll- und Abrüstungsprozesses;
- der Verzicht der NATO auf die Dislozierung von ausländischen Streitkräften und Nuklearwaffen in den neuen Mitgliedsstaaten.

Als weiteres Problem erscheint mir, daß die Osterweiterung *Zonen unterschiedlicher Sicherheit* schaffen könnte. Auch wenn die offizielle Nominierung von Neumitgliedern erst für den NATO-Gipfel in Madrid vorgesehen ist, zeichnet sich ab, daß in einem ersten Schritt nur Polen, Ungarn und die Tschechische Republik vom Bündnis aufgenommen werden. Demgegenüber dürfen sich die baltischen Republiken und die Ukraine, also diejenigen Staaten, die von einem etwaigen neuen russischen Neo-Imperialismus am ehesten gefährdet wären, die geringsten Hoffnungen auf eine NATO-Mitgliedschaft machen.

Grundsätzlich ist zu fragen, ob die Erweiterung der NATO nach dieser ersten Runde bereits ihren Abschluß findet, zumal dann zwei Ziele realisiert wären, die den Mentoren der Osterweiterung – den USA und Deutschland – wichtig waren: die Verankerung der NATO als dominierender Sicherheitsinstitution sowie ein sicherheitspolitisches Glacis an der bundesdeutschen Ostgrenze.

Ein Kernproblem der Osterweiterung ist nicht die Frage nach den Neumitgliedern, sondern die nach den sogenannten *in-betweenes*, die vorübergehend oder dauerhaft in einer ungesicherten Mittellage zwischen einer erweiterten NATO und Rußland verbleiben. Welche Sicherheitsangebote hat die NATO für die-

se Staaten, die sich allesamt Hoffnung auf eine Mitgliedschaft im Bündnis machen?

In der Schlußerklärung des OSZE-Gipfels von Lissabon vom Dezember 1996 haben sich die Teilnehmerstaaten verpflichtet, *ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten [zu] festigen*. Diesem Anspruch kann die Erweiterung der NATO um einige ausgewählte Staaten Mitteleuropas nicht genügen!

Ein weiteres Problem stellen die möglichen *Rückwirkungen auf Rüstungskontrollabkommen* dar. Die Befürchtung, daß der Prozeß der NATO-Osterweiterung negative Rückwirkungen auf den Fortgang konventioneller Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa haben werde, scheint vorerst gebannt. Mitte Februar haben die NATO-Staaten in Wien jedenfalls erste konstruktive Vorschläge für eine Anpassung des KSE-Vertrags an die veränderten Rahmenbedingungen vorgelegt.

Die positiven Impulse, die zur Zeit von den Wiener Gesprächen ausgehen, müssen aufgenommen werden und in Schritte zu weiterer, substantieller Abrüstung in Europa einmünden. Es bleibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch weiterhin fraglich, inwieweit die Erweiterungspläne der NATO ein politisches Klima schaffen, das die Ratifizierung des *SALT II*-Abkommens durch die russische Staatsduma sowie den Einstieg in weiterführende Gespräche über die Reduzierung von Nuklearwaffen (*SALT III*) verhindert.

Anzusprechen sind überdies die *Kostenaspekte*. Das *Congressional Budget Office (CBO)* legte im März 1996 einen Bericht vor, in dem verschiedene Varianten des Integrationsprozesses durchgerechnet wurden; die Bandbreite der Berechnungen variiert zwischen 19 und 73 Mrd Dollar, von denen die NATO-Partner den Löwenanteil tragen müßten.

Es kann nicht überraschen, daß die Kosten im Vorfeld der Erweiterung aus politischen Gründen heruntergerechnet werden. So beziffert eine aktuelle Pentagon-Studie die Mittel, die von den USA aufzuwenden wären, auf lediglich 150 bis 200 Mio Dollar pro Jahr, verteilt auf einen Zeitraum von fünfzehn Jahren.

Bei aller Unklarheit über den endgültigen Finanzbedarf darf man davon ausgehen, daß die Erweiterung der NATO weder für alte, noch

# ami

Mit jedem neuen Abo  
**verschenken wir drei**  
Themenhefte Ihrer Wahl

- **Friedenstheorien 11/96**
- **Kriegsfolgen 3/96**
- **Krisenregion Asien 10/95**
- **Medien und Krieg 6/95**
- **Non-Proliferation 12/94**
- **Frauen gegen Krieg und Militär 6/94**
- **Kriegsursachen 5/93**
- **Militarismus und Rechtsextremismus 10/93**

Die komplette Liste erhalten Sie bei der Bestellung eines (Normal-)Probeheftes

**Abo:** (9 Normal-/ 3Themenhefte)  
DM 50, Ausland: DM 60. Themenheft DM 5 (+Porto). *Probeheft gratis*

**WWW:** <http://userpage.fu-berlin.de/~arend/ami.html>

**Bezug:** Telefon/Fax: ++30-215 10 35  
e-mail: [ami@zedat.fu-berlin.de](mailto:ami@zedat.fu-berlin.de)  
✉ Elßholzstr. 11, 10781 Berlin

**antimilitarismus  
information**



*Weil die Aufgaben im Bereich der Konfliktvorbeugung, der Durchsetzung und Wahrung von Minderheitenrechten zunehmend wichtiger werden, kommt der OSZE eine Schlüsselrolle zu.*

für neue Mitglieder zum Nulltarif zu haben sein wird. Angesichts der labilen volkswirtschaftlichen Situation der Reformstaaten erscheint es jedoch zumindest fragwürdig, die knappen Ressourcen für militärische Zwecke einzusetzen.

#### Die Sicherheitssituation in Europa

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Ausdehnung der atlantischen Allianz nach Mitteleuropa stellt sich für mich die grundlegende Frage nach der Sinnhaftigkeit der Osterweiterung. *Prima ratio* der Erweiterungspolitik ist unverkennbar, den Bedeutungsverlust, den das Verteidigungsbündnis NATO nach der Zeitenwende von 1989 zunächst erfahren hat, zu kompensieren. Dieses Interesse deckt sich mit dem Wunsch der mitteleuropäischen Beitrittskandidaten nach Integration in westliche Strukturen.

Ausgangspunkt sicherheitspolitischer Überlegungen dürfen aus meiner Sicht jedoch nicht die in Europa vorhandenen *Sicherheitsinstitutionen* sein, sondern die tatsächliche und die mittelfristig erwartbare *Sicherheitssituation*. Der Bedarf an militärischer und ziviler Sicherheitsvorsorge muß anhand tatsächlicher und erwartbarer Bedrohungen ermittelt werden.

Demgegenüber legt der bislang eingeschlagene Weg, für vorhandene Institutionen neue Aufgaben und neue Rollen zu finden, den Schwer-

punkt der sicherheitspolitischen Entscheidungen auf den Erhalt von Institutionen, nicht auf die Erfordernisse des Schutzes vor Gefahren.

Für die Einschätzung der Sicherheitssituation in Europa sind folgende Aspekte relevant:

Mit der Auflösung des Warschauer Pakts, dem Abzug der sowjetischen/ russischen Truppen aus Osteuropa, den baltischen Republiken und Deutschland, mit der Umsetzung des Vertrages über konventionelle Abrüstung (KSE-Vertrag) und der dadurch erreichten Beseitigung militärischer Angriffsoptionen hat sich die Sicherheitssituation für alle europäischen Länder – und in ganz besonderem Maße für die NATO-Mitglieder – grundlegend verbessert.

Das Drängen der osteuropäischen Staaten in die NATO korrespondiert nicht mit einer akuten oder potentiellen Bedrohung Mitteleuropas; es bedient vornehmlich deren Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Mitgliedschaft in den etablierten westlichen Strukturen.

Auch wenn in Rechnung gestellt wird, daß Rußland nach wie vor seine innere Balance nicht gefunden hat, daß Demokratie und Reformprozeß nicht gefestigt sind und eine erneute Bereitschaft zu militärischer Konfrontation nicht prinzipiell auszuschließen ist, so ist ein Wiederaufleben der früheren Bedrohungen mittelfristig nicht zu erwarten. Eine

solche Entwicklung würde ein – gegenüber heute – politisch vollständig verändertes Rußland voraussetzen, das in der Lage wäre, die in schlechtem Zustand befindliche russische Armee wieder zu einem einsatzbereiten, schlagkräftigen Instrument zu machen. Selbst ein Shrinovskij würde hierfür mehrere Jahre benötigen. All diese Entwicklungen haben den Bedarf nach Verteidigungsleistungen der NATO im Vergleich zu früher drastisch reduziert.

Jenseits des Verteidigungsfalles gibt es nur wenige Krisen in Europa, die reale militärische Gefährdungen repräsentieren und in denen die NATO zur Herstellung des Friedens beitragen könnte. Abgesehen von den weiterhin bestehenden Spannungen im früheren Jugoslawien (Bosnien, Kosovo, Makedonien) zeichnet sich keine Krise ab, in den Streitkräfte der NATO-Länder – sei es unter NATO- oder WEU-Kommando – eingreifen würden. Sicherheitsprobleme im GUS-Bereich sind für NATO-Missionen ohnehin nicht zugänglich.

Über die Ruhigstellung der Konfliktparteien im ehemaligen Jugoslawien hinaus wird es zukünftig also kaum eine Nachfrage nach militärischen Absicherungen von Friedensmissionen in Europa geben; darum werden die derzeitigen Entscheidungen der NATO über künftige *Non-Article-5*-Einsätze und eine entsprechend angepaßte neue Kommando-

*Eine Sicherheitsstruktur würde sich auf die drei Plattformen NATO, OSZE und EU gründen.*

*Integrative Sicherheitsstruktur meint demnach die pragmatische, situativ angepaßte Arbeits- und Aufgabenteilung der Institutionen, in einem vielschichtigen, mehrdimensionalen Geflecht von Kooperations- und Koordinationsbeziehungen.*

Struktur (CJTF) die europäische Sicherheit vergleichsweise wenig behörden. Der Stellenwert der NATO für die Organisation der europäischen Sicherheit wird damit tendenziell sinken. Es wäre nicht akzeptabel, wenn die NATO diese Entwicklung durch ein verstärktes militärisches Engagement in außereuropäischen Konflikten kompensieren wollte.

Grundsätzlich gilt, daß militärische Missionen von NATO und WEU, die nicht der Verteidigung der Bündnispartner dienen, ein Mandat der UNO bzw. der OSZE benötigen. Eine Selbstmandatierung für Non-Article-5-Einsätze ist unzulässig. Die NATO darf nicht zu einem globalen Interventionsinstrument werden.

Aus dieser Analyse folgt: Die NATO nimmt weiterhin ihre Funktion als Verteidigungsbündnis wahr. Der Rest der Sicherheitsvorsorge für Europa wäre die Fortführung von Entspannungspolitik im klassischen Sinne, gestützt auf den Ausbau des heutigen Eckpfeilers der europäischen Sicherheit, den KSE-Vertrag, auf vertrauensbildende Maßnahmen, auf Missionen der OSZE, auf Projekte der EU und auf Aktivitäten des *Europarats*.

Die Bedeutung der Organisationen, die Sicherheit und Stabilität mit zivilen Mitteln fördern können, wird künftig zunehmen. Frühwarnung, Konfliktprävention und Krisenregelung sowie Menschenrechts- und Minderheitenschutz mit den Instrumenten der OSZE, Umsetzung wirtschaftlicher Reformen mit Unterstützung der EU, Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie – dies sind die immer wichtiger werdenden Bausteine zu einer strukturellen Verankerung des Friedens in Gesamteuropa. Es liegt in der Hand der Europäer, dafür zu sorgen, daß ihre zivilen Instrumente im Interesse

der Stabilität weit stärker als bislang eingesetzt werden.

#### Konturen einer europäischen Sicherheitsstruktur

Meine grundsätzliche Skepsis gegenüber der NATO-Osterweiterung sollte deutlich geworden sein. Andererseits muß man zur Kenntnis nehmen, daß sich die NATO-Osterweiterung wohl nicht mehr verhindern lassen wird. Der Amtswechsel im *State Department* hat die Chancen für ein nochmaliges Überdenken der Osterweiterung weiter verschlechtert. Von der neuen Außenministerin Madeleine Albright ist vielmehr zu erwarten, daß sie die von der Clinton-Administration formulierte und auf den Weg gebrachte Erweiterungspolitik bis zum NATO-Gipfel energisch durchpauken wird. Nach ihren Vorstellungen soll der Fahrplan für die Aufnahme der ersten Neumitglieder bis zum Jahresende durchverhandelt sein.

Wer die NATO-Osterweiterung dennoch für ungeeignet hält, die dauerhafte Stabilisierung des Kontinents gewährleisten zu können, muß Vorstellungen entwickeln, wie Sicherheit für Gesamteuropa besser organisiert werden kann, insbesondere wie man den Prozeß der NATO-Osterweiterung in einen übergeordneten Zusammenhang einbetten kann, mit dem es gelingt, die erwartbaren, negativen Folgewirkungen der Osterweiterung aufzufangen und möglichst aufzuheben. In diesem Verständnis wäre die Osterweiterung der NATO lediglich eine Etappe auf dem Weg zu einer umfassenderen, integrativen Sicherheitsstruktur für Gesamteuropa.

Denn: Lösungsmöglichkeiten für die realen Sicherheitsprobleme in Mitteleuropa, die ihre Ursachen überwiegend in den Nachwirkungen

des Systemwechsels und der weiterhin unsicheren sozio-ökonomischen Zukunft der Reformstaaten haben, vermag die NATO – als Militäralliance – nicht zu entwickeln. Mithin kann sich eine tragfähige Sicherheitskonzeption für Gesamteuropa nicht allein auf die NATO abstützen.

Weil Aufgaben im Bereich der Konfliktvorbeugung, der Durchsetzung und Wahrung von Minderheitenrechten zunehmend wichtiger werden, kommt der OSZE eine Schlüsselrolle zu. Angesichts der überragenden Bedeutung ziviler Sicherheitsvorsorge muß darum das von uns seit langem geforderte Prinzip *OSCE first* endlich umgesetzt werden.

Bis zur Schaffung eines umfassenden Sicherheitssystems in Europa, das gleiche Sicherheit für alle Staaten gewährleistet und alle Staaten auf zivile Formen der Konfliktregulierung verpflichtet, sind wir auf die vorhandenen Institutionen angewiesen. Für eine Übergangsphase brauchen wir das koordinierte, abgestimmte Miteinander aller Institutionen, die mit sicherheitsrelevanten Fragen in Europa befaßt sind.

Sicherheitsvorsorge im gesamteuropäischen Maßstab krankt gegenwärtig jedoch daran, daß sich nach dem Umbruch des Jahres 1989 ein unterschwelliges Konkurrenzverhältnis zwischen den Institutionen – vornehmlich zwischen NATO und OSZE – herausgebildet hat; maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung hatte das Eigeninteresse der NATO, sich nach dem Ende der Blockkonfrontation neue Aufgabenfelder zu eröffnen und sich als zentrale Sicherheitsinstitution zu etablieren. Dabei spielt natürlich auch eine Rolle, daß die USA die Aufwertung der OSZE blockieren, weil sie diese Organisation, im Gegensatz zur NATO, nicht dominieren können.

Ein weiteres *handicap* besteht darin, daß die Mitgliedschaften in den relevanten Sicherheitsinstitutionen nicht kongruent sind. Zudem agieren sie bislang unverbunden nebeneinander und finden sich allenfalls – wie im Fall Bosniens – in *ad hoc*-Kooperationen zusammen.

Die Unzulänglichkeit dieser Konstellation ist offenkundig. Die Schlußfolgerung kann daher nur lauten: Überwindung des Konkurrenzdenkens und Vernetzung der Institutionen, die in einem arbeitsteiligen Ansatz die einzelfallbezoge-



ne Aktivierung ihrer jeweiligen, spezifischen Befähigungen ermöglicht.

### Eine Neuordnung im Verhältnis der Sicherheitsinstitutionen

Zur Umschreibung ihrer Zielperspektive verwenden Sicherheitspolitiker gerne die Begriffe *Sicherheitsarchitektur* bzw. *Sicherheitsordnung*. Beide Termini liefern jedoch nur eine diffuse Beschreibung des Milieus, in dem Sicherheitspolitik für Europa gegenwärtig gestaltet werden muß.

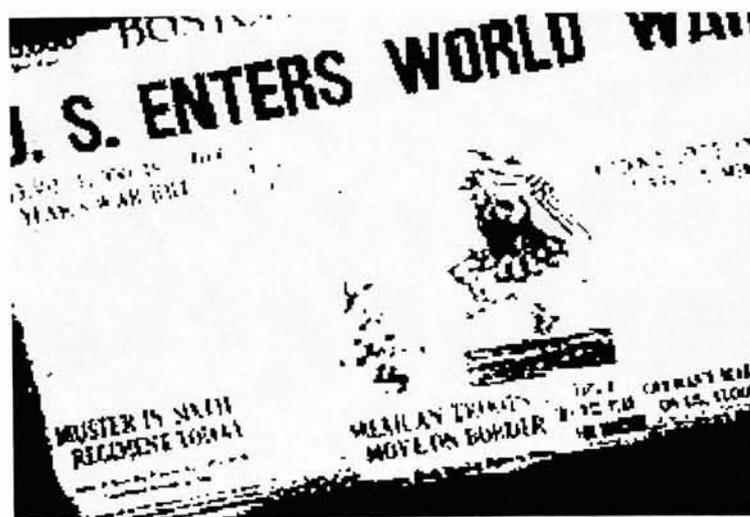
Der Begriff *Architektur* erscheint aus heutiger Sicht – bezogen auf aktuelle und zu erwartende Entwicklungslinien in Europa – zu statisch. Die Erwartung, ein festgefügtes, in sich geschlossenes Sicherheitsgebäude für Europa konstruieren zu können, dürfte sich vorerst nicht verwirklichen lassen; die Entwicklung auf dem Kontinent wird auf mittlere Sicht ein dynamischer Prozeß bleiben; Stichworte in diesem Zusammenhang sind: Fortgang der Reformen in den Transformationsstaaten, Erweiterung der EU.

Diese Bewertung gilt gleichermaßen für den Begriff *Ordnung*; er kann das gegenwärtige Umfeld von Sicherheitspolitik, das in der Folgezeit – wie gesagt – Wandel und Veränderungen unterworfen sein dürfte, ebenfalls nicht zutreffend beschreiben.

Ein überzeugender Gegenentwurf wäre aus meiner Sicht etwas, das ich als *integrative Sicherheitsstruktur* bezeichnen möchte. Gegenüber den beiden oben genannten Beschreibungen erscheint der Begriff *Struktur*<sup>1</sup> veränderungsoffen und beliebe demnach die erforderliche Flexibilität für eine Anpassung an künftige Entwicklungen.

Eine Sicherheitsstruktur würde sich auf die drei Plattformen NATO (mit der *Partnerschaft für den Frieden* und dem *Nordatlantischen Kooperationsrat*), OSZE (mit dem *Forum für Sicherheitskooperation* und dem *Konfliktverhütungszentrum*) und EU (mit *GASP*, dem *Europarat*) gründen. An diese Plattformen könnten problemlos etwa bereits bestehende (hier: die Ostsee- und Schwarzmeer-Anrainer) oder zukünftige Formen regionaler Kooperation andocken.

Im Rahmen dieser Struktur befaßt sich die OSZE mit der Konfliktvermeidung sowie dem Menschenrechts- und Minderheitenschutz; friedenserhaltende Einsätze in Europa finden gegebenenfalls unter ihrer Ägide statt; dem *Forum für Sicher-*



heitskooperation (FSK) könnte die Aufgabe übertragen werden, Verhandlungen über präventive und qualitative Rüstungskontrolle zu organisieren, das *Konfliktverhütungszentrum* (KVZ) beauftragt werden, Informationen über die Implementierung und Verifikation von Rüstungskontrollmaßnahmen zu sammeln und auszuwerten.

Die NATO dient lediglich der Abhaltung und dem Schutz vor militärischer Bedrohung; zudem stellt sie der OSZE Ausrüstung und *know-how*, das für die Durchführung etwaiger friedenserhaltender Maßnahmen in Europa vonnöten ist, zur Verfügung. Die EU ist für die Organisation der ökonomischen Beziehungen auf dem Kontinent zuständig.

Um die heute noch vorhandene *Dialoglücke* zwischen den genannten Institutionen zu schließen sowie zur Abstimmung und Synchronisierung von Aktivitäten erscheint die Einrichtung einer *consultative group*, auf der Ebene der Generalsekretäre bzw. der Präsidentschaft, sinnvoll.

Integrative Sicherheitsstruktur meint demnach die pragmatische, situativ angepaßte Arbeits- und Aufgabenteilung der Institutionen, in einem vielschichtigen, mehrdimensionalen Geflecht von Kooperations- und Koordinationsbeziehungen. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert erscheint dieser Ansatz als zeitgemäße und zukunftsfähige Sicherheitskonzeption.

Das skizzierte Konzept erfüllt zugleich mehrere wichtige Zielsetzungen:

- die beschriebene Struktur stützt sich auf vorhandene Institutionen; die Schaffung neuer Institutionen, die gegenwärtig politisch nicht vermittelbar erscheint, wird vermieden;

- die isolierte – weil mit potentiellen Risiken behaftete – Osterweiterung der NATO wird eingebettet in einen übergeordneten Zusammenhang;

- der integrative Ansatz der angelegten Sicherheitsstruktur, d.h. die Einbeziehung Rußlands, der Ukraine und derjenigen Staaten, die (vorläufig) nicht Mitglieder der NATO werden bzw. eine derartige Mitgliedschaft nicht anstreben, schafft einen gesamteuropäischen Sicherheitsraum und beugt dem Auseinanderfallen Europas in neuerliche Einflusssphären und Zonen unterschiedlicher Sicherheit wirksam vor;

- Staaten, die vorübergehend oder dauerhaft in keinem Sicherheitsbündnis vertreten sind, verbleiben nicht in einem sicherheitspolitischen Vakuum; vielmehr kann deren Sicherheit durch trilaterale Arrangements mit der NATO und Rußland abgesichert werden; der Begriff *Zwischeneuropa*, der die unsichere Mittelzone zwischen einer erweiterten NATO und Rußland meint, wird hierdurch irrelevant.

Der vorliegende Beitrag kann kein *blue print* für die europäische Sicherheitspolitik sein, aber vielleicht einige Denkanstöße und Impulse für einen weiterführenden Diskussionsprozeß vermitteln. Wichtig erscheint mir, noch einmal festzuhalten, daß der Prozeß der NATO-Osterweiterung keinen Endpunkt in der sicherheitspolitischen Neuordnung Europas markieren darf. Aus meiner Sicht müssen Stärkung und Ausbau der OSZE jetzt in den Mittelpunkt der sicherheitspolitischen Debatte rücken.

spw

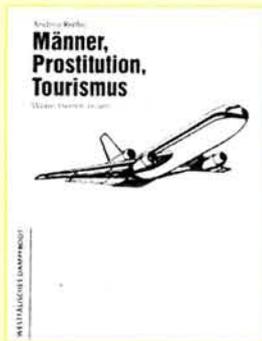
<sup>1</sup> Struktur definiert der Duden als *Anordnung der Teile eines Ganzen zueinander und Gefüge, das aus Teilen besteht, die wechselseitig voneinander abhängen.*

# Schon wieder

# Wahl!

Wählen Sie zwei Prämien-Bücher aus, wenn Sie uns jemanden nennen, der ein neues **spw**-Abonnement haben will.

Geben Sie beide Buchstaben für die Buchprämien auf der **spw**-Abo-Karte an.

**A**

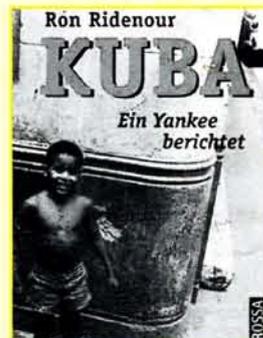
Andrea Rothe  
Wenn Herren reisen ...  
Männer, Prostitution,  
Tourismus, 280 S.,  
Ladenpreis DM 39,80

**D**

Frank Deppe  
Fin de Siècle  
Am Übergang zum  
21. Jahrhundert, 180 S.,  
Ladenpreis DM 28,-

**B**

Michael Ramminger/  
Ludger Weckel  
Dritte Welt-Gruppen  
auf der Suche nach  
Solidarität  
Bestandsaufnahme  
und Perspektiven,  
156 S.,  
Ladenpreis DM 24,80

**E**

Ron Ridenour  
Kuba  
Ein Yankee berichtet,  
250 S.,  
Ladenpreis DM 29,80

**C**

Gilla Dölle/Sabine Hering  
Lila ist Trumpf  
Bildergeschichte zur  
deutschen Frauen-  
bewegung, 150 S.,  
Ladenpreis DM 29,80

**F**

Arbeitsgruppe Alternative  
Wirtschaftspolitik  
MEMORANDUM '97  
Beschäftigungspolitik statt  
Sparritual, 250 S.,  
Ladenpreis DM 29,80